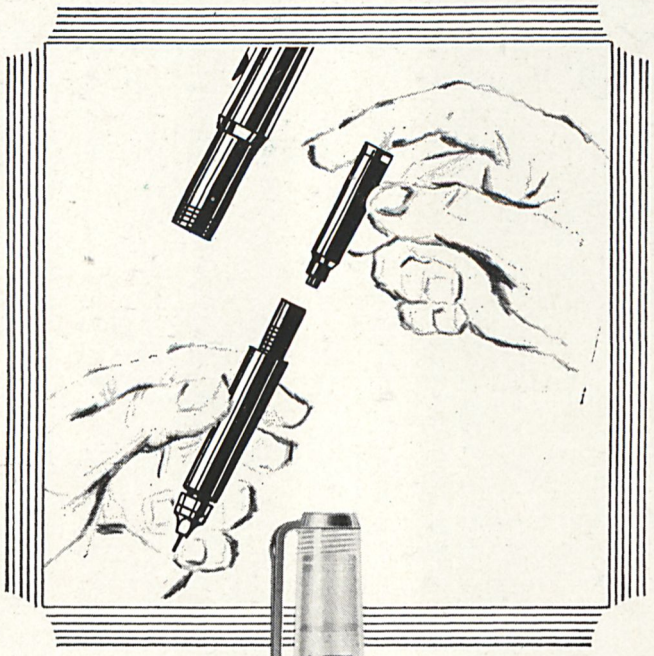
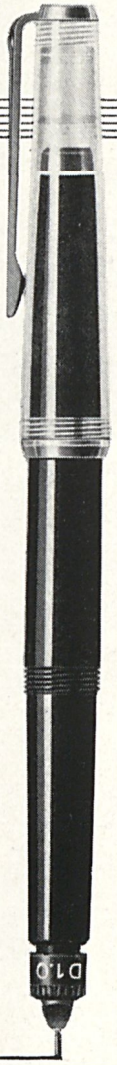
die darmstädter studentenzeitung

Herausgegeben von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt
Juni 1968 16. Jahrgang Nr. 94 DM 0,60 1 F 2824 F

Der technos wird schnell und sauber mit Tusche-Patronen gefüllt!





Der Technos braucht kein Tusche-Glas und keine Pipette. Er wird mit Tusche-Patronen gefüllt. Vorn liegt die Gebrauchs-Patrone — im Schaft die Reserve-Patrone.
Die Gebrauchs-Patrone kann man bis zum letzten Tropfen leerschreiben. Dann tauscht man sie einfach durch eine Reserve-Patrone aus. So schnell ging das Füllen mit Tusche noch nie!

technos

- Der Technos schreibt immer sofort an — dafür sorgt die „Liquimatic" (Reinigungsdrähtchen mit Rückholfeder). Sie hält die Düse ständig sauber und „zeichen"-bereit.
- Der Technos gewährleistet gleichmäßigen Tuschefluß — der thermic-Regler gibt jeder Düse immer die richtige Menge Tusche.
- Der Technos hat das praktische — und preisgünstige! — Düsen-System. Schnell und sauber sind die Zeichen-Elemente ausgewechselt, ohne daß man mit der Tusche in Berührung kommt.
- Der Technos hat Lamellen-Düsen zum Linieren und Röhrchen-Düsen zum Freihand-Schreiben und -Zeichnen, Schablonenschreiben und für die Mikronorm (m).
- Der Technos hat eine transparente Schraubkappe. Sie schließt luftdicht, die Tusche kann an der Düse nicht antrocknen. Außerdem kann man die Düsen-Beschriftung deutlich erkennen.

Fragen Sie Ihren Fachhändler nach dem funktionssicheren Tusche-Füller Technos von Pelikan, oder wenden Sie sich direkt an uns.

Günther Wagner Pelikan-Werke, 3 Hannover, Postfach 103

technos von Pelikan

INHALT

1 Notstand in Darmstadt
2 Rezepte der Aktionen
4 Parlamentarisches Erwachsensein
5 Autonomie der Hochschule
6 Hinter den Kulissen
8 Aktuelles Interview
10 Rektorwahl mit Hindernissen
12 Das sog. Sachargument
14 Springer bleibt Springer
16 Manipulations-Mechanismen
19 Über Pressefreiheit
21 Feuilleton
23 Politik mit Kultur
25 Weltliteratur
26 Kommentar
29 Interview mit einem Psychotherapeuten
30 Sport
32 Kulturkalender, On dits

Das Papier für den Innenteil ist eine Spende der Firma E. Holtzmann & Cie. AG, Weisenbachfabrik.

Für den Umschlag wurde Original Gohrsmühle Kunstdruckpapier verwendet. Es wurde gespendet von der Firma Zanders Feinpapiere GmbH, Bergisch-Gladbach und Düren.

Bilder: S. 11 fari, S. 16 wd, S. 22 do; Titel do.

Fritz Förster/Falk Rieß

SIE STUDIEREN LIEBER

Weil die Senatsmitglieder der Technischen Hochschule Darmstadt alle gute Demokraten sind, die die Meinung der Andersdenkenden respektieren, konnte sich der Senat in seiner Sitzung am 13. Mai nicht entschließen, während der zweiten Lesung der Notstandsgesetzesvorlage den Vorlesungsbetrieb generell einzustellen, damit sich jeder Student die Bundestagsdebatte anhören und sich informieren könnte. Schließlich sei es eine politische Entscheidung, die jeder einzelne mit sich selbst ausmachen müsse. Von oben herab wollte man da nichts anordnen. So schickte man nur einen Rundbrief an die Kollegen, in dem man sie bat, die einzelnen Vorlesungen und Übungen ausfallen zu lassen.

Manche Professoren machten daraufhin radikal von ihrer Entscheidungsfreiheit Gebrauch: Sie gaben frei. Andere wählten den demokratischen Weg der Abstimmung: Die Mehrheit, das sind die Klügeren. Unter den Studenten waren die Meinungen ebenfalls geteilt; die Mehrzahl zog vor zu studieren.

Am 24 Mai, anderthalb Wochen später, tagte die Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule zu Darmstadt im Großen Physikhörsaal. Da es sich hierbei nicht um eine politische Angelegenheit handelte, sondern um eine finanzielle, fielen die Vorlesungen des Vormittags generell aus. Man muß — wie sagt man so schön — Prioritäten setzen.

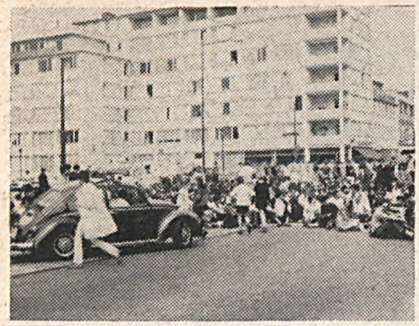
*

Weil sie gute Demokraten sind, denen Grundgesetzänderungen bedeutender erscheinen als ein dickes Kolleg, ließen nach kurzer Diskussion mit ihrern Hörern am zweiten Tag der 2. Lesung Architekturprofessoren ihre Vorlesungen ausfallen, brach ein Physikprofessor seine Vorlesung ab und zog mit seinen Hörern durch die Hörsäle, um weitere Studenten für eine Demonstration zu gewinnen. Im stillen Darmstadt brach die Revolution aus. Gegen zehn Uhr wälzten sich gut dreihundert Mann durch das Hauptgebäude. Der Rektor, davon in Kenntnis gesetzt, sprach die geheimnisvollen Worte: „Schade, daß i c h jetzt keine Vorlesung halte." Die Demonstranten fanden es vermutlich auch schade, zogen zur Ingenieurschule und bewogen den dortigen Direktor, denjenigen unter den Schülern, die die Bundestagsdebatte im Fernsehen verfolgen wollten, freizugeben. Zogen weiter zum Gewerkschaftshaus und schickten von dort ein Telegramm an den DGB-Bundesvorstand, in dem sie an den Vorstand appellierten, den Generalstreik auszurufen. Zogen zur TH zurück und von da zur Mathildenhöhe, wo sie sich unter Schwierigkeiten mit den streikenden Werkkunstschülern solidarisierten. Der AStA der Werkkunstschule hatte seinen Neubau im Auge, der der TH die Demokratie.

„Zu Merck!" hieß danach die Parole. Mercks Arbeiter zeigten freilich wenig Neigung, für oder gegen die Notstandsgesetze einen Finger krumm zu machen; vorbei an den Transparenten der Demonstranten strömten sie zur Straßenbahn, zum Auto. Die Aktion erwies sich als Fehlschlag. Man sammelte sich wieder und marschierte zur Stadt zurück, am Luisenplatz vorbei,

die darmstädter studentenzeitung Nr. 94

Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentl. Rechts), 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 162517 und 163309.
Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30, Abonnement incl. Versand je Halbjahr DM 2,40 (Ausland DM 2,80).
Chefredakteur: Fritz Förster (ff) (verantwortlich); Verlagsleiter: Hans Weidner (wd); Redaktion: Hartmut Bauer (pay), Helmut Dreßler (dr), Knut Feiert (fei), Falk Rieß (fari); ständige Mitarbeiter: Jürgen Dohm (do), Dietrich Ebersbach (eb), Ulf Kauffmann (kf), Gabriele Lichtenheld (gabi), Wolfgang Straub (ws), Walter P. Weizel (wl), Herbert Werkmann (hw).
Chefs vom Dienst: Helmut Dreßler, Dietrich Ebersbach.
Verantwortlich für Insertionen: Jan Kettmann, Darmstadt, Rheinstraße 67, Telefon 23543.
Konto: Dresdner Bank Darmstadt, 31240. Satz und Druck: Ph Reinheimer, Darmstadt.
Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

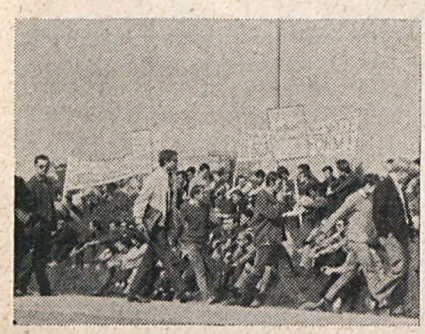


wo der Kommilitone Platt und seine Verbindungsbrüder mit einem einsamen Plakat gegen die „Methoden des SDS“ protestierten.

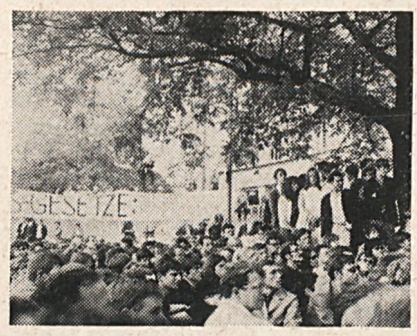
*

Weil sie alle gute Demokraten sind, die nach getaner Arbeit nicht die Hände in den Schoß legen, trafen sich am Abend der Notstandsdebatte etwa 800 Leute im Großen Elektrotechnikhörsaal, um über die Erfahrungen des vergangenen Tages zu diskutieren und neue Aktionen zu planen. „teach - in“ hieß man es — auch die Provinz weiß, was chic ist. Jeder, dem der Sinn danach stand, konnte ans Rednerpult treten, seine Meinung sagen, Kritik üben oder Vorschläge machen; ein Diskussionsleiter versuchte behutsam, so etwas wie einen roten Faden durch die Beiträge zu ziehen.
Peinlicher Höhepunkt des Abends: Prof. Scherzer bemühte sich zu erklären, weshalb er morgens einen Studenten, der seine Kommilitonen auffordern wollte, die Übertragung der Bundestagsdebatte anzusehen, eigenhändig aus dem Hörsaal befördert hatte: „Mein Auftrag ist es, Physikvorlesungen — gute Physikvorlesungen zu halten.“ Er blickte nicht links, er blickte nicht rechts, der Herr wird's schon lenken. Frage: „Sind Sie auch bereit, in einem Internierungslager Physikvorlesungen zu halten?“ Antwort: „Ich h a b e in einem Internierungslager Physikvorlesungen gehalten, und ich glaube, daß es gute Vorlesungen waren.“

*



Die Ausbeute war mager und wäre noch magerer gewesen, hätte es nicht die Beiträge von Professoren- und Assistentenseite gegeben. Man war guten Willens, voll Eifer für die gerechte Sache, und suchte nun nach Möglichkeiten, diesem Eifer Ausdruck zu geben. Man sprach von Solidarisierung mit den Schülern und Arbeitern, griff die Gewerkschaften an, weil sie nicht energisch handelten — nachdem man lange Jahre selbst nichts unternommen hatte, erregte man sich plötzlich darüber, daß die anderen zu träge seien. Ehrlicher wäre es gewesen, sich klar darüber zu werden, was man tatsächlich zu tun bereit war.



Die spontane Demonstration am Donnerstagmorgen war ein erfreuliches Zeichen; die sich daran anschließenden Aktionen waren ärgerlich. Es hat wenig Zweck, seine Energien in einigen spektakulären, aber

ungeplanten und damit wirkungslosen Aktionen zu vergeuden. Statt durch Darmstadt zu ziehen und alle Welt zum Mitmachen aufzufordern, hätte man erst einmal am Ausgangspunkt der Demonstration für sich werben sollen: an der TH. Die Diskussion in den Hörsälen, wie sie am frühen Morgen stattgefunden hatte, hätte fortgesetzt werden müssen, es hätten, wie die Architekten es vorexerziert haben, Plakate gemalt und Flugblätter entworfen werden müssen, um die anderen, uninformierten oder desinteressierten Kommilitonen zu erreichen.

Doch man hatte Angst, die spontan entstandene Bewegung könnte ebenso spontan wieder abebben: so fand man sich nach dem ersten „teach-in“ zu einem zweiten zusammen, nach dem zweiten zu einem dritten, nach dem dritten zu einem vierten — und die Gruppe der Interessierten bröckelte von mal zu mal mehr ab. Auch Revolutionäre brauchen Schlaf.

Die Tage der dritten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag feierte die Technische Hochschule Darmstadt mit Streik. Nachdem der Rektor wieder einen Persilschein ausgestellt hatte, („... stelle anheim, ... ausfallen zu lassen...“), riefen die Fachschaften zu Vollversammlungen. Die Architekten als erste traten umgehend in den Ausstand und funktionierten den Zeichensaal 200 in ein Agitationszentrum um, in dem Plakate und Spruchbänder gemalt, Demonstrationszüge und eine Kundgebung auf dem Marktplatz organisiert wurden. Mit erheblicher Verzögerung folgten die anderen, ließen Seifert und Azzola sprechen und diskutierten über „geeignete Formen des Widerstandes“. Die Versammlungen faßten ausnahmslos den Streikbeschluß. Die Maschinenbauer beriefen als einzige keine Versammlung ein, aus Angst vor den Verbindungen, wie man hört. Dafür aktivierten sie ihre Studienplanvorstellungen, wurden darauf als „schlafend“ beschimpft und erreichten schließlich einen Fakultätsbeschluß (unter Mitwirkung der Professoren). Dieser Beschluß ist wohlabgewogen

und im schönsten Sinne des Wortes unpolitisch:

> Die Fakultät begrüßt die rege Anteilnahme der Studentenschaft am politischen Tagesgeschehen und die aus der Sorge um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung sich begründende Aktivität, mit legalen Mitteln auf eine Überprüfung der Notstandsgesetzgebung hinzuwirken.
>
> Die Fakultät beschließt:
> An den Tagen der dritten Lesung der Notstandsgesetze sollen im Hinblick auf die politische Situation im Rahmen der angesetzten Vorlesungen Diskussionen über hochschulpolitische Probleme unter Berücksichtigung der auf unsere Hochschule einwirkenden Faktoren stattfinden.

Da sage einer, die Professoren hätten kein Verständnis für die jungen Leute. Der Streik war beschlossene Sache, und die Studenten freuten sich darob: Das Pfingstfest war nahe herbeigekommen. Man fuhr einen Tag früher nach Hause und hatte doch das prickelnde Gefühl dabei, etwas für die Demokratie und die freiheitlich-demo . . . usw. getan zu haben. Die Parkplätze blieben leer; nur ein paar versprengte Darmstädter Schüler irrten unter Führung von Frankfurter SDS-Leuten, geschulten Straßenkämpfern, durch das Hauptgebäude und machten den Vorlesungsbetrieb unmöglich, wenn man der Darstellung der Darmstädter Tagespresse glauben soll, die sich in diesen Tagen ein Muster an verzerrter Berichterstattung leistete (unterstützt von der Pressestelle der THD). In einem Punkt allerdings hatte die Presse recht: der Demonstrationszug des Notstandsmittwochs bestand in seiner Mehrheit aus Schülern.
Die Demonstranten konnten den Anblick eines sich windenden Betriebsratsvorsitzenden von Röhm & Haas genießen („ich habe den Eindruck, daß die Belegschaft hier nicht streiken will") und eines überlegen-arroganten Kapitalisten, Herrn Röhm. Er meinte jovial, vor ihm brauche keiner Angst zu haben, und wer streiken wolle, der könne ihm das sagen. Man sieht: auch Unternehmer sind Menschen, und nicht die schlechtesten.
Der lange Marsch führte schließlich zum Gewerkschaftshaus, wo Funktionär Peressin auf „Generalstreik"-Rufe nur zu sagen wußte, der Bundesvorstand hätte es verboten, und gegen Beschlüsse des Bundesvorstandes könne er nicht an. Als Ersatz unterzeichnete er eine Resolution, in der verurteilt, begrüßt und unterstützt wurde.
Bedanken sollten sich die Demonstranten bei der Darmstädter Polizei, die brav im Hintergrund blieb, jede Konfrontation vermeidend, und nimmermüde den Verkehr umleitete.

*

Der Donnerstag, der Tag der endgültigen Verabschiedung der Notstandsgesetze, brachte die endgültige Niederlage der außerparlamentarischen Opposition in Darmstadt. Die wenigen verbliebenen Studenten besuchten ihre Vorlesungen (der Streik galt ja nur für Mittwoch), der SDS mußte sich mit sich selbst solidarisiesieren, das Peinlichste aber spielte sich mittags vor der Mensa ab, als eine Demonstrationsgruppe von Schülern erschien und von den Studenten erwartete, daß sie etwas täten; zumal am Vortag von einer ganztägigen Verkehrsblockade des Luisenplatzes die Rede gewesen war.
Die verdiente Ruhe war wieder eingekehrt; eine abschließende DGB-Kundgebung auf dem Marktplatz vermochte den Eindruck nicht zu verwischen, daß die letzte Runde kampflos an Bonn gegangen wir.

Walter P. Welzel

REZEPT UND GEGENREZEPT

Das Tempo, mit dem die revolutionäre Bewegung vorankam, hat sich jäh verlangsamt. Am 11. Mai erwies es sich zum ersten Mal: Der große Sternmarsch nach Bonn blieb Selbstbefriedigung, wie es der Frankfurter SDS-Ideologe Krahl in der Beethovenhalle feststellte, obwohl über 50 000 nach Bonn gekommen waren. Die Bonner drehten ihnen den Rücken zu, und die Polizei war übers Wochenende nach Haus gefahren — so sah es jedenfalls für den unbefangenen Mitmarschierer aus. Hier zeigte sich zum ersten Mal die Wirksamkeit der Methode, mit der die politische Führung der verschiedenen Ebenen in der Folgezeit erreichte, daß die revolutionäre Bewegung innerhalb der deutschen Studentenschaft noch einige schwere Rückschläge mehr hinnehmen mußte.
Der nordrhein-westfälische Innenminister exerzierte vor, wie man eine Demonstration von beinahe gigantischen Ausmaßen ins Leere laufen läßt, ohne daß die verantwortlichen Behörden in die bisher stets funktionierende Konfrontationsfalle gehen, in die sie bis dahin fast ausnahmslos und sehenden Auges getappt waren.
Diese flexible und sich mehr an augenblicklichen pragmatischen und psychologischen Erfordernissen als an juristischen Möglichkeiten und Vorschriften orientierende Methode des Reagierens erwies sich von diesem Tage an als eine ernsthafte Gefahr für die Wirksamkeit des revolutionänären Rezepts.
Anders als in Frankreich, wo man mit harten und deshalb unwirksamen Polizeimaßnahmen operierte, die das Gegenteil von dem erzielten, was sie sollten, erreichte man durch subtiles Herunterspielen von Zwischenfällen (teilweise unter eindeutiger Verletzung der Rechtsnormen und Eingreifvorschriften), daß die angestrebte Solidarisierung ausblieb und sich allmählich eine gewisse Isolierung der radikalen Gruppen abzeichnet.
Diese Entwicklung läßt sich anhand der Vorkommnisse an der Frankfurter Universität Stufe für Stufe verfolgen. Am 15. Mai blockierte eine etwa tausendköpfige Gruppe unter Führung des SDS die Eingänge zur Universität. Das angestrebte Ergebnis dieser Aktion, nämlich ein brutaler Einsatz der Polizei zur Öffnung der Räume für jeden Streikunwilligen, blieb aus, und damit die angestrebte Solidarisierung und Stärkung der revolutionären Kräfte. Um den Einsatz der Polizei zu erzwingen, wurde die Aktion am nächsten Tage fortgesetzt. Man hatte jedoch damit nicht gerechnet, daß die Gruppe der aktiven Mitarbeiter sich verkleinern und andererseits die Durchbrechung der Blokkade nicht von der Polizei, sondern von anderen Studenten versucht und erreicht werden würde. Daß sich unter diesen Blockadebrechern vorzugsweise Mitglieder der reaktionären Korporationen und der faschistischen Rechten befanden, ist besonders deswegen bedauerlich, weil es voraussehbar war. Hier wurden Hunde geweckt, die bisher tief schlummerten und jetzt Gelegenheit bekamen, eine zahlenmäßig viel größere Gruppe mausgrauer oder unentschlossener Studenten hinter sich zu bringen. Der totale Mißerfolg der Aktion war augenfällig, und Krahl zögerte keinen

Augenblick, sie abrupt für beendet zu erklären.
Als eine Fehlplanung noch größeren Ausmaßes erwies sich die Besetzung des Rektorats in der darauffolgenden Woche. Zwar wurde diesmal die Polizei eingesetzt, aber erst zu einem Zeitpunkt, als die Entwicklung dem SDS schon lange völlig aus den Händen geglitten war und die Pfingstpause der Landesregierung ein vorsichtiges Taktieren ermöglichte. Der Versuch des SDS, die von ihm selbst mit Schärfe abgelehnte Personalisierung von komplexen politischen Zusammenhängen auf den Rektor Rüegg anzuwenden, wurde dadurch unterlaufen, daß der Rektor nach außen hin gar nicht auf den Plan trat.

Für die unerfreulichen Ereignisse im Frankfurter Rektorat ist der SDS zwar nicht verantwortlich zu machen, weil sie größtenteils von zwielichtigen Elementen verursacht wurden, über die er die Kontrolle verloren hatte. Er ist aber trotzdem nicht schuldlos, weil er es bei der Planung der Aktion nicht unmöglich gemacht hat, daß sie geschehen konnten. Nur so ist es zu verstehen, daß in vielen Leutehirnen „der SDS" oder sogar „die Studenten" inzwischen als eine Bande von Mordbrennern gelten, die wie eine fremde Soldateska plündernd und raubend durchs Land ziehen und sich nächstens in der guten Stube hurend breitmachen werden. Es ist dringend notwendig, daß sich die ideologische Führung der revolutionären Bewegung — wer das auch immer sei oder wer sich dafür hält — in der nächsten Zeit darüber klar wird, wie es zu solchen verhängnisvollen Assoziationen gekommen ist.
Der Augenblick scheint gekommen, wo es ratsam ist, sich einige Tage oder Wochen „in die Berge zurückzuziehen" und sich zu fragen, welche Fehler gemacht worden sind und wie es weitergehen soll. Vielleicht stößt man dabei auf die überraschende Tatsache, daß man zwar viele Soziologen und Politologen unter sich findet, aber kaum Psychologen. Und vielleicht dämmert es dann auch dem einen oder anderen, daß nicht die konservative Rechte oder die faschistischen Reaktionäre der eigentliche Gegner sind, sondern die „liberalen Scheißer", denn sie sind flexibel genug, um nicht von der eigenen Überzeugung vergewaltigt zu werden, und bereit, ihren Standpunkt ständig zu überprüfen. Das aber hat der revolutionären Bewegung einige schwere Schläge versetzt. Mao sagt: „Die Strategie des Klassenfeindes ist ungefährlich, aber seine Taktik sollt ihr ernst nehmen."

DIE JUNGS VOM BUNDESTAG

Präsident D. Dr. Gerstenmaier gratulierte acht Bundestagsabgeordneten zum 60. bis 72. Geburtstag: Auftakt der 169. Sitzung des deutschen Bundestags, „Bericht der Bundesregierung zur innenpolitischen Situation" am 30. April.
Die Erfahrung des Bundestags brachte man zum Ausdruck, indem man zeigte, wie unerfahren, wie jung die Unzufriedenen sind: Von „Studenten und Arbeitern" kam man auf die „junge Generation", kam man auf „junge Leute", auf Jugend, auf Jugendliche, erinnerte man sich „als ich 20 war oder 15 oder 16 oder 18", blieben nur noch Jungs und Jungens übrig. Nun konnte man die „junge" außerparlamentarische Opposition noch nach Belieben verkleinern: „Minderheit" — „kleine Minderheit" — „verschwindend kleine Minderheit" — „wenige, kleine militante Gruppen" — „Rädelsführer" — „kleine Minderheit von Rädelsführern".
Jetzt hatte man seine Größe, seine „überwältigende" Mehrheit statuiert. Es war unwesentlich geworden, sich mit dieser kleinen Minderheit von Rädelsführern, die außerdem Jungs oder 15 waren, zu beschäftigen. Man hatte das Problem auf irgendeinen Aufstand Unwissender, Unreifer und Verführter zurückgeführt, der allenfalls etwas zu denken gibt, das heißt zu unterdrücken, aber nicht zu verstehen ist.
Man hatte jetzt sehr viel erreicht, es war an der Zeit, Eigenlob und Selbstbeweihräucherung durch den Äther zu blasen: „Niemand unterdrückt in diesem Lande Meinungen. Niemand unterdrückt in diesem Lande Minderheiten." (Dr. Even) — „Sie behaupten, wir seien keine neuen Wege gegangen. Wir sind sowohl in der Innenpolitik wie in der Außenpolitik ganz entschlossen neue Wege gegangen und haben uns nicht gescheut, Tabus zu brechen, die jahrelang gegolten haben, weil wir die Zeichen der Zeit erkannt haben. Der Kanzler dieser Regierung ist ein Mann der CDU und hat das Vertrauen der CDU . . ." (Der Kanzler dieser Regierung und Mann der CDU Kurt-Georg Kiesinger) — „Das werden und wollen wir uns nicht kaputtmachen lassen, weder von rechts noch von links." „Und das werden wir uns auch nicht kaputtmachen lassen und auch nicht kaputtreden lassen, weder von links noch von rechts." (Helmut Schmidt)
Benda, ordentlich und grundgesetzt, zitierte allein in seiner einführenden Rede 35 mal das Wort „Ordnung" und benötigt 10 Variationen, um den anscheinend doch sehr abstrakten Begriff zu umschreiben: „Ordnung", „öffentliche Ordnung", „verfassungsmäßige Ordnung", „freiheitlich-demokratische Ordnung", „rechtsstaatlich-soziale Ordnung", „Gesellschaftsordnung", „Gesamtordnung", „Grundordnung", „demokratische Grundordnung", „freiheitlich-demokratische Grundordnung". Außerdem gibt es noch eine „Ordnung im polizeilichen Sinne", einen „Rahmen der Ordnung", „ein Gebiet und Bereich der Ordnung", „ein Kernbestandteil der Ordnung", „ein Boden der Ordnung". „Grundgesetz und Verfassung" — 11 verschiedene Zusammenhänge genügen zur Beschreibung — ruft Benda trotz Notstandsgesetze 50 mal zu Hilfe.
„Die Erfahrungen der Ostertage berechtigen zu der Zuversicht, daß die Länder nach der personellen Stärke, Ausbildung und Ausrüstung der Polizei durchaus in der Lage sind, mit derartigen Unruhen fertig zu werden. Dies gilt um so mehr, wenn einzelne noch bestehende Schwächen möglichst bald beseitigt werden." (Bundesinnenminister Benda)
„Was verlangen Sie eigentlich alles von einem Polizisten? Der ist nun einmal weder Psychiater noch Psychologe noch Beichtvater, noch ist er jemand, der wie eine Anschlagsäule, ohne zu antworten und ohne in der Seele irgendwelche Regungen zu empfinden, sich Abend für Abend anspucken und beschimpfen lassen kann." (Helmut Schmidt)
„Schon den Versuchen, politische Forderungen und Ziele mit rechtswidrigen und gewalttätigen Methoden durchzusetzen, muß ohne Zögern und entschieden entgegengetreten werden. Die Länder haben das im Rahmen ihrer Aufgaben mit Erfolg getan." „Im übrigen haben gerade die nachfolgenden Einsätze am Karfreitag, an dem es der Münchner Polizei gelungen ist, wie kaum in einer anderen Stadt die Auslieferung der Presseerzeugnisse aus dem Buchgewerbehaus trotz einer geradezu brutalen Gegenwirkung der Demonstranten sicherzustellen, bewiesen, daß die Polizei willens, bereit und in der Lage ist und war, den rechtswidrigen Aktionen entgegenzutreten." (Staatsminister Dr. Merk)
„Aber was die Saat dieser Überheblichkeit ist, daß man (die Jugend) eine Elite sei — als ob sie schon etwas geleistet hätten! Es gibt Eliten auch

in demokratischen Gesellschaften, aber die beruhen auf Leistung; nur durch Leistung kann man ins ‚Establishment' aufsteigen –, das macht mir ein bißchen Angst." (Helmut Schmidt)

„Wohl sind wir bereit, Fragen zu hören, Kritik zu hören, zuzuhören und zu antworten. Wir sind nicht bereit, kollektive Anklagen oder pauschale Verurteilungen und Diffamierungen entgegenzunehmen. Wir bitten um Differenzierung. Wir bitten um Genauigkeit und Sorgfalt." (Helmut Schmidt)

„In unseren Parteien ist Platz für Bessere und Begabtere als wir. Wir sind offen für bessere Ideen." (Rainer Barzel)

„Im Eifer der aktuellen Berichterstattung haben sie (einige Zeitungs- und Fernsehredaktionen) erheblich beigetragen zu dieser pauschalen und auf die Dauer unerträglichen Polarisierung: hie Bürgergesellschaft, hie Studenten." (Helmut Schmidt)

Der deutsche Bundestag ist ein wahrhaft erwachsenes, überwältigendes, ordentliches, dichterisches, freundschaftliches, fühlendes, denkendes und empfindsames Parlament.

Bundeskanzler Kiesinger befolgt in der Politik Goethes Maximen: „Ich gehe mit Goethe diesen Schritt weiter." Helmut Schmidt redet von „großer Scheiße", duzt seine Kollegen („Aber macht euch nichts vor, meine Damen und Herren") und hat Gefühle („Nach einer sorgfältigen Unterhaltung, die meine Fraktion darüber geführt hat, und nach dem Anhören der Innenminister im Innenausschuß des Bundestages und vieler anderer möchte ich sagen, daß wir das Gefühl haben. . ."). Bundesinnenminister Benda benötigt zum Verständnis des Grundgesetzes sein Empfinden: „Enteignung, Begrenzung der wirtschaftlichen Expansion, auch Auflagenbeschränkung sind für mein Empfinden schon verfassungsrechtlich unzulässig, jedenfalls höchst problematisch." (Artikel 14 Absatz 3 des Grundgesetzes: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.") Rainer Barzel denkt: „Meine Damen und Herren, ich teile diese Meinung nicht, und ich denke, keiner in diesem Hause teilt sie."

Der Bundestag hat bewiesen, wie hoch und erhaben er über der innenpolitischen Situation, über den Unruhen einer außerparlamentarischen Opposition steht – dank herausgekehrten Erwachsenseins und Erfahrung, dank der Überzeugung, selbst sehr viel geleistet zu haben. Es wurde viel verdammt, viel beklatscht – es wurde viel geredet. ws

Hartmut Bauer

GEFÄHRDETE AUTONOMIE

Spätestens seit im Bundestag über die Studentenunruhen und über die Hochschulreform debattiert wurde, muß es jedem klar geworden sein, daß ein größerer Kreis von Politikern Pläne schmiedet, um die Autonomie der Hochschulen einzuschränken und mit gesetzgeberischen Mitteln die Hochschulen zu einer Reform zu zwingen. Wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte, braucht hier nicht erörtert zu werden. Die Gefahr, die der Freiheit der Hochschulen von dieser Seite droht, ist nicht zu unterschätzen. Immerhin werden diese Drohungen offen ausgesprochen, bevor die angedrohten Maßnahmen ergriffen werden. Die Hochschulen haben die Möglichkeit, sich gegen diesen Angriff erfolgversprechend zu wehren.

Viel gefährdeter ist die Freiheit der Hochschulen bereits heute durch Institutionen, die einen erheblichen Einfluß auf die Entscheidungen der Hochschulgremien haben, ohne daß es sofort offenbar wird, daß dieser Einfluß schon seit längerer Zeit die Autonomie der Hochschulen empfindlich einschränkt. Die Gefahr ist deshalb so groß, weil bei diesen Vorgängen auf eine wie auch immer geartete Kontrolle verzichtet wird und die Öffentlichkeit deshalb keinerlei Beeinflussungs- oder Einspruchsmöglichkeiten hat.

Zwei Beispiele seien genannt. Die Maßnahmen zur Erweiterung der Hochschulen auf dem Bausektor sind bereits soweit konkret vorausgeplant, daß es nicht mehr möglich sein wird, im Rahmen einer Hochschulreform eine völlige Änderung der Hochschulstruktur wenigstens in Teilbereichen zu realisieren. So ist nicht zu erwarten, daß ein Gremium eine Änderung der Lehrstuhl- und Institutsstruktur vorzuschlagen wagt, die zur Folge hätte, daß Baupläne geändert und bereits begonnene Baumaßnahmen eingestellt werden müßten, auch wenn dieses Gremium diese Änderung als dringend erforderlich erkannt hat.

In Darmstadt ist dieses Problem besonders aktuell, denn einerseits ist ein Gremium, der Godesberger Ausschuß, dabei, sich gründlich Gedanken über Reformen zu machen, andererseits sind auf dem Neubaugebiet auf der Nachtweide die nach der jetzigen Hochschulstruktur konzipierten Baupläne so weit fortgeschritten, daß dieser Ausschuß gar nicht mehr die Freiheit hat, etwa eine völlig neue Form der Vorlesung oder eine Zentralisierung von Bibliotheken, Labors und Werkstätten vorzuschlagen. Daß es im Hinblick auf die Autonomie der Hochschule kein tröstlicher Gedanke ist, daß zur Zeit noch niemand weiß, wie die neue Teilhochschule überhaupt finanziert werden soll, sei nur am Rande bemerkt. Es bleibt die Feststellung, daß schon die Reihenfolge – erst bauen, dann reformieren – einen Eingriff in die Autonomie der Hochschule bedeutet.

Das zweite Beispiel für die Gefährdung der Autonomie der Hochschule ist die Tätigkeit des Wissenschaftsrates. In der Öffentlichkeit erscheint der Wissenschaftsrat als ein honoriges geheimnisumwittertes Gremium, das in uneigennütziger Weise wertvolle Gedanken zur Hochschulreform und zur Zukunft der Hochschulen produziert. Tatsächlich ist der Wissenschaftsrat ein Musterbeispiel dafür, wie unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter Umgehung der Kompetenzen politische Gruppierungen massiven Einfluß auf die Hochschulen nehmen.

Im Jahre 1957 wurde zwischen Bund und Ländern ein Verwaltungsabkommen zur Errichtung des Wissenschaftsrates unterzeichnet. Der Wissenschaftsrat sollte Koordinierungspläne für die Finanzierung des Wissenschafts- und Forschungsbetriebes erstellen, was unbedingt nötig war, da die Bundesländer die Finanzierung nicht mehr allein übernehmen konnten. Darüber hinaus erstellte der Wissenschaftsrat Pläne über Kompetenzverlagerungen und Strukturumwandlungen in den hergebrachten Wissenschafts- und Forschungsbereichen. Bund und Länder verpflichteten sich, die Vorschläge des Wissenschaftsrates bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne zu berücksichtigen.

Interessant ist die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Gremiums. Dem Wissenschaftsrat gehören an:

- 6 Vertreter der Bundesregierung mit zusammen 11 Stimmen;
- aus jedem Bundesland je ein Vertreter, zusammen also 11 Vertreter mit 11 Stimmen;

- 16 Vertreter der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die auf Vorschlag der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Westdeutschen Rektorenkonferenz nominiert werden, mit zusammen 16 Stimmen;
- 6 „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens", die von Bund und Ländern nominiert werden, mit zusammen 6 Stimmen.

Die Vertreter des Bundes waren bisher Staatssekretäre oder, in Vertretung, hohe Ministerialbeamte. Die Länder schickten ihre Kultusminister, die im Wissenschaftsrat wohl eine Fortsetzung der Kultusministerkonferenz mit anderer Geschäftsordnung sehen konnten.
Die Auswahl der Professorengruppe muß bis heute merkwürdig anmuten. Daß etwa die Professoren Karl Schiller und Karl Maria Hettlage (Staatssekretär im Bundesfinanzministerium) eher der Gruppe der Politiker zuzuschlagen wären, mag noch hingenommen werden. Schlimmer ist, daß die einzelnen Hochschulen keinen Einfluß auf die Auswahl haben, obwohl sie von den vom Wissenschaftsrat gefaßten Beschlüssen unmittelbar betroffen sind — die Autonomie der Hochschulen ist nicht einmal für die Auswahl dieser Gruppe gegeben.
Die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens rekrutieren sich bisher bis auf ganz wenige Ausnahmen aus den Führungskreisen der Großindustrie; es waren die Spitzenbosse aus der Elektro-, Maschinenbau- und Chemiebranche. Diese merkwürdig einseitige Auswahl veranlaßte Studentenfunktionäre, von der Gruppe der „öffentlichen Lebemänner" zu sprechen. In der Tat nimmt sich zwischen all diesen Honorarprofessoren und Honorardoktoren (was kostet eigentlich ein E. h. oder h. c.?), deren Ehrentitel ganze Zeilen füllen, ein Dipl.-Volkswirt Rolf Spaethen — von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — ziemlich schäbig aus.
Von den insgesamt 44 Stimmen entfallen 22 auf Bund- und Ländervertreter; Beschlüsse müssen mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden. Von der Zusammensetzung her ist der Wissenschaftsrat ein Gremium, in dem staatliche Behörden und die Großindustrie über die Zukunft der Hochschulen entscheiden. Da die Auswahl so getroffen ist, daß die Mitglieder Entscheidungen notfalls auch politisch durchdrücken können, kann man den Wissenschaftsrat nur als große Gefahr für die Autonomie der Hochschulen bezeichnen.

Die Arbeit des Wissenschaftsrates hat bisher kein akzeptables Programm zur Reformierung der Hochschulen ergeben. Erinnert sei nur an die kuriosen Vorschläge zur Neuordnung des Studiums (1966), die durch ein reglementiertes Studium die Fließbandproduktion von Stromlinien-Akademikern vorsahen. Selbstverständlich hat sich der Wissenschaftsrat noch nie damit befaßt, wie man den schändlich geringen Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder an der Studentenzahl erhöhen kann; über eine Reformierung des Stipendienwesens oder gar über eine Demokratisierung der autoritären Hochschulen kann sich ein Gremium dieser Zusammensetzung wohl auch nicht Gedanken machen, ohne sich selbst in Frage zu stellen.
Es war angesichts dieser Tatsachen geradezu absurd, als in einer vom Zweiten Deutschen Fernsehen ausgestrahlten Diskussion (an der Rektor Schultz teilnahm) im gleichen Atemzug die Bedrohung der Hochschulautonomie durch staatliche Behörden beklagt und der Wissenschaftsrat über den grünen Klee gelobt wurde, ohne daß ein einziger der Diskussionsteilnehmer energisch protestierte. Der Heiligenschein, der diesem Gremium immer noch umgehängt wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß zur Zeit die Freiheit der Hochschulen weniger von den Sprüche klopfenden Politikern gefährdet ist, als durch den unkritischen Jubel, der jeder Veröffentlichung des Wissenschaftsrates folgt.

Hartmut Bauer

HINTER VERSCHLOSSENEN TÜREN

Kaum eine andere Untersuchung legt das autoritäre und elitäre Selbstverständnis der Hochschule so bloß wie die des Verhältnisses der Hochschulgremien zur Öffentlichkeit. Alle für die Hochschule wichtigen Entscheidungen werden zur Zeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit getroffen. In der Regel erfahren die Hochschulangehörigen nicht einmal, welche Beschlüsse gefaßt worden sind, geschweige denn, welche Entscheidungen überhaupt anstehen.
Es stellte sich die Frage, mit welcher Legitimation die Hochschulgremien Entscheidungen treffen dürfen, wenn die Mitglieder dieser Gremien von den unmittelbar betroffenen Hochschulangehörigen gar nicht zur Verantwortung gezogen werden können, eben weil nicht einmal die Beschlüsse bekannt werden. Schärfer gesagt: Wer die Öffentlichkeit von den Entscheidungsgremien fernhält, kann nicht kontrolliert und zur Rechenschaft gezogen werden und steht damit außerhalb jeder Verantwortung. Alle Entscheidungen der Hochschulgremien sind damit schlicht verantwortungslos.

Welche Diskriminierung der überwiegenden Zahl der Hochschulangehörigen in dieser Praxis, einen kleinen Kreis elitär gesinnter Personen unkontrolliert bestimmen zu lassen, liegt und welche ungünstigen Folgen sie hatte und hat, kann an zahlreichen Beispielen leicht nachgewiesen werden. Die Frage nach der vor einer Öffentlichkeit getroffenen und vertretenen Entscheidung trifft den Nerv der heutigen autoritären Hochschulstruktur: Die Demokratisierung der Hochschule setzt eine informierte Öffentlichkeit voraus. Wer die öffentliche Debatte und die öffentliche Entscheidung ablehnt, ist kein Demokrat; an der Hochschule haben also die Antidemokraten die Macht.

Ein konkretes Beispiel aus der letzten Zeit ist so bezeichnend für diesen miserablen Zustand, daß es etwas ausführlicher dargestellt werden soll. Nachdem unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine neue Hochschulsatzung erarbeitet worden war, mußte der Große Senat, von einer über die Unzulänglichkeit der Satzung beunruhigten studentischen Öffentlichkeit aufgeschreckt, zugeben, daß diese Satzung vielleicht doch noch verbesserungsbedürftig sei. Ein Ausschuß sollte Änderungsvorschläge im Sinn der studentischen Reformvorstellungen erarbeiten. Unter anderem sollte dieser Godesberger Ausschuß prüfen, wie die Entscheidungen der Hochschulgremien der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnten und wie eine Zulassung der Öffentlichkeit zu den Sitzungen dieser Gremien zu regeln sei.

Als erstes beschloß der Godesberger Ausschuß, daß seine eigenen Sitzungen nichtöffentlich seien. Der ersten Schizophrenie folgte gleich die zweite. Als Öffentlichkeitsersatz wurde festgesetzt, daß erstens die Protokolle der Ausschußsitzungen vervielfältigt und verteilt werden sollten und daß zweitens interessierten Personen auf Antrag die Möglichkeit geboten werden sollte, an den Sitzungen teilzunehmen. Dieser Beschluß, hinter verschlossenen Türen gefaßt, wurde nicht

veröffentlicht. Wer nicht zufällig durch eine Indiskretion von dieser Regelung erfuhr, konnte die angeblich gebotenen Möglichkeiten der Information gar nicht wahrnehmen.

Daß diese Regelung alles andere als ehrlich gemeint ist und lediglich die Funktion hat, als formales Alibi zu dienen, zeigte sich bald. Der dds war es nicht möglich, auf offiziellem Weg irgendwelche Protokolle der Ausschußsitzungen zu erhalten. Durch einen Leserbrief auf die andere Möglichkeit der Information aufmerksam gemacht, stellte die dds sofort einen Antrag, ihre Mitarbeiter als Beobachter zuzulassen; der Antrag wurde nicht behandelt. Durch eine solche Zensur wird der Sinn der Zulassung einer Öffentlichkeit wohl nicht mehr erfüllt.

Die Protokolle der bisherigen Sitzungen — von der entscheidenden ersten Sitzung wurde keines angefertigt — lassen keine Rückschlüsse auf die Stimmung und die tatsächlichen Machtverhältnisse im Ausschuß zu, da es keine Wortprotokolle sind (Protokollführer ist der Assistent des Rektors). So fehlt der nicht ganz unwichtige Hinweis darauf, daß der Ausschuß deshalb unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagt, weil sich Prof. Breth gegen eine Zulassung der Öffentlichkeit sperrte und für den Fall der Zulassung mit seinem Auszug drohte. Einige Vorgänge mehr am Rande, die im Protokoll ebenfalls nicht erwähnt werden, können erklären, warum viele der nichtstudentischen Ausschußmitglieder das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen.

So wurde auf mehreren Sitzungen die dds angegriffen, selbstverständlich ohne ihr die Möglichkeit zu geben, sich gegen diese Angriffe wehren zu können; bereits bevor der Antrag gestellt war, wurde eine Nichtzulassung der dds-Mitarbeiter damit begründet, daß man sie für ihre kritischen Artikel nicht auch noch belohnen dürfe. Der AStA-Vorsitzende Cobler, Mitglied im Ausschuß, wurde von Prof. Scheuter auf einer Ausschußsitzung wegen der Notstands-Wandzierereien in übelster Weise angegriffen. Solche Diffamierungen und unqualifizierten Äußerungen lassen sich nur durch Zulassung der Öffentlichkeit zu den Sitzungen ausschalten. Daß solche Vorgänge auch in anderen Gremien an der Tagesordnung sind, zeigt das Beispel der Fakultät Mathematik/Physik, bei der ähnliches vorgekommen sein soll, als sie sich auf einer nichtöffentlichen Sitzung mit dem in dds Nr. 93 abgedruckten Offenen Brief befaßte.

Die Forderungen nach einer Zulassung der Öffentlichkeit zu den Sitzungen der Hochschulgremien geht von der Tatsache aus, daß die Hochschulangehörigen mündig sind. Deswegen muß man sie auch von den Gründen, die zu bestimmten Entscheidungen geführt haben, unterrichten. Es ist seltsam, wenn gerade von den Kreisen, die sich gegen öffentliche Sitzungen mit lächerlichsten Argumenten sperren, beklagt wird, daß sich die meisten Hochschulangehörigen nur wenig für die Probleme der Hochschule interessieren. Wer nicht laufend informiert wird, kann die Tragweite einzelner Entscheidungen — wenn sie bekannt werden, was ja überwiegend noch nicht der Fall ist — doch gar nicht ermessen. Angesichts dieser zentralen Feststellung sind die Argumente gegen die Zulassung der Öffentlichkeit nur als Hohn zu bezeichnen.

Erstes Argument: „Unter Ausschluß der Öffentlichkeit läßt sich sachlicher arbeiten." Diese Behauptung ist völlig falsch. Die Beispiele der Diffamierung, gegen die der Diffamierte sich nicht wehren kann, zeigen, wozu die Abwesenheit der Öffentlichkeit dienlich ist. Bei Anwesenheit der Öffentlichkeit muß sich jeder etwas genauer überlegen, was er sagt und wie er es sagt — die Öffentlichkeit wirkt sich gerade versachlichend aus.

Zweites Argument: „Die Anwesenheit von Zuschauern bringt Störungen mit sich." Wer so argumentiert, muß ein seltsames Wertsystem benutzen, wenn er Vor- und Nachteile der Öffentlichkeit abwägt. Das Argument wird schon durch das Beispiel Studentenparlament entkräftet, wo die Anwesenheit von Zuschauern noch nie gestört hat. Störungen lassen sich weitgehend durch die Modalitäten ausschalten. Wenn es unbedingt nötig ist — die Erfahrung im Studentenparlament spricht allerdings dagegen — kann man der Öffentlichkeit das Rederecht entziehen und ihr vorschreiben, sich absolut ruhig zu verhalten. Wer sich schließlich durch die Anwesenheit von „Hintermännern" beeinträchtigt fühlt, der sollte bei so wenig Rückgrat keine Verantwortung übernehmen.

Drittes Argument: „Jemand, der als Delegierter einer Gruppe in einem Gremium sitzt, könnte aus Furcht, wegen seiner Äußerungen abgewählt zu werden, nicht mehr frei sagen, was er wirklich meint." Die Möglichkeit der Abwahl gibt es noch nicht allgemein: Ein Ordinarius sitzt auf Lebenszeit in der Fakultät und im Großen Senat; Rektor und Dekane können nicht abgewählt werden. Trotzdem wäre es absolut richtig, unfähige oder unter falschen Vorstellungen gewählte Delegierte auszuwechseln. Die Anwesenheit der Öffentlichkeit würde sich auf die Qualität der Zusammensetzung in den Gremien über kurz oder lang günstig auswirken, da nur noch Leute delegiert würden, die ihre Meinung offen vertreten.

In diesem Zusammenhang ist ein Hinweis auf die gültige Hochschulsatzung nötig. Dort wird die Öffentlichkeit in den Sitzungen der Hochschulgremien in § 10 Absatz 3 so geregelt:

„Welche Ausführungen Angehörige des Senats gemacht und wie sie abgestimmt haben, unterliegt ebenso wie das Abstimmungsergebnis selbst in jedem Fall der Schweigepflicht."

Diese Regelung — sie gilt entsprechend für die Sitzungen der Fakultäten — ist nichts anderes als ein Freibrief für die Mitglieder, ohne Verantwortung abstimmen zu dürfen. Bekannt ist die alte akademische Gepflogenheit, bei in der Öffentlichkeit umstrittenen Entscheidungen dafür zu sorgen, daß der Beschluß mit einer Gegenstimme oder einer Stimmenthaltung gefaßt wird. Der einzelne kann dann mit dem Hinweis auf das anonyme Abstimmungsergebnis lästige Fragen nach seiner Haltung leicht abwimmeln. Die Verantwortung wird auf die Gesamtkorporation Hochschule oder Fakultät verlagert, die weder gehört worden ist noch die Chance einer Einfluß- oder Einspruchsmöglichkeit hat, aber trotzdem für einen Beschluß, der ohne ihr Zutun entstanden ist, einstehen soll.

Es steht fest, daß es keine stichhaltigen Argumente gegen öffentliche Sitzungen der Hochschulgremien gibt. Auch im Hochschulbereich sollte ein Prinzip endlich anerkannt werden:

> Entscheidungen setzten Information voraus und ziehen Verantwortung nach sich.

Beides kann nur durch die Öffentlichkeit der Entscheidungsgremien wirklich gesichert werden. Die von den Entscheidungen unmittelbar betroffenen Hochschulangehörigen können nur so an dem Prozeß der ständigen Information und der erst dadurch ermöglichten Kontrolle teilhaben. Nur eine autoritäre Hochschule muß sich der Forderung nach breitester Öffentlichkeit verschließen.

Ulf Kauffmann

AKTUELLES INTERVIEW

mit Dr. Axel Azzola

dds: Herr Dr. Azzola, als der Große Senat zur Wahl des Rektors zusammentrat, waren mehrere Mitglieder des Godesberg-Ausschusses unter der ausgesperrten Öffentlichkeit. Bevor wir auf den Verlauf der Senatssitzung eingehen, zunächst die Frage: Was hat der Godesberg-Ausschuß bisher erarbeitet?

Dr. Azzola: Ich bin nur ein Mitglied und nicht ein autorisierter Sprecher des Godesberg-Ausschusses. Trotzdem glaube ich folgendes sagen zu können: Wir haben das Prinzip der Kooperation allgemein anerkannt. Daraus ergibt sich, daß diejenigen, die an konkreten Punkten die Kooperation ausgeschlossen wissen wollen, den Beweis dafür antreten müssen, daß in diesen Punkten Kooperation tatsächlich nicht sinnvoll oder nicht möglich ist. Zweitens ist der Grundsatz der Subsidiarität prinzipiell anerkannt. Das will sagen, daß die Entscheidungen dort gefällt werden sollen, wo sie wirklich effektiv werden, und nur übergreifende Probleme in die Entscheidungskompetenz des nächst höheren Gremiums verlagert werden sollen.

dds: Vor dem Sitzungssaal wurde ausführlich über den Godesberg-Ausschuß diskutiert. Wie sieht der Zeitplan dieses Ausschusses aus, wann kann man mit konkreten Satzungsvorschlägen rechnen?

A.: Der Godesberg-Ausschuß hat sich entschlossen, die Forderungen des Studentischen Arbeitspapiers (1. Publizität und 2. Nachprüfbarkeit aller Vorgänge an der Hochschule, 3. Kooperation aller Gruppen der Hochschule in allen Bereichen, 4. Verzicht auf ein Disziplinarrecht) im konkreten Zusammenhang mit der nunmehr angestrebten neuen Organisationsstruktur der Hochschule zu behandeln. Dabei wollen wir zwei Dinge gleichzeitig leisten. Wir wollen auf der Grundlage des bestehenden Hessischen Hochschulgesetzes zu optimalen Reformen kommen, dabei aber auch, und darüber hinausgehend, Vorschläge an den Landtag zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Hessischen Beamtengesetzes erarbeiten, wenn dieses Recht uns notwendig erscheinenden Reformen entgegensteht. Das bedeutet natürlich, daß wir in den nächsten Wochen nicht unmittelbar zur Beantwortung der von studentischer Seite gestellten Fragen kommen. Andererseits wollen wir das Disziplinarrecht, das sich unserer Ansicht nach von den anderen Fragen abtrennen läßt, vorweg in einem Unterausschuß behandeln, soweit unsere Zeit dies erlaubt.

dds: Glauben Sie, daß diese Arbeit bis zum Wintersemester 1968/69 wie vorgesehen abgeschlossen sein wird?

A.: Ich bin der festen Überzeugung, daß das nicht der Fall sein wird, meine aber andererseits, daß wesentliche Beschlüsse bis zu diesem Zeitpunkt vorliegen werden. Die Transformation solcher Beschlüsse in Paragraphen werden wir wohl kaum gleichzeitig schaffen.

dds: Um auf die vergangene Senatssitzung zurückzukommen: der Senat schloß die Öffentlichkeit für diese Sitzung aus. Wie beurteilen Sie diesen Beschluß?

A.: Dieser Beschluß war wohl mit verursacht durch die Fehleinschätzung des Willens der vor dem Senatssitzungsaal Versammelten seitens der übergroßen Mehrheit der anwesenden Ordinarien. Ich habe so viel mangelndes politisches Fingerspitzengefühl auf der Seite der Ordinarien beobachten können, daß ich in diesem Zusammenhang glaube, von Vorurteilen sprechen zu können, die die Fehleinschätzung verursacht haben. Das politische Fehlverhalten der Mehrheit der Ordinarien hat tiefe Wurzeln. Die ältere Generation ist offensichtlich mehrheitlich mit der Bewältigung derjenigen Probleme beschäftigt, die sich mehr oder weniger zufällig aus einer Situation ergeben, ohne zukunftsträchtige Konzeptionen entwerfen zu können; wir müssen dieser Generation vorwerfen, die Reformen für heute und erst recht die Reformen für morgen versäumt zu haben. Dies scheint mit verursacht von einer tiefen Angst, die realen sozialen Konflikte dieser Gesellschaft zur Kenntnis zu nehmen. Anstatt daß es in unserer Gesellschaft zu einer transparenten und rationalen Austragung dieser Konflikte kommt, sucht die ältere Generation Lösungen durch Manipulation am Bruttosozialprodukt.

dds: Ist mit dem Beschluß eine Vorentscheidung des Großen Senats im Hinblick auf die Öffentlichkeit seiner Sitzungen gefallen?

A.: Wenn eine Vorentscheidung gefallen ist, dann nicht durch die Abstimmung in der letzten Sitzung des Großen Senats. Ich bin sicher, daß der Große Senat auf seiner nächsten Sitzung beschließen wird, prinzipiell öffentlich zu tagen. In seinem politischen Un-Bewußtsein wird er möglicherweise sogar glauben, diese Entscheidung frei zu treffen. Tatsächlich aber wird auch diese Entscheidung mittelbar oder unmittelbar unter dem Eindruck des zuletzt Geschehenen getroffen werden, auch unter dem Eindruck der Tatsache, daß sich ja die „Ausgeschlossenen" anders verhalten haben, als offenbar erwartet wurde.

dds: Der Beschluß des Großen Senats, die Öffentlichkeit nicht zuzulassen, wurde unter anderem damit begründet, daß man dem Godesberg-Ausschuß nicht vorgreifen wolle. Werden dem Ausschuß damit nicht alle unbequemen Fragen zugeschoben, wird der Ausschuß zum Alibi aller Reformunwilligen?

A.: Dazu ist zunächst einmal festzustellen, daß es sich bei der Frage des Verhandlungsmodus des Großen Senats nur um eine geschäftsordnungsmäßige, nicht um eine Satzungsfrage handelt. Ich würde es als eine unglückliche Entwicklung werten, wenn dem Godesberg-Ausschuß alle unbequemen Fragen zugeschoben würden, damit mit Hilfe eines solchen Verfahrens Reformunwilligen die Gelegenheit verschafft würde, sich hinter präformierte Beschlüsse zurückzuziehen.

dds: Ist der Öffentlichkeitsbeschluß auf der vergangenen Sitzung als Trotzreaktion gegen „die da draußen" zu verstehen?

A.: Diese Frage möchte ich mit einem Nein und Ja beantworten. Bei einem Teil der Ordinarien mag sich das Problem allerdings auf das Phänomen einer Trotzreaktion reduzieren lassen. Bei einem anderen Teil scheint mir ein taktisches Konzept ausschlaggebend gewesen zu sein. Dieses Konzept dürfte, grob vereinfacht, etwa so aussehen: „Wir dürfen nicht einfach bei jeder beliebigen Forderung der ‚Straße' ausweichen oder nachgeben. Wir müssen dieser ‚Straße' einmal zeigen, daß wir Manns genug sind, eine Barriere — bis hierher und nicht weiter — aufzubauen und durchzuhalten."

dds: Es hat sich in langen Jahren

herausgestellt, daß wohlbegründete Gedanken und gut ausgearbeitete Vorlagen von seiten der Studenten (insbesondere Gutachten von VDS und SDS) keinen Widerhall in den Hochschulen fanden.

A.: Diese Bemerkung trifft im großen und ganzen zu. Erst seit die Professorenschaft durch Aktionen der Studenten in die Situation des Handlungszwangs gesetzt wurden, zeigt sich eine Bewegung. Das ist ja schon allgemein erkannt und anerkannt.

dds: Halten Sie auch weiterhin einen Druck der Studenten für nötig, damit die jetzt erkennbaren Ansätze zu Reformen weitergedeihen und zu konkreten Ergebnissen führen?

A.: Ich glaube, daß die Studenten mit Nachdruck ihre Kooperationsbereitschaft zum Ausdruck bringen müssen. Ein Teil der Professoren versucht, dem Ansturm der Jugend praktisch nur mit administrativen und damit repressiven Mitteln entgegenzutreten, verharrt im Reagieren und erweist sich so zum Agieren als unfähig. Wir haben es mit drei verschiedenen Gruppen zu tun: Von einer Gruppe kann man wohl sgaen, sie habe eine Flucht nach vorn angetreten, von einer anderen, sie versuche das Bestehende in einem heiligen Kampf zu verteidigen, während sich eine dritte Gruppe wirklich die durchdachte Reform zum Programm gemacht hat.

dds: Wie sollte der Druck der Studenten erzeugt werden, wo sollte er ansetzen?

A.: Ein Teil der Jugend sieht den von der Mehrheit der Älteren produzierten politischen Flickteppich; sie sieht, daß diese Älteren nur un-bewußte politische Verhaltensmuster haben; sie rebelliert gegen diese Haltung und ihre Konsequenzen. Dabei reizt das Wissen um die eigene Ohnmacht zur Gewaltanwendung. So verständlich es auch ist, daß die abgedrängte, von den Entscheidungen ausgeschlossene Jugend ihre Beteiligung an den Entscheidungen erzwingen will, so meine ich doch, daß eine auf Fehlorientierung beruhende Unbeholfenheit der Älteren, die leicht auch als Dummheit interpretiert werden kann, nicht mit Gewalt adäquat beantwortet werden kann. Es muß uns durch andere Formen der gezielten Aufklärung gelingen, die ältere Generation auf ihr zentrales Problem aufmerksam zu machen: daß man das 21. Jahrhundert nicht mit der Vorstellungswelt des neunzehnten adäquat gestalten kann.

dds: Sie sprechen gerade vom 19. Jahrhundert; kommen wir doch zum Modus der Wahl des Rektors.

A.: Der jetzige Modus der Rektorwahl ist einem Großen Senat, der sich als ein Parlament der Gesamthochschule begreift, selbstverständlich nicht angemessen. Die Vorgänge der letzten Sitzung zeigen auch deutlich, daß dieser Zustand nicht länger haltbar ist. Sie zeigen aber auch noch mehr, nämlich, daß dieses Gremium nicht in der Lage zu sein scheint, vorauszudenken. Ich meine konkret folgenden Vorgang: Die Studenten hatten um die Erstellung einer Kandidatenliste gebeten. Dieser Antrag wurde zunächst abgelehnt. Als die Studenten daraufhin — meiner Ansicht nach zu Recht — mit dem Auszug drohten, fand sich für den gleichen Antrag eine Mehrheit. Es ist ernsthaft zu fragen, ob jene Professoren, die zunächst den Antrag der Studenten abgelehnt hatten, die Folgen ihres Tuns wirklich vorweg konsequent zu Ende gedacht haben. Auf jeden Fall erscheint mir dieses Verhalten eines verantwortlichen Gremiums nicht würdig.

dds: Bei der Wahl des Rektors sind jetzt Assistenten und Studenten zwar dabei, aber schon von der zahlenmäßigen Stärke her können sie kaum Einfluß haben. Wie müßte dieses Gremium, das den Rektor wählt, zusammengesetzt sein?

A.: Gerade die Vorgänge bei der letzten Sitzung des Großen Senats haben gezeigt, daß die Beteiligung der Studenten und Assistenten im augenblicklichen Zahlenverhältnis kaum mehr als ein demokratisches Feigenblatt darstellt. Ich werde mich aus diesem Grunde für eine entscheidende Verbesserung der quantitativen Beteiligung der Studenten und Assistenten bei der Rektorwahl einsetzen. Der jetzt gewählte Rektor ist zunächst einmal Rektor einer professoralen Mehrheit. Ob und in welcher Weise er sich auch als Rektor der Assistenten und Studenten begreift, wird sich vor allem an Taten erweisen müssen.

dds: Falls der Rektor durch sein Verhalten zeigt, daß er nicht die Interessen aller Hochschulangehörigen gleichmäßig vertritt, sollte dann der Gedanke wieder ventiliert werden, daß sich die Studenten einen eigenen Rektor wählen?

A.: Ich habe schon einmal in einer Darmstädter Vollversammlung gesagt, daß die hiesigen Studenten eine „Prämie für Wohlverhalten" verdient haben. Ich glaube, daß das auch von einem Teil der Professorenschaft begriffen worden ist, und daß daher nicht befürchtet werden muß, daß der Rektor oder eine Mehrheit der Ordinarien eine Konfrontation mit den Studenten suchen werden. Sollte ich mich allerdings in dieser Prognose irren, dann müßten die Studenten die von konservativen Professoren erzwungene Konfrontation mit adäquaten Mitteln beantworten. Ein solches Mittel wäre vielleicht die Wahl eines eigenen Rektors. Ich hoffe allerdings, daß eine solche Konfrontation gerade hier in Darmstadt vermeidbar ist.

dds: Auch die Ordinarien sahen sich nach Abschluß der Sitzung des Großen Senats mit Studenten und Assistenten „konfrontiert". Wie beurteilen Sie das Verhalten der Mehrheit der Senatsmitglieder?

A.: Meiner Ansicht nach gingen diese Senatsmitglieder, die nach Abschluß der Sitzung den Raum verließen, in Erinnerung an die Immatrikulationsfeier von offensichtlich falschen Voraussetzungen aus. Dieser Hinweis mag manches Fehlverhalten, insbesondere die mangelnde Gesprächsbereitschaft erklären. Entschuldigen kann er meiner Ansicht nach nicht. Er deckt nur einen anderen Mangel auf, nämlich das mangelnde Geschick, sich rechtzeitig und in geeigneter Form innerhalb der Senatssitzung über die Vorgänge „draußen vor der Tür" zu orientieren. Auch hier hat der Große Senat sich völlig „unpolitisch" verhalten, weil er politisch zu handeln nicht gewohnt ist. Es wird mir auch weiterhin ein Rätsel bleiben, warum der neugewählte Rektor nicht als erster, sondern praktisch als letzter und nachdem er eigens aufgefordert wurde, vor die Tür des Sitzungssaales kam, um mit den Wartenden zu sprechen.

dds: Ist es Ihnen aufgefallen, daß der designierte Rektor auf die Frage nach der Öffentlichkeit von zukünftigen Sitzungen des Großen Senats nur ausweichend geantwortet hat?

A.: Das ist mir aufgefallen, und es ist mir daran deutlich geworden: Erstens, eines wie geringen Aufwandes es bedurfte, den dort anwesenden Studenten zu genügen. Zweitens: Ich wage zu unterstellen, daß der neugewählte Rektor sich prinzipiell für die Öffentlichkeit der Sitzungen des Großen Senats einsetzen wird. Ich bedauere, daß er das nicht in aller Offenheit schon vor den dort Versammelten erklärt hat. Hier mögen Rücksichten auf die Mehrheitsverhältnisse im Großen Senat mitgespielt haben. Auf jeden Fall wurde eine Chance versäumt, vor der dort versammelten interessierten Öffentlichkeit einen ersten und entscheidenden Schritt nach vorn zu tun.

Hartmut Bauer

EINGESCHLOSSEN - AUSGESCHLOSSEN

Wer es immer noch nicht wußte, erfuhr es auf der Straße. Während der Troß der Notstandsgegner vor der Fabrik Röhm & Haas auf Arbeitsschluß wartet, wird über Megaphon bekanntgegeben, daß man an der Hochschule an diesem Tag nichts Besseres zu tun habe, als einen neuen Rektor zu wählen. Eine kleine Gruppe von Hochschulangehörigen verläßt die Antinotstands-Demonstration. In der Hochschule warten schon viele Studenten und Assistenten vor dem Senatssaal. Ein Flugblatt des Rektors wird verteilt. Schimpfend kämpfen sich einige Professoren durch die Menge, um die rettende Tür des Sitzungssaals zu erreichen. Mitten im Gedränge steht der Rektor und versucht, sich Gehör zu verschaffen: „Ich werde von jedem, der in den Sitzungssaal eindringt, die Personalien feststellen lassen und entsprechende Maßnahmen ergreifen."

Die Frage, mit welchem Recht die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, findet keine Antwort; Hinweise auf die Hochschulsatzung, nach der die Sitzungen des Großen Senats öffentlich sein können, werden nicht beachtet. Ein Professor meint beschwichtigend, man solle sich nicht so haben, schließlich ginge es bei der AStA-Wahl nicht anders zu. Er wisse es ganz genau und könne Dinge erzählen. Auf die Frage, ob er überhaupt schon einmal im Studentenparlament gewesen sei, wo der AStA öffentlich gewählt wird, weiß er allerdings keine Antwort und wendet sich indigniert über soviel Unverständnis ab.

Prof. Scherzer redet einen langhaarigen Studenten mit „Verzeihung, meine Dame" an und lächelt wie immer. Fachschaftsleiter Brendel (KuSt) ist erbost, weil er nicht schnell genug in den Sitzungssaal kommt. Einem Studenten, der ihm im Weg steht, schreit er ins Gesicht: „Ich schlage dir gleich in die Fresse." Die Umstehenden reagieren besonnen und schieben Brendel in den Saal, ehe sich die Gemüter an dieser Äußerung entzünden können. Das Studentenparlament sollte einem solch üblen Schlägertyp die Bestätigung als Fachschaftsleiter entziehen, damit er nicht mehr dem AStA und dem Großen Senat angehört.

Allmählich sind alle Mitglieder des Großen Senats im Sitzungssaal; in den hinteren Reihen ist noch viel Platz. Die vor der offenen Tür stehenden Studenten bilden eine Art von Sperrkette und geben nach hinten, von wo gedrückt wird, die Parole aus: „Wir gehen nicht rein, das hat keinen Sinn." Die Tür des Senatssaales wird zugeschlossen. Die Ausgesperrten setzen sich auf den Fußboden und wählen sich als erstes einen Versammlungsleiter.

In den folgenden Stunden wird vor der Tür leidenschaftlich debattiert. Die Versammlung ist sehr diszipliniert, der Versammlungsleiter hat keine Mühe, für Ruhe zu sorgen. Zeitweise glaubt man sich in ein Hearing des Godesberger Ausschusses versetzt. Da mehrere Mitglieder des Ausschusses anwesend sind, läßt man sich gerne berichten. Nur einmal vergessen die Versammelten die Spielregeln: Die Tür des Senatssaales wird einen Spalt geöffnet, es wird getuschelt, die Tür wird wieder verschlossen; Amtsrat Nenninger, der mit verschränkten Armen und grimmigen Blicks vor der Tür Wache steht, teilt mit, der Große Senat habe die Zulassung der Öffentlichkeit abgelehnt. Großes Geschrei, rhythmisches Klatschen.

Nachdem wieder etwas Ruhe eingetreten ist, ruft Assistent Dr. Azzola wütend, einen solchen Beschluß lasse er sich nicht vom Pedell mitteilen. Diese Bezeichnung erbost wiederum den Herrn Amtsrat, der schließlich lange genug auf diesen Titel gewartet hat. Die Versammlung beschließt, den Rektor aufzufordern, herauszukommen, wie er es versprochen hat. Zwei dezent gekleidete Mitglieder des Godesberger Ausschusses überbringen die Resolution. Nach einer halben Stunde kommt der Rektor, sagt ein paar Sätze und läßt sich wieder einschließen.

Die Versammlung debattiert, ob Azzola sich bei Nenninger entschuldigen soll, begeistert sich überhaupt nicht für den Vorschlag, die Tür endlich einzuschlagen, und belacht den Antrag, diese Versammlung aufzulösen. Eine weitere Resolution wird mit Mehrheit angenommen, in der der Große Senat aufgefordert wird, ab der nächsten Sitzung öffentlich zu tagen. Bei einer Abstimmung muß ausgezählt werden; es sind etwa 80 Leute da, davon sind 5 keine Hochschulangehörigen.

Im Saal drinnen versteht man auch, Krach zu machen. Der nach außen dringende Lärm kann nur bedeuten, daß der neue Rektor gewählt ist. Bald ist der Name bekannt. Nur wenige der Versammelten kennen Professor Brader. Einer sagt: „Wenn man mit ihm ein Gespräch von einer Stunde gehabt hat, dann hat er davon mindestens 55 Minuten geredet." Ein anderer berichtet: „Der läßt die Leute einfach ins Leere laufen. Man kann ihm alles Mögliche vorschlagen und er wird begeistert zustimmen. Aber er setzt sich für nichts richtig ein, er redet unverbindlich."

Der Senat hat die Öffentlichkeitsresolution der Versammelten nicht behandelt. Einzelne Professoren verlassen vorzeitig die Sitzung. Auf die Frage, wie er beim Öffentlichkeitsbeschluß gestimmt hat, kräht Maschinenbau-Dekan Pahl: „Alles geheim!" und flüchtet. Man sollte Spektabilität eine Hochschulsatzung schenken. Andere Professoren weichen Fragen mit dem Hinweis aus, sie hätten hinter der Tür am Ende des Ganges ein dringendes Geschäft zu erledigen. Wer so bescheiden argumentiert, wird durchgelassen.

Die Versammelten wollen es den Professoren nicht zu leicht machen. Sie setzen sich in zwei Gruppen vor die Tür des Sitzungssaales, um die Herauskommenden so lange aufzuhalten, daß es für eine Gesprächsanknüpfung reicht. Wegen der kurzen Röcke sitzen die Mädchen meist in der ersten Reihe, wo sie mehr Platz haben, ihre Beine schicklich zu plazieren.

Die Professoren kommen. Die Diskussionsbereitschaft ist gering, allgemeines Geschimpfe. Einige trampeln rücksichtslos über die Sitzenden hinweg. Prof. Mehmel spricht von Gesindel. Prof. Brandt schimpft: „. . . Arschlöcher . . . das ist ja ein Theater, ist das ja." Prof. Horn versteht unter Diskussion, daß er in aller Einfalt möglichst viele Leute fragt, ob sie studieren, was sie studieren und ob sie in Darmstadt studieren.

Ein Professor, der einen völlig verstörten Eindruck macht, sagt, er sei jederzeit bereit zu diskutieren, sogar im Schloßkeller, nur nicht jetzt. Sein Vorschlag, man könne zu ihm auf den Lehrstuhl kommen und einen Termin ausmachen, wird nicht akzeptiert; nach langem Hin und Her schlägt Herr Professor Pfingstsamstagvormittag vor,

um herausgelassen zu werden. Seinen Namen hat er nicht genannt.
„Platz für Frau Borngässer!“ befehlen drei Professoren. Der Leiterin der Rektoratskanzlei wird eine Gasse geöffnet. Die drei markigen Herren klammern sich an ihren Rockzipfel und wollen schnell mit durchschlüpfen — vergebens, die Gasse schließt sich schneller.
Manche der Studenten sind nicht darauf gefaßt, an einen diskussionswilligen Professor zu geraten, ihnen verschlägt es die Sprache. „Wenn ihr nicht diskutieren wollt, suche ich mir andere“, spottet Prof. Eyferth und stürzt sich fröhlich auf die nächste Gruppe von Studenten. Auf die Frage, ob das Angebot zur Diskussion schlechtes Benehmen sei, antwortet Prof. Mehmel den Studenten salbungsvoll: „Ich bin Prof. Mehmel, ich sage Ihnen, das ist schlechtes Benehmen.“
Angesichts der Sitzenden sagt ein Professor inhaltsschwer, daß diese den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Ein anderer kann es nicht verstehen, daß den Ausgesperrten der Beschluß des Großen Senats, die Öffentlichkeit nicht zuzulassen, nicht gefällt und hat gleich einen Vorwurf: „Das ist die demokratische Ordnung.“ Prof. Neugebauer fragt einen Mitarbeiter der dds, der mit einer Blitzlichtkamera Bilder von dem Getümmel macht, ob er dafür Geld bekomme. Als dieser verneint, ist es für den Professor nicht mehr verständlich, warum es diesen Auflauf gibt.

Zwei Rektoren

Als einer der letzten kommt Prof. Brader. Nachdem er ausdrücklich gebeten worden ist, erklärt er sich bereit, einige Worte an die Versammlung zu richten. Was er sagt, ist unverbindlich und für die Mehrzahl der Anwesenden wohl auch unverständlich („Übergangsfunktion . . . Sprungfunktion . . .“). Kleinere Diskussionsgruppen stehen noch herum. Kein Professor ist geprügelt oder gar aufgefressen worden.
Wann und wo die nächste Sitzung des Großen Senats stattfindet, wird noch bekanntgegeben.

Herbert Werkmann

REKTORWAHL

Hinter verschlossenen Türen fand am 29. 5. um 17.30 Uhr die Sitzung des Großen Senats der TH statt.
Erstmals nahmen an der Wahl des Rektors und des Konrektors nach der neuen Satzung auch 16 Vertreter der Studentenschaft und 8 Vertreter der Nichthabilitierten teil.
Die Versammlung bestand aus 127 von 140 Mitgliedern und war damit beschlußfähig.
Vertreter der Studentenschaft stellten den Antrag, die Öffentlichkeit zuzulassen, da die Wahl eines Rektors eine Angelegenheit sei, die alle Hochschulangehörigen angehe.

Magnifizenz Schultz entgegnete dem, daß die Zulassung der Öffentlichkeit eine Präjudizierung des im Godesberg-Ausschuß behandelten Problems sei. Die Frage, wo denn in der Satzung stehe, daß die Öffentlichkeit auszuschließen sei, wurde nicht beantwortet; die Antwort kam erst am nächsten Tag.

Soweit war die Argumentation noch sachlich. Vollkommen abwegig wurde sie aber, als von professoraler Seite behauptet wurde, die studentische Öffentlichkeit sei ja durch die 16 Studentenschaftsvertreter hergestellt. Die Studenten wiesen mit Recht darauf hin, daß sie keine „studentische Öffentlichkeit“, sondern Senatsmitglieder seien. Der Rektor stellte Vermutungen darüber an, daß sich die Studenten schlecht benehmen würden. Draußen vor der Tür stünden die gleichen „Hampelmänner“, die am Tag zuvor die Immatrikulationsfeier gestört hätten. Der Einwand, daß sich bei der letzten Sitzung des Großen Senats die Studenten (denen seinerzeit Einlaß gewährt worden war) ruhig verhalten hätten, wurde überhört. Der Antrag auf Zulassung der Öffentlichkeit wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und das Ergebnis den vor der Tür Sitzenden mitgeteilt.

Die Atmosphäre im Senatssaal war zu diesem Zeitpunkt schon sehr gespannt. Als von draußen das rhythmische Geklatsche No - No - Notstand - No in den Senatssaal drang, meinte der Rektor: „Das sind doch genau die Leute, die hier Ho Tschi-Minh verehren, auf der anderen Seite aber nicht bereit sind, über den Mord an mehreren deutschen Ärzten durch den Vietcong zu diskutieren.“ Professor Kade, unterstützt von vielen Professoren der Fakultät für Kultur- und Staatswissenschaften: „Das stimmt doch überhaupt nicht; die Leute machen sich sehr wohl über die Ermordung der deutschen Ärzte Gedanken.“ Studentisches Senatsmitglied Cobler: „Ich bitte zu Protokoll zu nehmen, daß 1. das rhythmische Geklatsche in den letzten Tagen — und das sollte all denen klar sein, die ab und zu aus dem Fenster geschaut haben — nur die Bedeutung von No - No - Notstand - No hat, daß 2. mit dem Geklatsche und dem Ruf Ho - Ho- Ho Tschi-Minh nicht eine Heroisierung von Ho Tschi-Minh gemeint ist und daß ich 3. es doch sehr bemerkenswert finde, daß ein Rektor einer Hochschule BILD-Schlagzeilen unkritisch übernimmt. Den Rektor bitte ich, sich von seiner Äußerung zu distanzieren.“

Auszug der Professoren

Bis jetzt war man noch nicht mit der Tagesordnung weitergekommen. Hatte man von Seiten der Professoren gehofft, wenigstens die Wahl des Rektors und Konrektors reibungslos über die Bühne zu bringen, so sah man sich bitter enttäuscht. Denn die Studentenschaftsvertreter verlangten — entgegen dem früheren Wahlverfahren — die Aufstellung einer Kandidatenliste und Personalbefragung. Die Begründung zu diesem Antrag gab Cobler: „Es ist in der jetzigen politischen Lage, in der der Rektor einer Hochschule eben nicht nur Repräsentationspflichten hat, sondern in der er entscheidenden Einfluß darauf hat, ob und wie die Hochschule reformiert wird, nicht möglich, daß wir irgendeinen Professor wählen, ohne daß dieser ein politisches Konzept formuliert und dieses begründet.“ Der Rektor wies demgegenüber auf die geltende Satzung hin, aus der hervorgehe, daß jeder Professor, der zum Rektor gewählt werde, dieses Amt

auch annehmen müsse; es sei denn, es stünden dem schwerwiegende Gründe entgegen. Eine Kandidatenliste sei deshalb nicht möglich und auch eine Personalbefragung nicht, da dann alle 97 wählbaren Ordinarien befragt werden müßten. Diese „Argumentation" bewegt sich durchaus im Rahmen der Satzung (§ 46), aber die Praxis ist in der Tat so, daß schon vorher der „neue" Rektor feststeht. Die Wahl im Großen Senat wird damit zur Farce. So auch dieses Mal. Schon vor der Senatssitzung stand Professor Brader als neuer Rektor fest — der dann auch prompt gewählt wurde. Cobler: „Wir brauchen uns ja nichts vorzumachen; es ist ja vorher ausgemauschelt worden, wer überhaupt zur Debatte steht." Professor Schlechta unterstützte den Antrag auf Kandidatenliste und Personalbefragung. Die Satzungsform, daß sich jeder zur Verfügung zu stellen habe, sei historisch bedingt. Sie stamme aus einer Zeit, wo jeder Ordinarius seine Kollegen kannte. Deshalb sei eine Personalbefragung zu begrüßen. Wie recht Professor Schlechta mit seinen Ausführungen hatte, wurde schon bei Beginn der Sitzung klar, als Professor Scheuter seinen Kollegen Professor Grzimek, der im roten Hemd erschienen war, aus dem Saal drängen wollte, weil er ihn für einen Studenten hielt.

Professor Jötten wollte vermitteln. Er stellte den Antrag, eine Art Vorwahl durchzuführen, um zu sehen, welche Kandidaten überhaupt Chancen hätten, gewählt zu werden.

In der Tat war Professor Jöttens Antrag ein guter Vermittlungsvorschlag. Er beseitigte die Bedenken hinsichtlich der Satzung, und die Studenten konnten ihm zustimmen. Gleichwohl wurde der Antrag von der Mehrheit der Anwesenden abgelehnt.

Daraufhin Cobler: „Ich — und ich spreche hier nur für meine Person, nicht als Senatsmitglied — sehe mich nicht in der Lage, in der jetzigen politischen Situation die Verantwortung zu übernehmen und einen Mann in das Amt des Rektors zu wählen, von dem ich nicht weiß, was er will. Ich erkläre hiermit, daß ich den Senat verlassen werde und es ablehne, an der Rektorwahl teilzunehmen. Ich bitte alle diejenigen, die eben für den Antrag von Professor Jötten gestimmt haben und die meinen, daß das jetzige Wahlsystem nicht das richtige ist, um den Mann zu finden, der der Hochschule wirklich ein Konzept vorzulegen hat, daß diejenigen ebenfalls den Senat verlassen."

Daraufhin wollten alle Studentenschaftsvertreter den Senat verlassen. Sie wollten. Aber die Tür war verschlossen, der Schlüssel abgezogen. Bis die Tür aufgeschlossen werden konnte, hatten sich die Versammelten gefaßt und eingesehen, daß es „in der jetzigen Situation unmöglich (ist), einen Rektor ohne die Mitwirkung und die Stimmen der Studenten zu wählen" (Prof. Bächer). Es wurde der Vorschlag gemacht, nochmals über den Antrag von Professor Jötten (Vorwahl, Kandidatenvorstellung) abzustimmen. Nach heftigen Diskussionen einigte man sich auf den Antrag, eine Vorwahl durchzuführen, und die dann verbleibenden Kandidaten sollten sich, falls sie bereit seien, einer Befragung stellen. Der Auszug der Studenten war damit vermieden worden.

Die anschließende Vorwahl, bei der keine Stimmzahlen genannt wurden, ergab eine „Kandidatenliste" von etwa 20 Ordinarien, darunter die Professoren Bächer, Bosse, Brader, Breth, Kade, Rohmert, Scherzer. Damit standen auch die Kandidaten für eine Personalbefragung fest. Die Befragung dauerte etwa 30 Minuten und wurde nur von Assistenten und Studenten bestritten. Die Befragung konzentrierte sich auf die Themen Öffentlichkeit, Vorlesungskritik, politisches Engagement des Wissenschaftlers, Polizeieinsatz auf Hochschulgelände, erweiterte Mitbestimmung der Studenten in den Kollegialorganen der Hochschule.

Die Wahl des Rektors erbrachte für Professor Brader 64 Stimmen; genau die Stimmzahl, die für seine Wahl notwendig war. Professor Kade erhielt 18, Prof. Scherzer 7, Prof. Rohmert 3 Stimmen.

Bei der Wahl des Konrektors erhielten Professor Rohmert 56 und Professor Kade 31 Stimmen. Es war eine Stichwahl zwischen beiden notwendig, da ein Kandidat die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen muß. Die Stichwahl zwischen Professor Rohmert und Professor Kade ergab für Professor Rohmert die notwendige Stimmenzahl; er war damit zum Konrektor gewählt.

In einer Erklärung ließ der Rektor am nächsten Tag verlauten, daß die Öffentlichkeit aufgrund der Geschäftsordnung ausgeschlossen gewesen sei. Für die Vorwahl und die Personalbefragung, die in dieser Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist, sei die Sitzung unterbrochen gewesen. Formaljuristisch war also alles in bester Ordnung.

Helmut Dreßler

DAS sog. SACHARGUMENT

Es liegt Naivität oder böser Wille oder eine raffinierte Mischung aus beiden zugrunde, wenn die Studentenschaft, seit die Diskussionen hier an der Hochschule begonnnen haben, dauernd moralische Backpfeifen zu erdulden hat. Die Studentenschaft hält sich dann verwundert die Wange, stutzt verdutzt und weiß nicht recht, wie sie auf diese allgemeinbildende Schelle zu reagieren hat. Sie reagiert gewissermaßen mit Kollektivverblüffung, mit Unmut, sie hat jedoch meistens nichts Konkretes entgegenzusetzen, sie weiß nicht, wie sie zurückzuhauen hätte. Die angedeutete allgemeine Ratlosigkeit, mit Unglauben und Empörung versehen, von kollektivem Zähneknirschen begleitet, breitet sich augenblicklich aus, wenn in professoralem Tone das sog. Sachargument als Heilmittel für alle Konflikte beschworen wird. Der z. Zt. gültige Rektor, Prof. Schultz, hat sich in dieser Hinsicht hervorgetan. Aber beileibe nicht nur er.

Das Sachargument — so heißt es — sei für Vergangenheit und Zukunft entscheidend und allein ausschlaggebend für die Lösung von Problemen; und jedes Mißtrauen gegen Beschlüsse und Einsichten innerhalb beliebiger Hochschulgremien werde vom Sachargument hinweggefegt, ausgerottet mit Stumpf und Stiel, erledigt und widerlegt. Denn nur letzteres sei allein entscheidend und akademisch und vernünftig und gut und richtig und so weiter. Dieses aber ist zum Lachen.

Auf welche Weies kommen denn Beschlüsse zustande? Wie ist die Praxis? Welche Bedingungen sind denn in Wirklichkeit zu erfüllen? — Sicherlich sind wesentlich mehr Voraussetzungen nötig als die Bereitschaft zum sog. Sachargument und die Hoffnung, daß sich solche Argumente durchsetzen werden. Erst einmal müssen genügend davon da sein! Das ist gar nicht selbstverständlich. Denn um Ausschüsse mit Argumenten zu beliefern, sind mehrere Bedingungen zu erfüllen. Zuerst brauchen die Disputanten genügend Übersicht, zweitens brauchen sie neuartige Ideen in ausreichender Menge, was viel Nachdenken erfordert. Angenommen, Übersicht und genug Ideen seien vor-

handen, so ist über deren Wirksamkeit noch längst nicht entschieden.
Wer mit sachlichen Vorschlägen innerhalb gewisser Ausschüsse Erfolg haben will, hat persönliche Opfer zu bringen. Nicht nur Geduld und Wachsamkeit. Er darf sich nicht vom Ruhebedürfnis der anderen abschrecken lassen. Außerdem hat er der Forderung nach „Wohlverhalten" bedingungslos nachzukommen. Wer im Ausschuß „als Mensch" nicht genügend geachtet ist, hat von vornherein verspielt, deshalb sollte niemand mit seinen Vorschlägen und Gedanken den Rahmen der geduldeten Einsichten verlassen.
(Beispiele: Soziale Utopien sind ebenso tabu wie die generelle Forderung nach Öffentlichkeit.) Mögen einige Mitglieder eines Ausschusses noch so borniert sein, man darf es ihnen aber nicht zu verstehen geben. Das weckt persönliche Abwehrreaktionen. Und die hemmen ganz entscheidend den Fortschritt der Diskussion. Gute Einfälle werden immer mit ihrem Erzeuger in Verbindung gebracht. Wehe, wenn gute Ideen vom falschen Mann kommen!
Weiter: Neuartige Ideen müssen formuliert und in der Diskussion verteidigt werden. Dazu hat der Ideen-Spender Formulierungskunst und Diskussionserfahrung nötig. Ein ausdauernder Redner kann die besten Argumente so abwerten, daß sie schrumpfen und schließlich vergehen, ohne daß sie eine Wirkung hinterlassen haben. Es ist eine schöne Illusion, daß allein mit sog. Sachargumenten ein umfangreiches Problem zu bewältigen sei und daß ein Ausschuß dadurch zu sachgerechten und genügend durchschlagskräftigen Beschlüssen zu veranlassen sei.
Kompromisse entstehen nicht nur durch den Widerstreit der Ideen, wie es einem manche weismachen wollen, sondern ebenso durch taktische Manipulationen und Kulissenschieben. Die Erfahrungen an unserer Hochschule belegen diese These eindeutig.
Doch nicht nur böser Wille und Naivität sind dafür verantwortlich. Oft können viele Argumente, die zur Lösung eines komplexen Problems notwendig sind, nicht mehr streng auseinander gehalten werden. Sie erzeugen bei jedem einzelnen zwar ein Gefühl des Wissens, eine Ahnung von der Richtigkeit einer endgültigen Formulierung; doch diese inneren Kompromisse sind schon nicht mehr sachgerecht. Die logische Verarbeitung vieler Argumente ist überhaupt nicht selbstverständlich, obwohl viele Leute das für sich in Anspruch nehmen.
Gerade weil das Studium und die Diskussion komplexer Probleme es erforderlich machen, einzelne Argumente ausreichend genau zu verbalisieren, wären heutzutage bessere Methoden zur Problemlösung notwendig. Die übliche legere Organisation von Diskussionen ist wenig effektiv. Mit der Beherrschung dialektischen Denkens wäre eine erste Bedingung für Wirksamkeit erfüllt. Eine Debatte muß in ihren Themen von vornherein übersichtlich gegliedert sein. Ein von allen Teilnehmern akzeptiertes Programm ist Voraussetzung, daß in dialektischer Weise verschiedene Argumente wirksam werden. Die Technik der Diskussion müßte das blinde Vertrauen ersetzen, daß sich das Wahre und Gute durchsetzen werde. (Bei dieser Konstruktion sind taktische Spiele unberücksichtigt geblieben.)
Das blinde Vertrauen, nicht nur zu den Argumenten, sondern auch zu den „legitimen Interessenvertretern" wird aber dauernd gefordert, da sich ja das sog. Sachargument durchsetzen werde; „man möge diesen Anspruch gefälligst zur Kenntnis nehmen".
Es hat sich aber gezeigt, daß in jeder unvollkommen demokratischen Institution das „Sachargument" – wenn es so etwas wirklich geben sollte – eins ist, das sorgsamer Pflege bedarf, weil ein solches meist nur in sehr zarten Formen vorkommt und weil es relativ selten anzutreffen ist. Auch bei jenen, die es beschwören.
Argumente müssen, damit ein Problem gelöst werden kann, in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen, und sie müssen „ad hominem" (im Gegensatz zu „ad rem" – altertümliche Unterscheidung) *) gebraucht werden, damit die entscheidenden Mächte mit der Nase mitten in den Sachverhalt gestoßen werden; denn tatsächliche Probleme werden nicht durch Argumente aus der Welt geschafft, sondern durch Personen, die mit diesen Argumenten und persönlichem Einsatz ein gestecktes Ziel zu erreichen suchen. – Das ist eine von den vielen banalen mißachteten Lesebuchweisheiten.
Um es in schöner Übertreibung zu sagen: Ein Sachargument ist ein rechter Dreck, wenn es nicht Personen gibt, die im politischen Streit mit diesem Argument operieren. Und solche Unternehmungen sind weiß Gott (weiß auch Magnifizenz) mit unsachgemäßen Methoden verbunden. Ein treffendes Beispiel und kein sog. Sachargument ist es, wenn „den Studenten" dauernd der Vorwurf gemacht wird, ihre Bedenken seien unqualifiziert, weil sie an die Wirksamkeit des sog. Sacharguments nicht so recht glauben wollen.
Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Es ist nicht fair, die Studenten mit der akademischen Ermahnung zum Sachargument in ihrer notwendigen politischen Aktivität zu hemmen und außerdem zu schließen, sie hätten keine sachgerechten Begründungen für ihre Forderungen. Andererseits wird akademisches Wohlverhalten, wie es in der Vergangenheit von Studenten geübt worden ist, als „sachgerecht" anerkannt. Jedoch Wohlverhalten genügt heute nicht mehr. Sonst wären die Universitäten längst reformiert. Da wäre für zukünftige Probleme heute schon ein ausreichender Ansatz zur Lösung gemacht.
Erst seit die Studenten nicht mehr nur das sog. Sachargument (sprich: Wohlverhalten) pflegen, seit sie zusätzlich auch eine gehörige Portion Mißtrauen mitbringen, seit sie auf Kontrolle der akademischen Gremien und Institutionen dringen, seit sie unwissenschaftliche und gar nicht demokratische Autoritäten in Frage stellen, seit die Studenten aufgewacht sind („Wir haben geschlafen."), erst seit der Zeit gibt es überall Ansätze zum Fortschritt. Das müßte dem letzten Professor doch aufgefallen sein. Aber man überschätzt solche Leute maßlos.

---

*) ad rem – zur Sache; ad hominem – mit Rücksicht auf den Menschen; einen Beweis nicht rein sachlich führen, sondern seine Überzeugungsgründe der Eigenart desjenigen, dem bewiesen werden soll, so anpassen, daß er sich nicht durch sachliche Einsicht, sondern z. B. Eitelkeit, Angst, Eigennutz, durch Erregung von persönlichen Gefühlen überzeugen läßt. (Brockhaus 1928)

Die Bockshaut
ALT-DARMSTÄDTER WEIN- UND SPEISERESTAURANT - HOTEL
Verbindungslokal - Großer Saal - Konferenz- u. Fremdenzimmer
KIRCHSTRASSE 7 - RUF 7 45 58
Pschorrbräu München u. Michelsbräu Babenhausen im Faßausschank

Christa Oppel
Schreib- u. Übersetzungsbüro
Dissertationen
Diplomarbeiten
—
DARMSTADT
Parcusstraße 11
Telefon 76358

Falk Rieß

SPRINGER IST DOCH SPRINGER

Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und damit unsere Demokratie sind bedroht, bedroht durch einen übermächtigen Pressekonzern. Axel C. Springers Imperium umfaßt die größte Konzentration von Presseerzeugnissen in der Bundesrepublik. Daß aber nicht nur die hohen Marktanteile der Springer-Zeitungen die Meinungsfreiheit gefährden, sondern daß vielmehr Machtmißbrauch und Nachrichtenmanipulation im Hause Springer entscheidend sind für die Forderung nach dem Eingreifen des Gesetzgebers, das wollen wir mit diesem Bericht zeigen.

Gefährdung und Beeinträchtigung

Die „Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit", nach ihrem Vorsitzenden kurz Günther-Kommission genannt, hat ihre Arbeit beendet. Seit Mai 1967 befaßte sich die Kommission unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bundeskartellamtes hauptsächlich mit der Lage von kleineren Zeitungen im Hinblick auf die übermächtige Konkurrenz der Pressekonzerne. Aus zwei Gründen waren eigentlich keine wirklich entscheidenden Erkenntnisse zum Problem Springer zu erwarten gewesen: Schon 1960 hatte der Bundestag in einer Konzentrationsdebatte das Hamburger Pressehaus aus der Diskussion ausgeklammert, aus Angst vor Repressalien der von Springer herausgegebenen Massenpresse. Zum zweiten gehörte der Kommission, die aus vier Personen des öffentlichen Lebens, drei Journalisten, drei Rundfunk- bzw. Fernseh-Intendanten und sechs Verlegern besteht, auch Axel C. Springer selbst an. Der Pressezar verließ allerdings im September 1967 demonstrativ die Kommission, bevor der erste Bericht herausgegeben wurde. In ihm war nämlich seine Macht im Pressewesen ausführlich beschrieben und eine Auflagenbegrenzung als Garantie für die Vielfalt der veröffentlichten Meinungen empfohlen worden. Prompt verlor die Kommission nach Springers Ausscheiden gänzlich den Respekt vor dem Großverleger und legte Ende Mai ihren abschließenden Bericht vor. Die Ergebnisse lauten kurz zusammengefaßt:

* Bei einem Marktanteil eines Verlegers von mehr als 20% der Tages- und Sonntagszeitungen gilt die Pressefreiheit als gefährdet. Über die weitere Entwicklung dieses Verlages soll jährlich ein Sachverständigenbericht erarbeitet werden.
* Bei mehr als 40% Marktanteil gilt die Pressefreiheit als unmittelbar beeinträchtigt, und es müssen geeignete Maßnahmen (etwa Auflagenbeschränkungen) ergriffen werden.

Diese Beschlüsse treffen Springer hart, denn er bewegt sich mit seinem Marktanteil hart in der 40%-Grenze. Doch damit nicht genug. In den Bericht wurde auf Antrag des Stern- und Zeit-Verlegers Bucerius ein Passus aufgenommen, der noch deutlicher auf den Springer-Konzern abzielt:

* Falls ein Presseunternehmen sowohl Tages- und Sonntagszeitungen als auch Publikumszeitschriften herausgibt, so beginnt die Gefährdung der Pressefreiheit auf beiden Sektoren, wenn auf einem Gebiet ein Marktanteil von 20% und auf dem anderen einer von 10% erreicht ist.
* Die unmittelbare Beeinträchtigung der Pressefreiheit auf beiden Gebieten tritt ein, wenn die Marktanteile auf beiden Sektoren 40% und 15% betragen.

Das ist bei Springer der Fall: 18% des Marktes an Publikumszeitschriften erscheinen in seinem Haus.
Nun liegt die Initiative beim Bundestag. Er muß über die Maßnahmen der Entflechtung entscheiden, die zweifellos eingeleitet werden müssen, wenn man den Bericht der Kommission ernst nimmt.

Erpressung und Nötigung

Der deutsche Verlegerverband hat die Aufgabe, die Interessen aller deutschen Verleger zu vertreten. Axel Springer hat ihn jedoch zu seinem Instrument gemacht, mit dem er seine eigenen Ziele verfolgt. Daß der Verleger-Verband sich zu Springers Hausmachtpolitik mißbrauchen läßt, liegt an der Zusammensetzung seines siebenköpfigen Präsidiums: Außer Springer selbst gehören ihm noch drei Verleger an, die direkt oder indirekt von ihm abhängig sind, nämlich Springer-Freund Anton Betz (Rheinische Post) sowie die Bild-Drucker Otto W. Bechtle (Esslinger Zeitung) und Neven DuMont (Kölner Stadtanzeiger, Düsseldorfer Express). Gerade Neven DuMont mußte spüren, wie hemmungslos Springer seine Macht einsetzt, wenn es darum geht, unerwünschte Konkurrenten kleinzuhalten. Nachdem durch die Einstellung des Düsseldorfer „Mittag", der mit Verlust arbeitete, eine Marktlücke entstanden war, versuchte zunächst Spiegel-Verleger Augstein den „Mittag" für eine Million Mark zu übernehmen, was Springer ablehnte. Neven DuMont startete daraufhin eine Boulevard-Zeitung „Düsseldorfer Express", bekam aber sofort Springers Knute zu spüren: Sein Druckauftrag für die Bild-Zeitung wurde weitgehend gekürzt.
Springers Macht beruht nicht allein auf den hohen Auflagen seiner Zeitungen, sondern auch auf dem ihm völlig ergebenen Vertriebssystem, das ihm erst ermöglicht, diese hohen Auflagen Tag für Tag an den Mann (und die Frau) zu bringen. Grossisten wie Einzelhändler leben vom Verkauf der Springer-Zeitungen und müssen ständig Wohlverhalten zeigen, um nicht vom Vertrieb ausgeschlossen zu werden. Diese Angst erlaubt es dem Hamburger Konzern, massiven Druck auf die Händler auszuüben und unerwünschte Konkurrenz auf dem Weg der Vertriebsbeschränkung oder -verhinderung auszuschalten. Als Beispiel mögen die verschiedenen Versuche dienen, die in Berlin unternommen wurden, eine

neue Nicht-Springer-Tageszeitung auf die Beine zu stellen. Sie scheiterten alle daran, daß nur sehr wenige Händler bereit waren, eine solche Zeitung zu vertreiben. Ähnlich ging es Studentengruppen mit Anti-Springer-Zeitungen.
Noch bedenklicher aber scheint die Praxis des Hauses Springer, unbequeme Meinungen in anderen Zeitungen zu unterdrücken. So erschien das Heft Nr. 2 der satirischen Monatszeitschrift „Pardon" im Oktober 1962 mit dem Titel „Krieg wegen Axel Springer?"; im Innern wurde die Berlin- und Mauerberichterstattung der Springer-Zeitungen heftig angegriffen. Grossisten in Nord-

Bei Axel Springer erscheinen:

Tages- und Sonntagszeitungen

Bild	4,7 Mio	20% der Tageszeitungen
Die Welt	280 000	
Hamburger Abendblatt	340 000	70% der Hamburger Tageszeitungen
BZ (Berliner Zeitung)	350 000	70% der Berliner Tageszeitungen
Berliner Morgenpost	260 000	
Kicker	280 000	
Bild am Sonntag	2,7 Mio	88% der Sonntagszeitungen
Welt am Sonntag	480 000	

Da sind insgesamt knapp 40% aller Tages- und Sonntagszeitungen. Von 156 selbständigen Tageszeitungsredaktionen in der Bundesrepublik gehören fünf Axel Springer.

Publikumszeitschriften

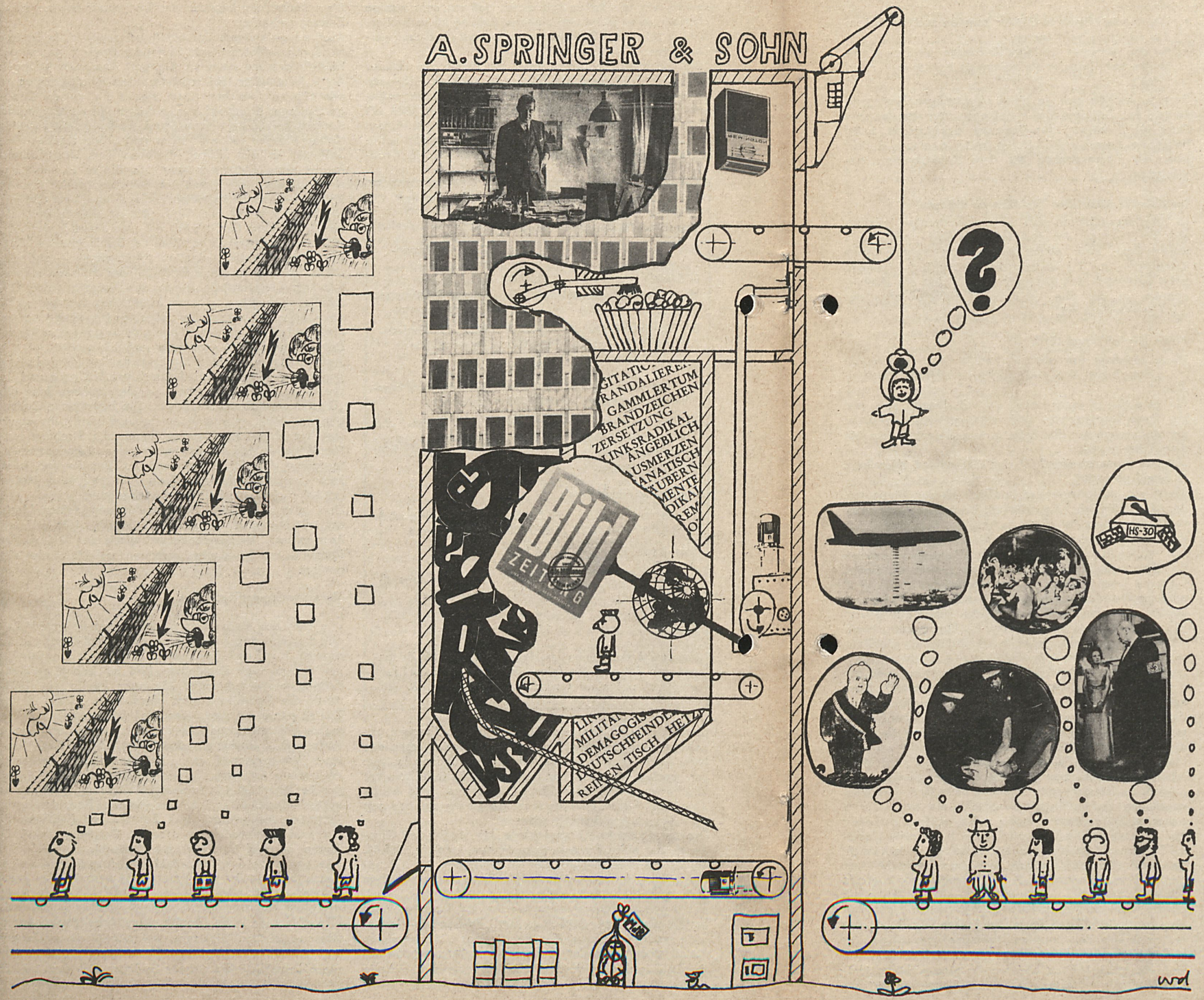
Hör zu	4,5 Mio	56% der Programmzeitschriften
Funk-Uhr	950 000	
Das Neue Blatt	1,4 Mio	
Bravo	980 000	90% der Jugendzeitschriften
Twen	260 000	
Eltern	1,4 Mio	
Jasmin	1,5 Mio	

Insgesamt erscheinen im Hause Springer 20 Zeitungen und Zeitschriften (einschließlich einiger Fachzeitschriften) mit einer Gesamtauflage von ca. 20 Mio.

deutschland, im Rhein-Ruhr-Gebiet und in Franken bezahlten zwar die erhaltenen Hefte, lieferten aber das Heft nicht aus. Die fadenscheinige Begründung lautete: wir machen uns strafbar, wenn wir Zeitschriften mit strafbarem Inhalt verkaufen. Gegen das Heft wurde allerdings weder eine einstweilige Verfügung erlassen noch irgendeine Anzeige erstattet.
Die bislang stärkste Einflußnahme auf Händler und Grossisten, die einer Erpressung gleichkam, erfolgte 1960/61, als es um den Abdruck der DDR-Fernseh- und Rundfunkprogramme in westdeutschen Programmzeitschriften ging. Die Springer-Zeitungen druckten die Programme aus politischen Gründen nicht mehr und forderten auch andere Zeitungen dazu auf. Die „TV-Fernseh-Woche" widersetzte sich; daraufhin rief Springer 18 Grossisten nach Hamburg, die der TV-Fernseh-Woche dann mit der Einstellung des Vertriebs drohten, da sie sich nicht in der Lage sahen, „eine staatspolitisch nicht zu verantwortende Maßnahme zu unterstützen. Nach zwei Nummern mußte der Besitzer der TV-Fernseh-Woche seine Zeitung verkaufen.
Auch einige kleinere Zeitungen, vor allem in Berlin und Hamburg, schlossen sich Springers Boykott gegen die DDR-Programme nicht an. Da griff Axel zum Knüppel: Am 1. September 1961 schickte er ein Rundschreiben an alle Händler, welcher einen eigens für diesen Zweck geschaffenen Briefkopf trug, auf dem alle umsatzstarken Konzern-Zeitungen aufmarschiert waren. Im Jargon des Kalten Krieges teilte Springer mit, „rücksichtslose Gewaltakte" in der „Zone" forderten vom Zeitschriftenhandel klare Entscheidungen. „In dieser Bewährungsprobe unseres Volkes muß man von verantwortungsvollen Zeitungs- und Zeitschriftenhändlern erwarten, daß sie sich vom Vertrieb derjenigen Blätter distanzieren, die auch jetzt nicht bereit sind, auf den Abdruck der . . . Programme zu verzichten" hieß es. Die Namen der Boykottbrecher wurden aufgeführt. Andernfalls — und das rührte an die Existenzgrundlage der meisten kleinen Händler — andernfalls werde der Konzern seine Geschäftsbeziehungen zu ihnen überprüfen. Handzettel für die Kundschaft wurden den Händlern zur Verfügung gestellt, auf denen für Verständnis dafür geworben wurde, daß manche Blätter nicht mehr verkauft wurden.
Zwar protestierte der Berliner Einzelhandelsverband scharf gegen diese Praktiken und sprach von Nötigung und Erpressung, aber die meisten Händler mußten doch der „Empfehlung" Springers folgen. Die betroffenen Zeitungen erreichten zwar eine einstweilige Verfügung sowie drei Gerichtsentscheidungen gegen die Drohung, der Bundesgerichtshof lehnte jedoch eine Schadensersatzforderung mit der Begründung ab, der Boykott habe keine wirtschaftlichen, sondern rein politische Motive gehabt und sei deshalb nicht rechtswidrig.
Den letzten Akt der Selbstbestätigung seiner Macht schrieb Springers Programm-Zeitschrift „Hör zu" ein Jahr später: „Als Kundendienst" wurde der Abdruck der Fernseh- und Rundfunkprogramme der DDR wieder eingeführt.

Unvermeidbare Fluktuation.

Wie man den Kurs eines Blattes innerhalb kurzer Zeit entscheidend ändern kann, sei am Beispiel der „Welt" gezeigt. Nach dem Tode des Verlagschefs Dr. Schulte, der die von den Engländern 1946 ins Leben gerufene Zeitung aufgebaut hatte (Springer kaufte sie 1953), wurde die Redaktionsspitze umgestaltet: Chefredakteur Zehrer ertrug die dauernden Einflußnahmen seines Verlegers nicht mehr, resignierte und zog nach Berlin, seine Vertretung übernahm als „Geschäftsführender Redakteur" Hans Wallenberg („wenn Springer hustet, bekommt Wallenberg Grippe"). Schwierigkeiten mit der Führung der Redaktion führten zu seiner Abberufung; von nun an sollten gleich drei Geschäftsführende Redakteure die Redaktion lenken. Erst nach Zehrers Tod (1966) wurde ein neuer Chefredakteur ernannt: Dr. Hermann F. G. Starke, vormals Intendant des Deutschlandfunks.
Wie wenig nun der Chefredakteur Zehrer in Berlin einer Tageszeitung in Hamburg nutzte, ist auch für den Laien ersichtlich. Logisch wäre gewesen, einen neuen Chefredakteur für die „Welt" zu suchen, aber „Geschäftsführer" lassen sich leichter vom Arbeitgeber beeinflussen als Chefredakteure, die sich immerhin in den meisten Fällen eine größere Unabhängigkeit zu bewahren suchen. Vielleicht scheute Springer aber auch einfach davor zurück, seinen alten Freund Zehrer zu feuern.



In der Zeit des Interregnums änderte sich allerdings die Zusammensetzung der Redaktion entscheidend. Seit 1960 haben die „Welt“ unter anderen verlassen: Joachim Besser, Gösta von Uexküll, Gert von Paczensky, Peter Grubbe, Paul Sethe (Springer: „Ich muß mich von Sethe trennen, er macht mir die Wiedervereinigung kaputt“), Erich Kuby, Sebastian Haffner, Gerhard Gründler, Georg Ramsegger, Eckart Hachfeld, Gerhard Mauz, Karl-Heinz Bohrer, Kurt Becker. Die Informationsabteilung der „Welt“ bezeichnete das als „natürliche und unvermeidbare Fluktuation“. In den Reihen der ersatzschaffenden Neuankömmlinge findet man zugkräftige Namen: William S. Schlamm, Wilfried Hertz-Eichenrode, Winfried Martini, Armin Mohler, Mathias Walden, Günter Zehm und „Rettet die Bundeswehr“ - Hans Georg von Studnitz.
Kein Wunder, wenn man 1965 das Ziel der „großen nationalen Zeitung“ proklamierte, aber „die Prozedur der Meinungsbildung“ in der Redaktion brauchte man da nicht mehr zu „straffen“.

Meinungsmache

Die Springer-Zeitungen sind allein dazu da, Springers persönliche politische Ziele durchzusetzen, indem dem Leser durch Hinweis auf das Wahre, Gute, Anständige suggeriert wird, Springers Meinung sei seine eigene. Damit wird – besonders in der Bild-Zeitung – eine pseudoplebiszitäre Atmosphäre geschaffen, in der sogar Mordanschläge nur wie ein vorweggenommenes Gottesurteil wirken.
Im Juni 1964 sollten die Telefongebühren drastisch erhöht werden. Das hätte den Springer-Konzern empfindlich getroffen, da die Presse bei ihrer Berichterstattung fast ausschließlich auf das Telefon als Nachrichtenübermittler angewiesen ist. Doch Springer wußte sich zu helfen. Er mobilisierte sein Bild-Volk, das nach einer Leseranalyse nur zu 10% ein Telefon besitzt. Doch nichtsdestotrotz brachte Bild die Schlagzeilen: Es hagelt Proteste (14. 7.) und Schluß mit der Postdiktatur! Holt den Bundestag aus dem Urlaub (24. 7.). Tatsächlich trat der Bundestag im August mitten in den Parlamentsferien zusammen (das brachten nur noch die Osterunruhen 1968 zustande) und machte die Erhöhung zu einem Teil wieder rückgängig. Axel hatte gesiegt.
Obwohl die Mehrzahl der Bild-Leser Arbeiter sind, kann Springer es sich leisten, offen auf der Seite der Unternehmer zu stehen. Im Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg (April/Mai 1963) faßte er alle seine Zeitungen zu einer konzertierten Aktion gegen die Forderungen der Arbeiter zusammen. Es wurde Stimmung gemacht gegen die Gewerkschaften, die angeblich den Arbeitern den Streik aufzwingen wollten; den Arbeitern selbst wurde Unlust am Streik unterschoben, indem fast nur negative Leserbriefe zu diesem Thema abgedruckt wurden. Die Kampfmaßnahmen der Arbeitgeber allerdings, die Aussperrungen, wurden durch einen groß aufgemachten Leserbrief des Präsidenten der Arbeitgeberverbände gerechtfertigt. Hemmungslos nutzte man die Angst der Arbeiter vor Arbeitslosigkeit aus, um den Streik nicht nur als schlecht und böse, sondern auch als unklug hinzustellen.
Berliner Studenten sind nur solange gute Studenten, wie sie Fackelzüge für den ermordeten Kennedy organisieren und als Fluchthelfer fungieren. Die Kampagne gegen die angehenden Akademiker begann mit einem Anti-Gammler-Feldzug der Berliner Springer-Zeitungen im März und September 1962. In Karikaturen und Berichten wird ein Bild vom unappetitlichen Untermenschentum gezeichnet;

die Verketzerung einer Minderheit, die sich nicht wehren kann gegen diese Diffamierungen, wird geprobt. Im Februar 1966 fängt dann Springers Kampf gegen die Studenten an, der im Juni 1967 und an Ostern 1968 seine vorläufige Höhepunkte erreichte. Hier nur ein paar Vokabeln aus dem Wörterbuch des Unmenschen:
Radikalinskis an der FU, Verrückte Halbstarke, Hirnverbrannte Verschwörung, Rüde Burschen, Radikale Einputscher, FU-Randalierer, Klüngel akademischer Halbstarker, Polit-Gammler, FU-Chinesen, Politische Hitzköpfe und Schreihälse, Krawall-Radikale, Hysterische Rudel von akademischen Halbstarken, Notorische Radaumacher, geschulte kommunistische Straßenkämpfer und amüsierte Nichtstuer, Aufgepeitschter und aufgeputschter Mob, Halberwachsene Minderheit.
Außerdem wurde mehrfach zur Selbstjustiz der Bevölkerung aufgerufen. Lückenlos fügt sich die Falschmeldung über ein geplantes Sprengstoffattentat der Kommune I auf US-Vizepräsident Humphrey ein; die Berliner Morgenpost veröffentlichte die phantastischsten Schilderungen über die Herkunft des „Sprengstoffs" (Ostberliner Peking-Botschaft), der sich nachher als Pudding und Joghurt herausstellte. Nach der Erschießung Benno Ohnesorgs ergoß sich eine Flut von falschen Nachrichten und Haßkommentaren über die Springerleser. „. . . Es darf nicht vergessen werden, daß die Gewalttätigkeiten der Polizei gegenüber den Demonstranten erst möglich wurden durch die jahrelange politische und persönliche Diffamierung der Studenten in der Berliner Springer-Presse. Hierüber berichtete die „dds" in Heft Nr. 89 vom Juli 1967 ausführlich.
Axel Springers fester Wiedervereinigungswille ist der unreflektierte Wunsch, den anderen „unfreien" Teil Deutschlands vom „Joch des Kommunismus" zu befreien. Die Berichterstattung über die DDR zeigt immer wieder deutlich, daß Springer mit seinem Frontstadtbewußtsein den Kalten Krieg noch lange nicht für beendet hält. Dabei schreckt er auch vor ganz gemeinen Fälschungen nicht zurück. Am 9. September 1967 veröffentlichten die Berliner Morgenpost, das Hamburger Abendblatt und der Mittag einen — wie sie schrieben — authentischen Brief des in der DDR lebenden Schriftstellers Arnold Zweig, in dem das Leben in der DDR als Hölle bezeichnet wurde. Die Unkenntnis der Person Zweigs (er wurde als Bruder von Stefan Zweig bezeichnet) zeigte schon einen bedenklichen Mangel an Information. Ein Dementi Zweigs wurde als von den Zonenbehörden erzwungen diffamiert. Schließlich, nachdem der Brief durch die Weltpresse gegangen war, mußten die Springer-Zeitungen nach 14 Tagen zugeben, daß der Brief eine Fälschung gewesen war. Als Günter Grass diese Praktiken der Nachrichtenverfälschung in einer Fernsehsendung als „faschistische Methoden" bezeichnete, löste das eine Aktion der Blätter Bild, Welt, Hamburger Abendblatt, Berliner Morgenpost gegen Grass aus. Für Bild war Grass ein „rot angehauchter Modeschriftsteller", ein „Dichter mit der Dreckschleuder". Die Springer-Blätter waren froh, einen Sündenbock gefunden zu haben, mit dem sie von der ihnen vorgeworfenen Verbreitung von gefälschten Dokumenten ablenken konnten.

Nachrichtenfälschung

Die Berichterstattung der Springer-Presse über die Osterereignisse nach dem Attentat auf Rudi Dutschke endete mit einem Gerichtsurteil. Die Wochenzeitung DIE ZEIT hatte die Berichte von Bild und Bild-Berlin kritisch untersucht und in einem Artikel mit der Überschrift „Goebbels' Nachfahren" folgende Behauptungen aufgestellt:

* Die Berliner Springer-Zeitungen verfälschten die Wahrheit.
* Die meisten Springer-Blätter konnten auch an Ostern das Fälschen nicht lassen.
* In den Berliner Springer-Zeitungen werden Nachrichten über brutalen Polizeieinsatz konsequent unterdrückt.

Springer wehrte sich. In einer einstweiligen Verfügung sollten der Zeit diese Behauptungen verboten werden. Doch Kai Hermann, der Verfasser des Artikels, hatte handfeste Beweise. Bild-Berlin hatte in einem Bericht über die Demonstration auf dem Kennedy-Platz geschrieben:

Randalierer versuchten den Rias zu stürmen

In Wirklichkeit hatten sich die Demonstranten lediglich auf die Treppen des Rundfunkgebäudes gesetzt und waren dann nach einer Aufforderung ihres Führers Krippendorf zur TU weitergezogen. Der Bild-Informand habe persönlich den Eindruck gehabt, daß die Demonstranten in den Rias eindringen wollten, teilte der Springer-Konzern mit.

Autos wurden umgestürzt.

Diese Meldung war ebenfalls völlig falsch und wurde mit einem Irrtum des zuständigen Redakteurs entschuldigt.
Ein besonders krasses Beispiel für die Manipulation, die im Hause Springer mit Nachrichten getrieben wird, ist der Aufmacher der Bild-Zeitung vom Osterdienstag. Mit dicken Schlagzeilen
„Ist das Demonstration? Ist das Diskussion? Möbelhaus in Brand gesteckt"
wurde ein Möbelhausbrand in Gladbeck den Studenten, der APO in die Schuhe geschoben. Zwar wurde im Bericht vermieden, Studenten direkt zu beschuldigen, aber jedermann mußte merken, wer gemeint war. dpa hatte lediglich mitgeteilt, „möglicherweise im Zusammenhang mit den Demonstrationen der letzten Tage" stehe der Brand. Das war dem Gericht als Rechtfertigung für die groß aufgemachte Meldung zu dürftig, zumal sich bald herausstellte, daß eine völlig unpolitische Brandstiftung vorlag. Die Anträge auf einstweilige Verfügung wurden abgelehnt (Landgericht Hamburg, 10. Mai 1968), allerdings wurde der Zeit untersagt, weiterhin zu behaupten, Springer-Zeitungen hätten konsequent Nachrichten über den Polizeieinsatz in Berlin unterdrückt. Die fehlende Konsequenz der Springer-Presse in diesem Punkt ist allerdings ein schwacher Trost; „da auch Springer-Redakteure Menschen sind, geht ihnen solch eine Nachricht manchmal durch" (Otto Köhler).
Meinungsmache, Falschmeldungen, Nachrichtenverfälschungen gehören zum täglichen Brot der Springer-Zeitungen. Es ist also nicht in erster Linie Springers wirtschaftliche und publizistische Macht, die den Gesetzgeber zu Maßnahmen zwingen sollte, es ist die Gefahr für die Demokratie, die durch den dauernden Machtmißbrauch Springers entsteht, sei es wirtschaftlich, personell oder journalistisch. Auch in anderen Ländern gibt es Pressekonzerne (z. B. in England); aber nirgends benutzt der Besitzer seine Macht dazu, persönliche politische Ziele durchzusetzen und Regierung wie Bevölkerung in seinem Sinne zu manipulieren. Der Bundestag muß sich mit dem Problem Springer beschäftigen, er muß die Angst vor dem Pressezaren verlieren, und er muß die Möglichkeiten schaffen für eine wirkliche Meinungsfreiheit, wie sie im Grundgesetz garantiert ist.

Helmut Dreßler

Gedanken zur Pressefreiheit

> GG Art. 5
> (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Es sind lapidare Sätze, die das Problem der Pressefreiheit lösen sollen. Aber recht bedacht lösen gerade diese Worte eine Flut von Fragen aus und nicht das Problem. Es gibt keine staatliche Zensurstelle, gewiß, grundsätzlich mag jeder schreiben, was er kann, und „die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung ... werden gewährleistet."

Aber sonst ist dieser Artikel beliebig auslegbar. Jeder, der ein Interesse daran haben könnte, wird versucht sein, ihn auszudeuten. Mit kargen Worten wird geschildert, wer sich dieser Rechte und Freiheiten bedienen darf: Jeder darf.

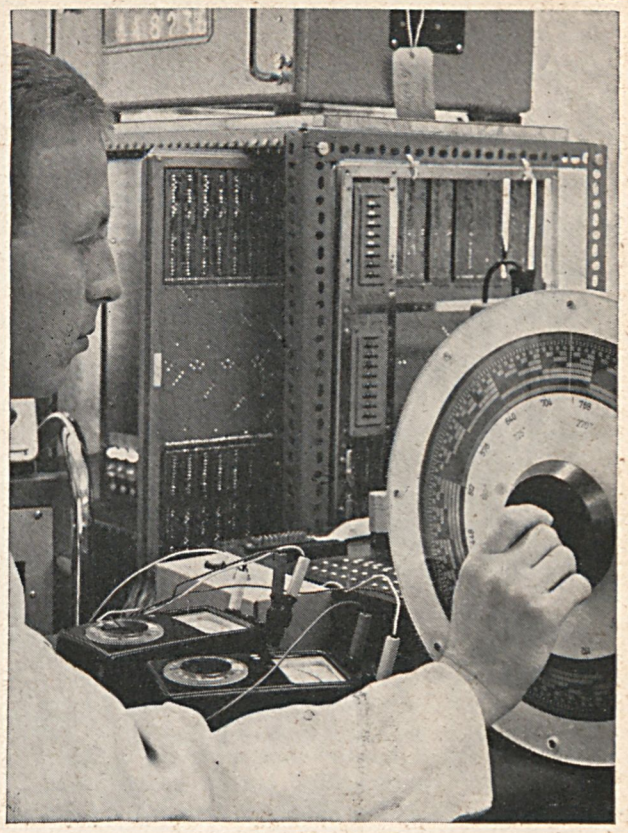
Zwar kann eine direkte Zensur nicht stattfinden, jedoch die Möglichkeit zur indirekten Presse-Unfreiheit sind offengelassen. „Man" hat sich dieser Möglichkeit bedient, und es gibt eine Menge Beispiele dafür. Die Architekten des Gesetzes haben offensichtlich nicht den Mut gehabt, mehr als ein Skelett eines Gesetzes zu verfertigen und wirksame Kontrollen, die die Freiheit einzelner Unternehmer beschränken würden, einzubauen. Vielerlei Spielarten der Pressefreiheit existieren in der Wirklichkeit, je nach dem, wer sich seiner bedient, wer sie benutzen möchte, die eigenen Faxen gesetzestreu der Öffentlichkeit vorzuführen: In diesem Gesetz wird Freiheit gewährleistet und die Wahrheit vergessen.

An der Wirklichkeit gemessen gewährt dieser Artikel des Grundgesetzes zu viel Freiheit, so ungewohnt das klingen mag, und zwar für diejenigen Organisationen, die nicht nur Meinungen in aller Unschuld haben und veröffentlichen, sondern die ihre Pressefreiheit dazu mißbrauchen, die Tatsachen den eigenen Meinungen anzugleichen und damit Politik zu machen. Wohlgemerkt: Nicht die Meinungsfreiheit, wohl aber die Freiheit der Nachrichten-Auswahl muß eingeschränkt werden!

Denn durch eine unangemessene Auslese vieler einzelner Nachrichten, die erst zusammen einen Tatbestand erhellen und Zusammenhänge begreiflich machen können, wird das Bild von der Wirklichkeit verfälscht. Mit dieser Technik der Auslese kann zielbewußt manipuliert werden, ohne daß die ausgewählten Einzelmeldungen falsch sein müssen.

In GG Art. 5 steht nämlich nur das Recht auf Meinungsfreiheit, aber es fehlt die Vorschrift. Nachrichten unabhängig von der jeweiligen politischen Überzeugung der Redaktion auszuwählen. „Meinungsfreiheit" enthält nicht die Freiheit, willkürlich nach eigener Meinung die Wahrheit zu verfälschen.

An die Tatsachen, daß die Presse auch neutrale Nachrichten zu verbreiten hat, dachten offenbar auch einige der Väter des Grundgesetzes: „Presse, Rundfunk und Film haben die Pflicht, wahrheitsgetreu zu berichten." — Dieser Satz stand noch im Entwurf des Grundgesetzes (Hauptausschuß, 17. Sitzung am 3. 12. 48). Heute wird er sehr vermißt, obwohl er vermutlich fortgelassen wurde, weil die Wahrheit praktisch nur schwer meßbar



Es geht um die Zukunft, um Ihre und unsere.

AEG TELEFUNKEN

ZWA 3381

Die Zukunft wird entschieden durch Leistung; im Praktikum, im Hörsaal, im Seminar, im Examen, im Beruf, durch berufliche Weiterbildung, zielbewußte Planung, Marketing, Konstruktion und Entwicklung. Praktikum, Hörsaal, Seminar und Examen sind Ihre Angelegenheit, alles Weitere Ihre und unsere zugleich.
Sie bringen Ihre Kenntnisse und den Willen zur beruflichen Leistung mit, wir sorgen für Ihren richtigen Einsatz und Ihre berufliche Weiterentwicklung. Auch durch Ihre Mitarbeit wird die Zukunft unseres Unternehmens geformt, denn wir setzen Sie in selbständiger und verantwortungsvoller Tätigkeit ein.
Ein weites Feld von Aufgaben erwartet Sie in der Entwicklung, Berechnung, Konstruktion und Planung, im Betrieb, Prüffeld und Vertrieb.
Wir beraten Sie gern, bitte schreiben Sie uns.
AEG-TELEFUNKEN
Nachwuchs und Ausbildung
6 Frankfurt 70, AEG-Hochhaus

ALLGEMEINE ELEKTRICITÄTS-GESELLSCHAFT
AEG-TELEFUNKEN

ist. Zentraler Gesichtspunkt ist dabei die willkürliche Auswahl der zur Verfügung stehenden Nachrichten. Außerdem ist es heute schon üblich, kommentierte Nachrichten (auch ein hämischer Unterton ist ein Kommentar) zu verbreiten und Kommentare mit vereinfachten und verfälschten Nachrichten zu würzen. (Man lese unter diesem Gesichtspunkt nur mehrmals die Leitartikel der beiden Darmstädter Tageszeitungen!)

Sorgfältiges Recherchieren – ohne die eigenen Vorurteile durch das Ergebnis der Arbeit bestätigen zu wollen – ist heute eine Ausnahmeerscheinung. „Die Hauptsache ist der Effekt!" Verfälschungen und Falschmeldungen sind nicht nur auf die Zeitungen des Springer-Konzerns beschränkt; auch viele „seriöse" Blätter haben diese Praxis der Sorglosigkeit übernommen.

Der idealistische Habitus des Gesetzes kann nicht mehr entdeckt werden, die Wirklichkeit ist stärker: Der Widerstreit der Meinungen, der durch die Pressefreiheit gefördert werden sollte, hat sich in einen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf mit Weltanschauungs-Attributen verwandelt.

Ihm ist die Unabhängigkeit der Redaktionen schon längst untergeordnet worden. Dieser Konkurrenzzwang aber beruht auf dem Kaufinteresse der Massen; die Auflagen – und damit die Anzeigen-Preise steigen, wenn die animalischen Bedürfnisse der Käufer und ihre Sucht nach Sensationen und Affekten befriedigt werden. Das gilt für alle Sorten der Illustrierten und für alle bunten Zeitungen (Boulevard- und Regenbogenpresse). So ein Blatt muß regelrecht lustfördernd sein, und es muß gleichzeitig das Bedürfnis nach weiteren Affekten wecken. – Die nächste Nummer kommt bestimmt. Alle diese Presseerzeugnisse sind unbrauchbar dafür, daß in ihnen nüchterne Nachrichten – lustabweisende – abgedruckt werden. Jeder hat natürlich das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Doch fast jedem fehlen dazu die Mittel. Unsere Pressefreiheit ist die des Kapitals. Noch einmal: Die Pressefreiheit – die Freiheit, Nachrichten und Meinungen wirkungsvoll in großem Umfang zu verbreiten – ist nur denen wirklich möglich, die finanziell privilegiert sind. Dieses grundsätzliche Dilemma des kapitalistischen Pressewesens kann nur beseitigt werden, wenn das Gewinnstreben der Unternehmer prinzipiell die Arbeitsweise der Redaktionen nicht beeinträchtigt. Die Voraussetzung dafür ist die strikte Trennung von Verlag und Redaktion.

Die unternehmerische Freiheit wird in der Bundesrepublik bewußt mit Pressefreiheit verwechselt. Nachrichten werden als Waren, als Verbrauchsgüter wie Hemden, Transformatoren, Gasmasken oder Napalm gehandelt. Verschiedene Agenturen (ap/UPI/dpa/TASS) mit ihren ausgewählten Korrespondenten erzeugen Nachrichten von „eigenartiger" Beschaffenheit. Beispielsweise werden den Vietnam-Krieg betreffend fast ausschließlich amerikanische Agenturen zu Rate gezogen. Die französische Agentur AFP oder gar TASS, deren Meldungen sich oft von denen der amerikanischen unterscheiden, bleiben unerwähnt. Vorwiegend werden nur solche Informationen als brauchbar angesehen, die den politischen Absichten des Verlegers nicht schaden. Natürlich gibt es in der Bundesrepublik Unterschiede in der Berichterstattung. Diese Unterschiede der Qualität und der Vollständigkeit sind aber nur schwer herauszufinden. Es ist für Außenstehende kaum möglich, den Mechanismus der Verzerrung innerhalb der Verlage und Rundfunkanstalten zu analysieren.

Ein Ausweg ist nur auf zweifache Weise zu finden. Der erste bedeutet die „Entflechtung" von Verlag und Redaktion. Die Redakteure müssen allein zuständig sein für die Tendenz der Redaktion. Ein Presserat sollte streng über Falschmeldungen berichten und die betreffenden Zeitungen und Rundfunkanstalten zur Richtigstellung zwingen. Dabei heißt das Schlagwort für weniger intellektuelle Leser: „Vereinfachen, nicht verfälschen!"

Das waren Bedingungen organisatorischer Art. Die zweite Möglichkeit ist ideeller Natur. Man kann dabei nur aufzählen und anregen: „Es müßte . . ."

Es müßten die Nachrichtenredakteure wissen, wie sehr das demokratische Bewußtsein der Bevölkerung von ihrer Arbeit abhängt. Sie müßten selbst den Hang zur Sorgfalt und die Bereitfchaft besitzen, an eigenen und fremden Berichten zu zweifeln. Es müßte als besonders unmoralisch gelten, Nachrichten tendenziös auszuwählen, und die Gesellschaft müßte solche Leute so einschätzen, wie sie heute Diebe, Prostituierte und Kommunisten verabscheut. Die „Demokratie der Verleger" müßte durch eine „Demokratie der Redakteure" ersetzt werden.

Feuilleton

„wirklich schade um fred"

Zu einer guten Hochschule gehört ein gutes Studententheater: Ein gutes Studententheater spielt nicht nur moderne, lange, politische, lustige — nein, auch kurze Stücke. Je kürzer, desto besser, desto schwieriger. Das Schauspielstudio an der THD hat es gewagt, im Schloßkeller bei James Saunders' „wirklich schade um fred" schon nach einer Stunde die Scheinwerfer zu löschen — das war wirklich schade. Aber der Zuschauer wußte, wer Fred gewesen war, also mußte auch das Stück zu Ende sein.

Werner Klein als Ernst und Annemie Brackrock als Ethel stellten ein leicht verfremdetes Ehepaar im Greisenalter dar, dessen Abendunterhaltung so ergötzlich langweilig und spannend zugleich war, daß man ihr noch lange hätte zuhören können. Ethel (hinreißend alt) strickte ununterbrochen an einem grauen Schal. Ernst („mein Herz") wühlte in Vergangenem und meinte, es sei „wirklich schade um Fred". Daß Fred 1875 mit Ethel und Ernst in Sandwich war und auf der Promenade ein Sandwich mit Schinken gegesesen hatte, stellte sich an Hand eines Fotos als falsch heraus, denn es war Bill, und Fred mochte keine Sandwich und war deswegen auch nie in Sandwich. Fred hatte aber sonst nur wenige Fehler, wie etwa keinen Humor. Und dieser sein Fehler war damals auch schuld daran, daß . . .

Wann war denn das? Ethel träumt davon, was Ernst jetzt mit ihr machen könnte. Aber Ernst macht nichts, führt höchstens den Hund Gassi, der vor dreißig Jahren gestorben ist. Die Katze Simon wäre heute schon 90 Jahre alt. Ja, ja, und Fred? — Wirklich schade um Fred!

Regisseur Werner Klein sollte, auch wenn er jetzt politisches Theater machen möchte, solchen Kleinigkeiten wie Saunders' Groteske die Treue halten. eb

(Wiederholung von „wirklich schade um fred" am 9. 7. 68 im Schloßkeller um 21 Uhr)

free jazz

Einige blieben unberührt und verfolgten ungerührt, manchmal amüsiert, was geboten wurde. Viele verloren die Fassung. Teilweise versuchten sie, sie durch Ablenkmanöver wiederzugewinnen, durch gezwungenes Lachen, durch Ho-Ho-Ho-Tschi-Minh, durch Buuh. Der Rest gab sich hin, erlebte Hochspannung, gab sich akkustischen Orgasmen hin. (Pfui aber auch, denken Sie nicht gleich wieder an Sexuelles! Da sieht man schon wieder die Folgen der tradierten Unterdrückung all dessen, was mit fleischlicher Wollust zusammenhängt.) Peter Brötzmann (Saxophon) spielte zusammen mit Sven Ake Johansson (Schlagzeug), Fred von Hove (Klavier) und Peter Kowald (Baß) im Studentenkeller im Schloß.

Free jazz — frei improvisiertes Zusammenspielen ohne Rücksicht auf Harmoniepostulate. Einer legt seine Momentanstimmung in sein Spiel, die anderen lassen sich mitziehen, folgen ihm oder formulieren Antithesen, man schaukelt sich auf, beruhigt sich wieder, einer hat genug und zieht sich aus der Diskussion zurück, verstummt oder spielt für sich, kommt mit neuen Ideen zurück. Schön? Was ist schön. Es war schön, weil es direkt war, ursprünglich; weil es nicht einlullte, weil es mitriß, weil es Anpassung erzeugte. Man war fertig wie die Spieler, wenn sie ihre Aktionen abbrachen. Hatte man eine Woche vorher die Woog-City-Stompers im Studentenkeller gehört, so spürte man jetzt, daß deren Dixie, der Rückzug in eine „heile Welt", nicht mehr zeitgemäß ist. Die Bindung an Rhythmus und Harmonie, das Festhalten an der Melodie, auch in der Improvisation, verhindern die Auseinandersetzung; sie versetzen Spieler und Zuhörer in die Illusion, alles sei gut, gesund, unkompliziert. Hörte man das Brötzmann-Quartett, dann wußte man, daß es Angst gibt und Aufruhr, Zorn und Ohnmacht. Wenn Musik Ausdruck sozialer Wirklichkeit sein kann, hier war es gelungen.

*

Von Peter Brötzmann ist im Privatverlag eine Langspielplatte erschienen (Trio: Saxophon, Schlagzeug, Baß), eine zweite mit größerer Besetzung ist in Vorbereitung. Auskunft im Studentenkeller (Programmausschuß). kf

Zum Sonderpreis von DM 5,- in allen Buchhandlungen, an vielen Kiosken

Kursbuch 13 1968

Die Studenten und die Macht

Bahman Nirumand: Die Avantgarde der Studenten im internationalen Klassenkampf
Bernhard Schütze: Widerstand an Spaniens Universitäten
Carlo Donolo: Theorie und Praxis der Studentenbewegung in Italien
Dossier 1: Studenten in Prag
Dossier 2: Warschauer Bilanz
Heinz Rudolf Sonntag: Versuch über die lateinamerikanischen Universitäten
X.X.: Brief aus Brasilien
Dossier 3: Politische Kriegsdienstverweigerung am Beispiel Norwegens und der USA. Zusammengestellt von Hans Magnus Enzensberger
Walter Kreipe: Studenten in Frankreich. Hintergrund und Potential einer politischen Bewegung
Oskar Negt: Studentischer Protest — Liberalismus — „Linksfaschismus"
Hans Magnus Enzensberger: Berliner Gemeinplätze (Supplement)
Adressen progressiver Studentenverbände

Suhrkamp

FESTIVAL, FESTIVAL

Vielen Studenten dürfte es weitgehend unbekannt sein, daß ein Teil ihrer Kommilitonen Jahr für Jahr in verschiedene Länder reist, um dort kulturelle Kontakte zu pflegen. Die Form, in der so etwas geschieht, besteht oft aus einem Festival für Theater, Folklore, Musik oder Film – ein öffentliches Exklusivtreffen künstlerisch ambitionierter Studenten, von der Bevölkerung höflich toleriert. (In Deutschland betätigen sich durchschnittlich 1,25% der Studenten in Orchester-, Chor-, Theater- oder Filmgruppen.)

Wenn ein paar Studenten irgendwo ein Festival veranstalten, so wird das ihre Kommilitonen daheim kaum interessieren. Dabeisein heißt alles. Warum fährt nicht jemand auf eigene Faust nach Nancy, um sich dort Studententheater aus Polen, Indien, Finnland usw. anzusehen? Oder nach Zagreb und Parma? In Prag, Leipzig und Amsterdam trafen sich studentische Filmgruppen aus Ost und West, in Paris die Theater-, Folklore- und Musikgruppen aus Rotchina und Grönland, Nord-Vietnam und Madagaskar zu Aufführungen und gemeinsamen Festen.

Ja, man sollte wirklich auf solche Festivals fahren, auch wenn das Geld knapp wird. Nur durch stärkere Anteilnahme der Studenten kann verhindert werden, daß solche Festspiele eine mehr oder weniger große „Gaudi" weniger Kommilitonen sind und daß unbedarfte Zuschauer in der Illusion verharren, einem großen Ereignis der „Völkerverständigung" beizuwohnen.

Diese „Völkerverständigung" dient nicht zuletzt dem Ruhme des gastgebenden Landes und der Gastländer (deswegen gibt es von Fall zu Fall öffentliche Zuschüsse). Wenn jedoch, wie 1966 beim Theaterfestival von Erlangen dem Studententheater der Ost-Berliner Humboldt-Universität geschehen, eine eingeladene Gruppe keine Einreisegenehmigung bekommt, so ist es um die „Völkerverständigung" schlecht bestellt.

Auf den Studentenfestspielen geht es um mehr als das gegenseitige Kennenlernen der Volkstänze und künstlerischen Leistungen des Theaters. Über ideologische Differenzen hinaus kann ein Dialog zwischen Studenten zustande kommen, deren Landesregierungen beispielsweise keinen Kontakt zueinander haben. Hier kann eine Solidarisierung der Studenten aus aller Welt entstehen, die, hinausgetragen in die Universitäten, die fortschrittlichen Kräfte des Staates verstärken hilft. Kultur ohne politische Konfrontation ist heute nicht mehr möglich, jede Ablehnung des politischen Engagements der Intelligenz ist eine Stärkung der restaurativen Kräfte, in Ost wie in West. Die Studenten müssen sich, auch bei der künstlerischen Auseinandersetzung, dank ihrer Sonderstellung in einer größtenteils konservativen Gesellschaft überall politisch engagieren. Die „Völkerverständigung" eines Studentenfestivals heißt also heute Solidarisierung.

Das Schauspielstudio an der TH Darmstadt hatte eine Einladung zur 1. Internationalen Studententheaterwoche nach Zürich erhalten. Intensive zwischenmenschliche Kontakte gestalteten im April den Aufenthalt der Darmstädter trotz kühlen Wetters, einfacher Logis und schlechter Kritik recht lustig. Es war eine große „Gaudi" (mit Apollinaires surrealistischem Drama „Die Euter des Theiresias"). Wenn das Schauspielstudio in Zürich jedoch gesehen haben sollte, daß solch ein Festival noch etwas anderes sein könnte als eine lustige Zeit, und jetzt in Darmstadt den Stil seiner Theateraufführungen ändert, hat sich dieser Aufenthalt vielleicht auch für die Daheimgebliebenen gelohnt, denen eine politische Konfrontation auf dem Theater bisher fremd war. Werner Klein verkündete bei der Rückkehr von Zürich das Ende des „Wischi-Waschi-Theaters", auch wenn es die Existenz des Schauspielstudios gefährden sollte. Fürwahr, das sind große Worte und eines Festivals würdig! Wie man hört, soll dieses Versprechen bei den Hochschulfesttagen wahr gemacht werden. eb

KEINE 75 % FETT I.T.

Auch heute abend sitzt er wieder im Schloßkeller und ißt Käse mit der Messerspitze.

„Mit Schmelzsalz und mit Kümmel und 3/4 Fettstufen. Ja, aber 3/4 Fettstufen, das sind keine 75% Fett i. T., sondern, guckensemal, da steht – mit der Lupe könnenses besser lesen – nur 30% Fett, das läßt sich doch dann auch ganz einfach umrechnen. . . .

Ich interessiere mich für so etwas, man muß ja das Lebensmittelgesetz kennen, man muß ja wissen, was man ißt."

Während er weiter die 3/4 Fettstufen mit dem Messer ißt, erzählt er von Bierstammwürze, Brauereigeheimnis: „Und wissense, wie der Name Bockbier entstanden ist?"

Sind das selbst erlebte Anekdoten oder Bücherweisheiten aus der Landesbibliothek, wo man ihn so oft antrifft?

„Mit 75 Jahren hat man schon viel erlebt, und ich interessiere mich jetzt für all das, was ich früher gern gemacht hätte, aber wozu man damals einfach keine Zeit hatte. Denn 1914 bin ich natürlich gleich zu den Fahnen geeilt – vorher habe ich sogar ein Semester in Darmstadt studiert, obwohl ich ja kein Darmstädter bin, sondern in Koblenz aufgewachsen bin. Daß das Deutsche Reich einer Niederlage entgegen ging, hätte ich nie erwartet. Der Monarchie fühle ich

mich noch heute verbunden. Das waren noch Zeiten; die großen Paraden auf dem Friedensplatz zu Kaisers Geburtstag, damals fuhr noch die Dampfbahn nach Griesheim und Arheilgen, die Haltestelle war übrigens dort, wo heute der Kaufhof steht. Aber ich spreche nicht gern von früher."
Und doch erzählt er von seinem Studium in München und Frankfurt, seiner Promotion in Volkswirtschaft, seiner Zeit als Soldat auch im zweiten Weltkrieg:
„14–18 war ich in Albanien und Rumänien, als der Nachschub noch mit Ochsen – selbst die Verständigen haben die Ochsen manchmal nicht von der Stelle bringen können, und die Kompagnie wartete ja auf Lebensmittel, wo doch auf dem gegenüberliegenden Berg der Feind seine Stellungen hatte. Das war noch ein richtiger Kampf, aber im zweiten Weltkrieg. . ."
Heute, 10 Jahre nach seiner Pensionierung hat er andere Sorgen:
„Weshalb ich abends so oft im Schloßkeller sitze? Gern bin ich ja nicht hier, aber in meiner Wohnung ist es so kalt – ich bin nämlich vor kurzem umgezogen, und die Öfen sind noch nicht angeschlossen, müssense wissen."
Sicherlich ist das aber nicht der Hauptgrund, weshalb man ihn fast jeden Abend dort sieht, und obwohl er behauptet, er suche nicht das Gespräch mit den Studenten, merken wir doch, daß er gerne sein Wissen mitteilt.
Denn auf fast allen Gebieten hat er etwas gelesen, weiß er den Stand der Entwicklung, ob es nun Medizin, Astronomie oder Philosophie ist, um nur einige seiner Lieblingsthemen zu nennen. Der Philosophie übrigens fühlt er sich am engsten verbunden, denn seit der Gründung der Keyserling-Gesellschaft 1924 hat er als treues Mitglied an vielen Hauptversammlungen teilgenommen.

Wenn Sie sich einmal abends mit ihm über solche Themen unterhalten wollen, dann sprechen Sie Herrn Dr. Karl Eberhard Mann – denn so heißt er – ganz einfach einmal an. gabi/do

RECHT AUF IRRTUM?

Ein Leonce-und-Lena-Preis wurde am 4. Mai vergeben, der Preisträger verlas ein politisches Traktat, das Preisgedicht war modern, die Jury war ein einziger, war Wolfgang Weyrauch, die Hessische Elektrizitäts-AG, das bedeutet die Stadt Darmstadt, hatte den Preis, 1000,– DM, gestiftet, es wurde Wind gemacht. Auf Darmstadts vergrastem und vermodertem Kunstteich zeigten sich plötzlich Wellen, man wurde naß und war verwirrt.

Als erster spürte der Kulturdezernent H. W. Sabais die Feuchtigkeit, lateinisch „humor". Nicht alles, erklärte Sabais, müsse gefallen, zu mißbilligen sei vor allem eine politische Aussprache bei einer solchen Gelegenheit. Sabais scheint die antike Volksmeinung, daß Politik etwas Unanständiges sei, so abgewandelt zu haben, daß außerparlamentarische Politik etwas Unanständiges ist. Alles muß aber so steril wie möglich sein. Warum sollte ein politisch engagierter Schriftsteller nicht jede Gelegenheit wahrnehmen, durch eine eindeutige Stellungnahme zur Politik ein Diskussionsforum zu schaffen? Preisträger Wondratschek kann schließlich nichts dafür, daß man in Darmstadt schon lange nicht mehr diskutieren kann. Sabais, der in bezug auf den Leonce-und-Lena-Preis eindeutig für einen Dualismus „Literatur – Politik" eingetreten ist, scheute sich allerdings nicht davor, vom Bundesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft, einer politischen Vereinigung, die Adalbert-Stifter-Medaille für die Förderung des kulturellen Lebens, im besonderen in Verbindung mit der Landsmannschaft, mit bewegten Worten des Dankes anzunehmen. Leugnet er auch hier eine politische Beziehung? Sabais scheute sich auch nicht davor, in der Presse seine nun doch nicht gehaltene Laudatio auf Frank Thiess mit den Worten zu verteidigen: „Mit Frank Thiess verbindet mich lange und bewährte Freundschaft. Er rief bei den letzten Kommunalwahlen in Darmstadt dazu auf, sozialdemokratisch zu wählen. Wut und Verdächtigung waren die Antwort. Ich rufe hier und überall dazu auf, seine für die deutsche Literatur unverzichtbaren Hauptwerke zu lesen und zu würdigen. Es gibt persönliche Sympathie und sachliche Wertschätzung über politische Gegensätze hinweg. Das soll so bleiben! . . . Die geistige und politische Position eines Redners wird bestimmt durch seine Rede, nicht durch das Pult, an dem er spricht. Das muß so bleiben."

Sabais (SPD) hatte gegen eine politische Aufforderung hier also nichts einzuwenden. Es störte ihn sogar, daß (in gleichem Ausmaße wie später bei Wolf Wondratschek) Wut und Verdächtigung die Antwort waren. Es scheint für Sabais ein moralischer Unterschied darin zu bestehen, ob man auffordert, sich der außerparlamentarischen Opposition anzuschließen oder dazu, SPD zu wählen. In der Laudatio verteidigte er sich selbst mit dem überzeugenden Argument: „Wohl wäre mir lieber gewesen, ihm (Frank Thiess) die Laudatio für einen Schillerpreis oder Goethepreis zu halten, die seinem epischen, dramatischen und historischen Werk besser angestanden hätten. Aber eben dieser Literaturpreis ist just der erste, der Frank Thiess überhaupt verliehen worden ist, . . ." Sabais gibt an gleicher Stelle zu, daß ihm die politischen

Im Lichte der Wahrheit

Gralsbotschaft von Abd-ru-shin

Verlag der Stiftung Gralsbotschaft GmbH
7 Stuttgart 1, Lenzhalde 15

864 Seiten, Ganzleinen DM 18,50
Ausführlichen Prospekt über unsere Literatur erhalten Sie kostenlos und unverbindlich.

Auf dieses Werk hinweisende Schriften finden Sie in den Leseräumen:

Studentendorf Darmstadt,

Wohnheime

Riedeselstraße,
Dieburger Straße

Aus dem Inhalt:

Verantwortung · Schicksal · Die Erschaffung des Menschen · Der Mensch und sein freier Wille · Weib und Mann · Geschlecht · Natur · Die Trennung zwischen Menschheit und Wissenschaft

Wege von Thiess nicht immer unanfechtbar erscheinen. Er teilt Frank Thiess in einen politischen und einen literarischen Menschen, teilt den Konrad-Adenauer-Preis in eine politische und literarische Komponente und nimmt jeweils die literarische Hälfte. Man ist gerührt ob solcher politischen Naivität. „Das Idyll aber ist der Dichtung in der Gegenwart nicht angemessen, grade weil das Idyll in der Wirklichkeit so versklavt und verelendet ist, so schutzlos." (Wolfgang Weyrauch in seinem „Manifest".)

Sabais ändert je nach Dichter, Auszeichnung und politischer Gruppe seine Meinung. Es stört, wenn einer hinter einem literarischen Pult auf Politik zu sprechen kommt; es stört nicht, wenn man hinter einem politischen Pult Literatur eines politisch anfechtbaren Schriftstellers würdigt; es ist begrüßenswert, wenn man selbst für kulturelle Leistungen für oder in Verbindung mit einer politischen Gruppe eine ebenso politische wie kulturelle Auszeichnung erhält. Man wird an den Witz vom Beten und Rauchen erinnnert. Man möge weiter beten, aber das Rauchen dabei nicht vergessen.

Warum aber sagte Sabais seine Teilnahme an der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises ab, bevor das Platzen der Preisverteilung bekannt war? Sagte er etwa ab, weil andere abgesagt hatten? Sagte er ab, weil er um seine Integrität (Unbescholtenheit) fürchtete? Die Vorwürfe gegen den Preis waren nur politischer und nicht literarischer Natur. Vielleicht gelten auch für Sabais seine eigenen Worte: „Jeder Mensch, auch der große Schriftsteller, hat das Recht auf Irrtum. Das soll so bleiben!"

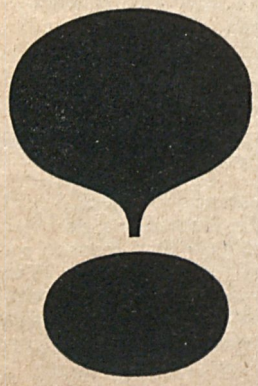
Das Bürgertum, am trockenen Strand des Kunstteichs Erholung und Ergötzung suchend, wurde naß bis auf die Haut; es tropfte nur noch so von „humor". In einer Flut von Leserbriefen und Lesergedichten bedauerte man die Stadt Darmstadt wegen der in Worten eintausend Mark, stellte man fest, daß wir (die geistigen Normalverbraucher) gar nicht so dumm sind, wie die geistige Elite meint, sprach man sich dafür aus, daß der preisgekrönte Dichter in die Irrenanstalt eingeliefert werden sollte oder nach Polen gehen möge, erinnerte man an das Volk der „Dichter und Denker", wollte auch einen Preis oder tausend Mark und bemerkte schließlich vollkommen richtig, daß das nicht so weiter gehen kann.

Dann hielt die Vorsitzende des Kulturausschusses der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung Dr. Gerda Vöge die Zeit für gekommen, den Entrüsteten zu zeigen, wie weiß ihr Mäntelchen sei. Obwohl sie öffentlich nicht angegriffen noch mit dem Preis in Verbindung gebracht wurde, glaubte sie feststellen zu müssen, daß dieses Gremium (der Kulturausschuß der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung) weder Verbindung zu der Stiftung hat, noch mit der Vergabe des Preises befaßt worden ist. Sie distanzierte sich also indirekt von dem Preis. Außerdem legte sie dem Magistrat vier Fragen vor: 1. Wer stiftete den Preis? 2. Hat der Magistrat Einfluß auf seine Verteilung? 3. Wie lautet die Satzung? 4. Wer bestimmt die Jury? Entweder waren Gerda Vöge die Antworten auf die Fragen nicht bekannt — allein aus der Ausschreibung des Preises im Januar 1968 konnte man den Stifter, die Jury und die Bedingungen ersehen — dann ist erschreckend, wie wenig sich eine Darmstädter Kulturausschußvorsitzende um Kunst und Literaturpreise in Darmstadt bemüht. In diesem Falle wäre es wünschenswert, daß die Darmstädter Stadtverordnetenversammlung eine Umbesetzung vornimmt. Waren aber Gerda Vöge die Antworten auf die Fragen bekannt, dann hat sie mit einer doch sehr billigen Polemik schlechte Stimmung zu machen versucht, wollte sie die Befähigung Wolfgang Weyrauchs als Juror anzweifeln.

Oberbürgermeister Dr. Engel erklärte zu der anhaltenden Empörung, daß Weyrauch ein anerkannter Literaturkenner sei, daß das Preisgedicht durchaus kritisch betrachtet und kommentiert werden könne, daß es nicht angehe, das Gedicht zum Gegenstand eines „Wettgesangs in Intoleranz" zu machen. Außerdem wolle man prüfen, ob dem Leonce-und-Lena-Preis künftig eine offizielle Grundlage und Satzung gegeben werden könne und solle. Es klingt sehr nach Entschuldigung.

Man wird eine weitere Institution schaffen, und der Kunstteich wird weiter verlanden, und es wird lange dauern, bis verschiedene Darmstädter wieder gewaschen werden.

H. W. Sabais sollte über den Satz „Der Dichter ist nicht nur da, er ist auch für etwas da" aus dem „Manifest" des umstrittenen Jurors Wolfgang Weyrauch nachdenken. Die Darmstädter Bürger sollten sich über moderne, das heißt zeitgemäße Lyrik und über Literaturkritik informieren, bevor sie in unsachlichen Leserzuschriften einen Lyrikpreis herabzuwürdigen versuchen. Der Künstler im Elfenbeinturm und die in den Wolken wandelnden Kunstkonsumenten sollten sich mit der Beziehung „Literatur — Politik" auseinandersetzen. Man sollte sich in Darmstadt auch um andere Dinge sorgen als nur um sein Prestige. Man sollte sich Blusen und Krawatten mit größeren Karos kaufen. ws



STABILO-Klemmstift

mit der Fallbremse. Ein Daumendruck auf die Kappe und die Minenspitze gleitet 2 mm heraus.

Schwan-STABILO

ABENDE AUF DEM VORWERKE

Unbekannte & vergessene Weltliteratur

„Es gibt wirklich so viel bedrucktes Papier, daß man nicht mehr weiß, was man darin alles einwickeln soll." So spottet der Bienenzüchter Panjko, und er lädt uns ein, das Einwickeln doch sein zu lassen und bei ihm in seiner Kate vorbeizukommen, um zu schmausen und an den langen Abenden die Männer erzählen zu hören.

„Und was für Pasteten wird euch meine Alte vorsetzen! Wenn ihr nur wüßtet . . . Oder habt ihr einmal Gelegenheit gehabt, eine Milchsuppe mit Graupen zu essen? Mein Gott, was für Speisen gibt es nicht alles in der Welt!"

Überhaupt sind Essen und Trinken die Bedingung, daß alle zuhören und es uns schaudert bei den gruseligen Geschichten, die uns zum Beispiel Foma Grigorjewitsch erzählt. Erst wer gut gegessen und getrunken, wer den warmen Herd im Rücken spürt, wessen Hand im Schoß liegt oder lediglich still die qualmende Peife stützt, der kann voller Anteilnahme lauschen, der vermag sich wohlig zu fürchten, den gruselt's auch, und den packt die Angst so mitten um den Leib, wie wenn der Teufel selbst sie darum legt. Und die Weiber erst! Die können nie genug davon kriegen: „Foma Grigorjewitsch, Foma Grigorjewitsch, bitte ein recht gruseliges Märchen, bitte, bitte!. . ." — Dabei sind die Geschichten alle wahr, und alle Begebenheiten haben sich wirklich so zugetragen, und niemand sollte daran überhaupt zweifeln, denn was kann ein Foma Grigorjewitsch dafür, wenn es zu Zeiten seines Großvaters („das war noch ein Kerl von einem Kosak") Hexen und Teufel die Menge gab. Hexen und Teufel und scheußliche Heilsgesellen, die ein ganzes Meer von klaren Wässerchen zu trüben vermochten und die den Menschen das Trinken schon verleiden konnten.

Solche Zeiten tauchen wieder auf in der Stube des Bienenzüchters Panjko des Roten; Entsetzliches geschieht dort noch einmal, weil es der Erzähler ja von seinem Großvater weiß. Und der hat es selbst erlebt.

In den Erzählungen bewegen sich die merkwürdigsten Gestalten durch die Steppe; nicht nur schlimme, sondern auch dumme, liebenswürdige, sanftmütige, diebische, lümmelhafte, grobe, verschmitzte und so weiter, wie sie auch heute jeder überall antrifft. Nur gerade in unseren Geschichten aus Dikanjka sind die Leute noch schlimmer, dümmer, liebenswürdiger, sanftmütiger, diebischer, viel lümmelhafter, gröber, verschmitzter als Leute sonstwo zu sein pflegen, und deswegen sind die Geschichten so schön.

Die Fähigkeit Gogols zu fabulieren, Absonderliches mit der größten Unbekümmertheit darzustellen, den Kosaken und Weibern ihre Eigenheiten abzugucken und sie lauthals reden zu lassen, ist einmalig. Wie die Bauern seiner Erzählungen, so bleibt auch die Erzählweise grob und direkt, unbekümmert bauernschlau.

„In Dikanjka merkte niemand, daß der Teufel den Mond gestohlen hatte. Allerdings hatte der Gemeindeschreiber, als er auf allen Vieren aus der Schenke kam, gesehen, daß der Mond am Himmel plötzlich tanzte, was er auch unter Schwüren dem ganzen Dorf versicherte; aber die Bürger schüttelten die Köpfe und lachten ihn sogar aus. Was mochte aber den Teufel zu so einer gesetzwidrigen Tat bewogen haben?"

Teufel, Hexen und ähnliches Gesindel werden ebenso gefoppt wie sauflustige, tollpatschige Kosakenlümmel mit Triefnasen und Schweinsaugen. Die Sorte der Weiber ist eher deftig als sittsam, und kaum eine von ihnen täte sich zieren, wenn Not am Mann ist. Aber ehrbar sind sie alle, egal ob sie nun das Hexenhandwerk betreiben oder den täglichen Hirsebrei kochen. Die ganze Gesellschaft ist eine sehr noble.

„‚Ersticken sollst du, nichtsnutziger Barkenschlepper! Ein Topf möge deinem Vater auf den Schädel fallen! Auf dem Eise möge er ausgleiten, der verdammte Antichrist! Der Teufel möge ihm in jener Welt den Bart abbrennen!' — ‚Hört nur, wie sie schimpft', sagte der Bursche, sie anstarrend, gleichsam verblüfft durch eine so starke Salve unerwarteter Begrüßung. ‚Wie tut bloß der hundertjährigen Hexe bei solchen Worten die Zunge nicht weh!' — ‚Der hundertjährigen. . .!' fiel die bejahrte Schöne ein. ‚Ruchloser, geh und wasch dich zuerst! Du unnützer Lump!' "

Nikolaj Wassiljewitsch Gogol (1809—1852) schrieb diese Geschichten mit 22 Jahren. Sie zu lesen ist ein reines Vergnügen. Vermehrt wird dieses Vergnügen durch die zum Stil der Märchen passenden Holzschnitte von Günther Stiller. Wie die harmlosen, aber deftig erzählten Bauernfabeln der Abende auf dem Vorwerke mit einem grotesken, in diese Welt passenden Übermaß an Dreistigkeit die Wirklichkeit schildern, so zeigen auch die Holzschnitte das Übermaß an Realität der Märchen. Menschen und andere Wesen leben dort intensiver, als man es sich heute vorstellen kann.

Am warmen Kamin, den Bauch voll, den Wodka auf der Bank, bleiben die Zuhörer behäbig und glücklich, zufrieden schaudernd, vergnügt und erbaut auf ihren Hockern sitzen. Grimmig ironisch, scherzend und verschlagen, unbekümmert, kurzweilig und langatmig werden Lesern und Zuhörern Geschichten aufgetischt, wie sie nur in den ältesten Fabelküchen Rußlands gesotten und gewürzt werden konnten.

In dem Band sind neben den Erzählungen der Abende auf dem Vorwerke noch einige andere Novellen Gogols abgedruckt. So die unheimliche Geschichte vom „Wij", die auch Foma Grigorjewitsch in Dikanjka hätte erzählen können; außerdem „Die Nase" — wohl eine der ersten surrealistischen Novellen der Literatur, ferner: „Das Porträt", „Der Mantel", „Der Newskij Prospekt" und „Die Aufzeichnungen eines Irren".

Gerade diejenigen, die den „Revisor" kennen und „Die toten Seelen" gelesen haben, werden diese Novellen mit Begeisterung lesen — zum Einwickeln zu schade. Wer Gogol überhaupt noch nicht kennt, sollte mit den „Abenden auf dem Vorwerke bei Dikanjka" anfangen. Das Lesen ist — wie gesagt — ein reines Vergnügen.

dr

*

Nikolaj Gogol: „Abende auf dem Vorwerke bei Dikanjka und andere Erzählungen". Mit Holzschnitten von Günther Stiller.

Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln und Berlin, 1963, Ln., DM 19,80.

In derselben Ausstattung gibt es dieses Buch bei der Büchergilde Gutenberg.

Kommentar

Immatrikulations-Zirkus

Viele Herren trugen dunkle Anzüge, manche auch einen Zylinder, dessen Röhre man hoch- und niederschnalzen lassen konnte, wieder andere blickten „qua Amt“ würdig, einer hatte gar eine Kette um, wie sie modebewußte junge Damen heutzutage als Gürtel tragen: Rektor, Dekane, Mitglieder des SDS und der Evangelischen Studentengemeinde und die Erstsemester trafen sich zur Immatrikulationsfeier. Jeder feierte auf seine Art.

Eine Feier gliedert sich wie ein deutscher Schulaufsatz in drei Teile: musikalische Einleitung, Rede und Gegenrede (die durch ein paar verbindliche Worte zum Schluß neutralisiert werden müssen), musikalischer Ausklang. Die Zahl der dekorierenden Gummi- oder Lorbeerbäume richtet sich nach der Bedeutung des „Anlasses“ und beträgt mindestens zwei. In besonderen Fällen spielt die Musik auch zwischen den Reden.

Diesmal spielte die Musik nur einmal, dann gaben die Zylindermännner den Ton auf eigenen Instrumenten an, auf Tamburin, Geige und Blockflöte. Rektor Schultz trat ans Rednerpult, ververwahrte sich gegen solche „Hampelmänner“ und forderte die Anwesenden auf, sich notfalls „von ihnen zu trennen“. „Päääp!“ machte eine Kindertrompete. In der siebenten Reihe stiegen Seifenblasen empor.

Man trennte sich nicht, man hörte sich die Reden an. Von den Aufgaben und Pflichten des Studenten sprach der Rektor, von der Toleranz, den Lehrenden und Lernenden und dem Versprechen, ein anständiger Mensch zu sein, das man zum Schluß der Feier ablegen wolle. „Ach ja“, seufzte man im Auditorium. In der siebenten Reihe stiegen Seifenblasen empor. Die sich anschließende Rede des AStA-Vorsitzenden Cobler behandelte Probleme, die Frage, ob Wissenschaft voraussetzungsfrei, losgelöst von moralischen oder gesellschaftlichen Bezugssystemen, betrieben werden könne. „Aufhören!“ riefen ein paar Studenten. Spektabilität Pabst sprang auf, formte mit den Händen ein Sprachrohr und schmetterte ins Publikum: „Ihr Vorsitzender gehört in den Kindergarten!“ Der Rektor versuchte zu retten, was noch zu retten war, sagte etwas, das im Lärm unterging, „unser Vorsitzender“ sagte gleichzeitig auch etwas, das im Lärm unterging, das Publikum rief auch verschiedenes, das im Lärm unterging — einzig die Seifenblasen stiegen unberührt im Aufwind der Klimaanlage zur Decke, wo sie platzten.

In seinen abschließenden Worten bedauerte der Rektor „den ganzen Zirkus hier“ und erwarb sich damit Sympathien bei den „Hampelmännern“: denn gegen den „Zirkus“ hatten diese ja demonstriert. Dagegen, daß Schönwetterreden gehalten werden, deren einzelne Versatzstücke man letztes Jahr schon gehört hat und nächstes Jahr wieder hören wird; dagegen, daß mit gezieltem Materialeinsatz einmal im Jahr etwas vorgespiegelt wird, das nur bruchstückhaft existiert: „die große Gemeinschaft“.

Sympathien verscherzt

Hinterher erfuhr man, daß der Rektor einige Zeit zuvor an die Fakultäten die Bitte gerichtet hatte, sich für künftige Immatrikulationsfeiern eine neue Form einfallen zu lassen. Die Öffentlichkeit wußte nichts davon — wozu auch? Die „Hampelmännner“ aber und diejenigen, die Verständnis für deren Aktion hatten, mußten sich sagen lassen, solche Vorfälle würden auf die Neuimmatrikulierten einen schlechten Eindruck machen. Und nicht nur auf die Neuimmatrikulierten — auch auf einen Teil der Professorenschaft. Solche Mätzchen, die lediglich um des Effektes willen produziert würden, verscherzten ihnen die Sympathien auch der aufgeschlosseneren Professoren. Sympathien, die immer erst wirksam werden, wenn man sie sich verscherzt hat.

Wo bleibt das Positive?

Um dem Vorwurf der tendenziösen destruktiven Berichterstattung zu entgehen: die Redaktion der darmstädter studentenzeitung begrüßt es, daß der Brauch abgeschafft worden ist, das Immatrikulationsversprechen mit der Herausgabe (respektive Nicht-Herausgabe) des Studentenausweises zu erzwingen. Die Redaktion schlägt vor, die Immatrikulationsfeier in ihrer heutgen Form abzuschaffen. Statt dessen sollte die Professorenschaft einen zwanglosen Empfang geben (nachmittags von drei bis sechs Uhr), auf dem die Neuimmatrikulierten Gelegenheit haben, mit den Professoren ihrer Fakultät ins Gespräch zu kommen. Diese müßten sich allerdings die Mühe machen, tatsächlich zu erscheinen, anstatt von fern Sympathien zu bekunden. Im Anschluß an diesen Empfang könnte der Große Senat oder ein ihm vergleichbares Gremium vor den Augen und Ohren der Gäste eine seiner routinemäßigen Sitzungen abhalten. Die Studenten erhielten auf diese Weise ein Bild von der Arbeit der Hochschulselbstverwaltung, das besser als alles Beschwören der „Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden“ ein Gefühl der Zusammengehörigkeit erzeugen könnte. ff

Ochsenfang

Stadtauf, stadtab lehrt man die Kinder, wie man auf billige Art einen Hasen fängt: vermittels eines Pakets Kochsalz (30 Pf.), eines Glases Wasser und des am Hinterteil des Tieres befestigten Sterzes. Ersteres auf letzteren gestreut, ruft Durstgefühle hervor, der Hase ergreift dankbar das dargebotene Glas Wasser und der scheinheilige Fänger ihn an seinen Ohren.

Wie aber fängt man einen Ochsen? Es liegt nahe, auf die gleiche Art vorzugehen wie beim Hasen. Aber: Ochsen trinken im allgemeinen Wasser nicht aus Gläsern. Erstens hat es sie niemand gelehrt, zweitens überschreitet ihre Maulbreite die gängigen Glasgrößen.

Bastler empfehlen Ochsenfallen aus Eiche nach dem Prinzip der Bügelmausefalle *); die Angelegenheit erscheint, wie alles Selbstgebastelte, suspekt. In Großzimmern wurde kürz-

*) Bügelmaus: auch so eine dubiose Sache!

lich ein 33-jähriger beim Selbstversuch von seiner Falle erschlagen — die Feder war zu stark gespannt — die Polizei ermittelt noch: kein Grund, sich für eine solche Apparatur zu begeistern.
Wie dem Organisator des diesjährigen Hochschulballs dennoch gelungen ist, neben 11 Kapellen einem Eisstand, drei gogo-girls und einem Kinderkarussell (zwei große Beschlüsse des Kleinen Senats waren dazu nötig!) auch einen Spießochsen aufzutreiben, bleibt sein Geheimnis.
SICHERLICH ABER IST ES EINE TAT, DIE DARMSTADTS RUHM WEIT ÜBER DIE GRENZEN DES HESSENLANDS LEUCHTEN LASSEN WIRD!
(Ausschneiden für trübe Tage!) ff

Konserviert

Ein Monat Mai der Darmstädter Kunst: Verleihung des Leonce-und-Lena-Preises für Lyrik, Stiftermedaille vom Bundesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft an H. W. Sabais, eine nicht gehaltene Laudatio auf Frank Thiess, ein Bürgermeister im Ruhestand liest eigene Erzählungen, Darmstädter Bürger und Bürgerinnen entdecken ihre Begabung für Dichtung und Ironie, ein von den Toten auferstandener Theaterball — ein allgemeines kulturelles Frühlingserwachen.

Darmstädter Tradition

Die Produktion von Kunst ist nicht nur die Lebensbestimmung der berufenen Künstler, sie war und ist auch eine Aufgabe der regierenden Kreise in Darmstadt.
Der berühmte und kunstfördernde Großherzog schrieb aus Verärgerung über eine Inszenierung seines eigenen Hoftheaters nach vierzehnmaligem Besuch der „Lustigen Witwe“ ein Weihnachtsstück, und alle hessischen Patrioten versicherten anschließend, das Stück sei sehr gut. Dieser erfreulichen Tradition ist auch Bürgermeister i. R. Dr. Ernst Holtzmann verpflichtet, der am 15. Mai zum zweiten Male bei der Dante-Alighieri-Gesellschaft eigene Erzählungen las.

Wiederbelebungsversuche

„Theaterball wurde zu einem Ereignis der Gesellschaft. . . Sabais rief, und alle, alle kamen. Auch er kennt eben den Appell ‚An mein Volk‘ . . . Der Theaterball ist als eines der großen Ereignisse im Darmstädter Leben aufs neue bestätigt worden. Der ‚Verein der Freunde‘ (des Theaters) hat eine Periode der Stagnation erkennbar überwunden. Seine Mitgliederzahl dürfte steigen. Es bedeutet wieder etwas, dazu zu gehören.“ Zu solch klangvollen Lobeshymnen ließ sich das Darmstädter Tagblatt hinreißen.
Es wurde auch viel Künstlerisches geboten, es wurde viel beklatscht. Man griff der Einfachheit halber auf alte Erfahrungen zurück. Man schuf originalgetreu einen Ball der Gesellschaft, wie ihn jede mittlere Provinzstadt kennt, die etwas auf sich hält, einen Ball des Sehens und Gesehenwerdens, der bestimmt kein künstlerisches, sondern allenfalls ein gesellschaftliches Ereignis ist, einen Ball, der etwa den englischen Pferderennen entspricht. ws

dds schämt sich

Unter dieser Überschrift brachten wir in dds Nr. 93 eine Polemik, die am Beispiel des Institutes für Technische Physik einige Schlaglichter auf die Diplomandenausbildung setzte. Wenn ein seriöser, gut fundierter Artikel keinen Hund hinter dem Ofen hervorlockt, hierauf geriet ein ganzes Institut in Aufregung. Man diskutierte plötzlich, nicht nur über das Pamphlet, man sprach über Ausbildungsfragen, Praktika, Wissenschaftsorganisation. Wir wünschten nur, daß solche Diskussionen nicht immer mit den „Argumenten“: „dafür ist kein Geld da“ und „wir können da nichts machen, wir sind ja nur Assistenten (Doktoranden, Dozenten)“ in die Sackgasse gerieten. Wir hätten uns darüber gefreut, wenn wir auch anderswo Gespräche provoziert hätten. Es fühlte sich jedoch offenbar kein anderes Institut angegriffen, brauchte sich also niemand sonst aufzuregen. Nur ein Ordinarius mußte von einem Assistenten mit dem Hinweis beruhigt werden, bei ihm werde doch schon um drei Uhr Tee getrunken.
Übrigens Tee. Wir haben nichts dagegen, daß man im Institut gemeinsam Tee trinkt; nichts fördert schließlich einen Gedankenaustausch besser als das informelle Gespräch. Warum sollen es aber ausgerechnet und allein die Studenten sein, die den Tee kochen?
Bei einem Gespräch durften wir feststellen, daß im Institut für Technische Physik keinerlei Zwang besteht, beim Teekochen und -trinken mitzumachen, und daß man versucht, jeden gesellschaftlichen Druck, wie er zwangsläufig in einer Gruppe gegenüber dem Außenseiter entsteht (aber da begeben wir uns in das Gebiet gruppensoziologischer Erkenntnisse), zu vermeiden. kf

Naiv

„In den wissenschaftlichen Selbstverwaltungsorganisationen spielen neben den öffentlichen Mitteln die vom Stifterverband und einzelnen privaten Spendern gegebenen Beiträge eine ausschlaggebende Rolle. In diesen Organisationen sind die privaten Mittel das stärkste Unterpfand der Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung. Sie verpflichten den Staat geradezu, diese Freiheit der Forschung zu respektieren, und sie geben den Forschungsorganisationen den Rückhalt, ihre Aufgabe zum Nutzen der Forschung in sachgerechter Unabhängigkeit zu lösen. . . .“
So sagte Prof. Speer, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft auf der Jahresversammlung 1965 des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Das klingt so wunderschön. Wie ist aber die Wirklichkeit? Von den freien Mitteln des Stifterverbandes, der wichtigsten Wissenschaftsförderungsorganisation der deutschen Wirtschaft, (1967 waren es 21 Millionen Mark) gingen 65% an die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Ohne Einfluß des Stifterverbandes auf die Verwendung, heißt es; und man vergißt, daß der Stifterverband durch seine Mitglieder wohlvertreten ist im Kuratorium der Forschungsgemeinschaft. Und man vergißt, daß in eben diesem Gremium, das den Haushalt der Forschungsgemeinschaft beschließt, elf Delegierte von Bund und Ländern maßgeblich bestimmen.
„Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung“? Wovon? Bestimmt nicht von den Einflüssen der Wirtschaft (Stifterverband) und des Staates. Die Mittel des Stifterbandes verpflichten den Staat geradezu, die Freiheit der Forschung zu garantieren. . . .

*

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft hatte in Wiesbaden seine Jahresversammlung. „Das Verhalten einer kleinen Gruppe der Studenten“ spielte natürlich eine Rolle in der Rede des Verbandvorsitzers Generaldirektor Dr. Dr. h. c. E. E. Vits, auch in der des Bundeskanzlers, der im übrigen nicht den Eindruck machte, daß er seine Fehleinschätzung von der Situation und den Absichten der Studenten korrigieren will; Prof. Dr. C. F. Frhr. v. Weizsäcker wies ihn zwar zurecht, aber ob es etwas nützt? Alle waren von der Notwendigkeit der Hochschulreform überzeugt. Komisch, warum haben wir sie nicht schon lange? kf

Woche der Nationen

Die „Woche der Nationen" des Internationalen Studentenkreises (ISK) gehört seit vielen Jahren zum festen Bestandteil des Studiums unserer ausländischen Kommilitonen. Viel Arbeit und Sorgfalt wurden von ihnen darauf verwandt, Informationsstände im Foyer der Mensa zu errichten. Die „Woche der Nationen" (12.–18. 5. 68) sollte nach den Eröffnungsworten von Prorektor Marguerre eine Woche der echten Begegnung sein.

Mit der Begegnung ist es aber so eine Sache, auch hier an der TH Darmstadt, wo Vertreter aus fast allen Ländern studieren. Türken, Griechen und Norweger sind besonders stark vertreten, doch selten entstehen dauernde Studienkontakte zwischen Deutschen und Ausländern. Wir Deutsche sind eher geneigt, den anderen in Ruhe zu lassen, und scheuen uns, einen Indonesier zu fragen, wie er eigentlich hierher gekommen sei. Wir lesen lieber Bücher über Indonesien, wenn überhaupt. Die Ausländer bleiben größtenteils unter sich, oft weil es sich aus der Existenz eines ausländischen Studentenvereins mehr oder weniger direkt ergibt.

So kann man nur wünschen, daß die diesjährige „Woche der Nationen" wirklich eine Woche der Begegnung gewesen ist, bei der die Gespräche mit den ausländischen Kommilitonen nicht nur ergeben haben, wie modern und fortschrittlich ihr Land sei. Vielleicht wurde auch über die Probleme, mit denen jedes Land auf seine eigene Art fertig zu werden versucht, diskutiert. Der Berichterstatter erfuhr im pakistanischen Pavillon etwas über die eindrucksvolle Berglandschaft Westpakistans mit seinen einzigartigen Sehenswürdigkeiten. Sogar ein sehr rebellischer Bergstamm bei Peschawar wurde angepriesen mit den markanten Gesichtszügen dieser wilden Krieger. (Neckermann wird mich bestimmt bald dorthin in ein Ferienparadies bringen, mit air conditioning natürlich.)

Die Angst vor politischen Diskussionen zeigte sich deutlich in der Ausstattung der Pavillons der acht Studentenvereine: Diese Ausstellung war eine exklusive Fremdenverkehrsschau und lenkte mit größtenteils kitschigem Kunsthandwerk das Interesse auf die Exotik der fremden Länder. So spiegelte sie zum großen Teil das wider, was Klein-Hänschen sich zum Beispiel unter Norwegen vorstellt (Bretterholz, Fisch, Fischernetz), Griechenland (Wein, Fischernetz), Indonesien („rätselhafte" Statuen, bunte Stoffe, Schattenspielfiguren), Südamerika (Sombrero, Marimba-Musik), Persien (Silberhandwerk, Teppiche) und so fort. Der Berichterstatter hat sich bei arabischer Musik und Mokka, umringt von arabischen Studenten, Ratschläge für das Schesch-Besch-Spiel erteilen lassen (das touristische Gefühl war beinahe vollkommen). Währenddessen blickte ein deutscher Besucher schüchtern in den Pavillon, nahm sich einen Prospekt über Algier und ging weiter.

Der türkische Pavillon dagegen, mit dem Wanderpreis ausgezeichnet, hob sich wohltuend von dem touristischen Bild der anderen ab: keine maurischen Spitzbögen. Ein einfallsreich eingeteiltes Lattengerüst, als Ausdruck einer modernen Innenarchitektur, lud ein zum Hindurchgehen und Verweilen. Die Werbung und der Souvenirverkauf hielten sich sehr im Hintergrund. Ein groß an die Wand geschriebenes Gedicht des emigrierten Dichters Nâzim Hikmet über ein soziales Thema bot einen Anknüpfungspunkt für wirkliche Gespräche, über mehr als die Sehenswürdigkeiten des Landes.

Die Türken bewiesen auch am Tag der Nationen, am 16. Mai, innerhalb des Folkloreabends ihre glückliche Hand. Neben den Norwegern waren sie die temperamentvollste Tanz- und Musikgruppe, die auch hier einen ersten Preis gewinnen konnte — einen Auftritt zum Ball der Nationen. Dieser Abend hatte dazu noch Araber, Perser und Griechen zu einem großen Tam-Tam vereinigt, zu dem die Einführungsworte von Prof. Schlechta, des Leiters des Auslandsamtes, über das unzerstörbare Gut der „Heimat" nur zu gut in das Klischee paßten, das man sich so gerne von fremden Ländern macht. Çoskun Alev, der Vorsitzende des ISK, gebrauchte wesentlich realistischere Begrüßungsworte, die den Sinn eines solchen Abends eher erfaßten. Er forderte ein stärkeres Interesse der Deutschen für die politischen und sozialen Probleme der einzelnen Länder und versicherte die deutschen Studenten der Unterstützung der ausländischen Kommilitonen im Kampf gegen die „Machtauswüchse" des Staates. Der Beifall war geteilt. Einige Gäste blickten pikiert in die Runde. Herr Alev erfreute sie jedoch später mit Kalauern aus der Mottenkisten der Conférenciers; der Friede war gerettet. Die Griechen konnten ihre Freiheitslieder singen. Dem ungeteilten Beifall nach müssen sie ergreifend und unpolitisch geklungen haben. Noch immer suchen wir das Land der Griechen mit der Seele.

eb

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstr.4
Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

Darmstadt, Magdalenenstr. 19
Am Kraftwerk der TH

ARCHITEKTEN, STADTPLANER, INGENIEURE ALLER FACHRICHTUNGN planen bei uns gemeinsam. An Großprojekten. In der Entwicklung neuer Baustrukturen. Mit einer unkonventionellen Meinung über das Baugeschehen der Zukunft. Für begeisterungsfähige junge DIPLOM-INGENIEURE haben wir immer Platz in unseren Niederlassungen Mainz, Karlsruhe, Wiesbaden, Düsseldorf und Hamburg. Ihre handschriftliche Kurzbewerbung bitte an unser Zentralbüro
65 Mainz, Gutenbergplatz 8, Telefon 06131/32241.

LENZ ARCHITEKTEN+INGENIEURE

Gespräch:

PSYCHOLOGIE AN DER THD

Herr Dr. Baumann, Sie haben bisher in Frankfurt gearbeitet. Glauben Sie, daß sich die Verhältnisse an Universitäten und Technischen Hochschulen unterscheiden?

Ich fange erst an in Darmstadt, aber ich könnte mir vorstellen, daß die Studenten einer Technischen Hochschule, die ein mehr fach- und berufsbezogenes Studium durchführen, andere Probleme haben. Diese können einerseits etwas weniger schwerwiegend sein, weil eine gewisse Richtungslosigkeit nicht in dem Maße besteht wie oft bei den Geisteswissenschaften, bei denen häufig ein Studium begonnen wird, ohne daß man weiß, auf welches Berufsziel hin das angelegt ist. Andererseits haben natürlich Studenten einer mehr geisteswissenschaftlichen Richtung auch mehr Möglichkeiten, Konflikte auszuagieren, als beispielsweise unter den Belastungen eines technischen Studiums. Der Gegenstand der philosophischen oder soziologischen Betrachtung gibt an sich schon mehr Möglichkeiten, Affekte abzureagieren, und schafft von der Art des Studiums her ein anderes Problembewußtsein; man befaßt sich also schon vom Studium her mit Fragen, die auch die Psychologie betreffen. Wenn bei einem Studenten einer Technischen Hochschule eine psychische Störung auftritt, kann sie also deswegen sehr viel schwerwiegender sein. Die Erfahrung wird zeigen, ob sich diese mehr generellen Feststellungen bewahrheiten. Außerdem herrscht in Darmstadt ein ganz anderes zahlenmäßiges Verhältnis der Geschlechter als an einer Universität, was eine Schwierigkeit ist, die zu den mehr fachbezogenen hinzukommt.

Arbeiten Sie nach einer bestimmten Schule?

Meine wissenschaftliche Ausrichtung ist die Psychoanalyse, wie sie im wesentlichen von Sigmund Freud und in der Folgezeit geschaffen worden ist. Das heißt nicht, daß jeder, der zu mir kommt, sofort analysiert werden soll, sondern es heißt einfach, daß dies das theoretische Konzept ist, nach dem man die psychischen Erscheinungen sowohl des normalen als auch des krankhaften Lebens betrachtet. Wenn Sie nach meinem Ausbildungsgang fragen: Ich habe in Frankfurt und München studiert, habe einen Teil meiner Ausbildung zum Facharzt für Neurologie und Psychiatrie in Amerika absolviert und meine Facharztausbildung abgeschlossen an der Universitätsklinik in Frankfurt, wo ich mich im wesentlichen mit sozialpsychiatrischen Fragen befaßt habe. Nebenher lief meine psychoanalytische Ausbildung im Sigmund-Freud-Institut von Professor Mitscherlich in Frankfurt.

Ist die Hochschulpsychiatrie in den Vereinigten Staaten wirklich so viel weiter fortgeschritten als in Europa?

In vielerlei Hinsicht. Es gibt fast auf jedem einzelnen Campus regelrechte Universitätsinstitute, die sich nur der Hochschulpsychiatrie widmen und mit mehreren Fachleuten besetzt sind, also mit Ärzten, Psychiatern, Soziologen und Psychologen. Das ist sehr gut, birgt aber andererseits die Gefahr in sich, daß die Studenten von ihrer seelischen Gesundheit her verwaltet werden und das Ganze in ein Establishment ausartet. Das muß natürlich nicht sein, und ich erwähne nur beide Extreme, nämlich daß man sich fast gar nicht darum kümmert wie bisher in Deutschland, oder daß man sich zu viel darum kümmert.

Aus welchen Gründen kommen die Studenten eigentlich zu Ihnen?

Ich habe früher während meiner Tätigkeit an der Universitätsnervenklinik in Frankfurt eine Studentenberatung durchgeführt und dabei festgestellt, daß es sich im wesentlichen um Störungen handelt, die sich einmal aus der sozialen Situation ergeben. Das heißt also einerseits Trennung vom Elternhaus, andererseits Schwierigkeiten der Kontaktfindung. Zum anderen handelt es sich aber auch um Probleme, die aus der spezifischen Situation des Studentseins entstehen, also Schwierigkeiten, die auftreten mit dem Lernen oder mit dem Examen.

Worin sehen Sie die Aufgaben einer psychotherapeutischen Beratungsstelle?

Die Tätigkeit einer psychotherapeutischen Beratungsstelle, wie wir sie hier aufbauen wollen, umfaßt mehreres: Einmal ist das die Erfassung und diagnostische Klärung von schweren psychischen Störungen, die man dann einer adäquaten, meist klinischen Behandlung zuführt. Zweitens kommt die Diagnostik und Beratung von langbestehenden, also chronischen neurotischen Störungen in Frage, bei denen man dann auch den Studenten behilflich sein kann, eine Therapie zu finden, die sicher längere Zeit umfaßt und die Möglichkeiten einer Beratungsstelle überschreitet. Aber außerdem gibt es eine Reihe von Problemen und Konflikten, die dadurch bedingt sind, daß der Student im Augenblick in einer schwierigen Situation ist; sei es, daß er mit einem Professor nicht zurechtkommt, sei es, daß er Schwierigkeiten privater Art hat mit seinen Kommilitonen oder seiner Freundin. Oder er steht vor dem Examen. Hier werden also durch die äußere Situation sonst nur ruhende Konflikte aufgewühlt.
Hier kann man durch gezielte Beratung und eventuell durch eine kurze Behandlung zum Beispiel mit Psychopharmaka eine Menge von Schwierigkeiten wenn auch nicht ursächlich beseitigen, so doch so weit abbauen, daß der Betreffende in seinem Studium wieder funktionsfähig wird.

Möchten Sie sich auch darüber hinaus betätigen?

Ich finde, daß der Psychotherapeut an der Hochschule auch aus seinem Sprechzimmer herausgehen und durch Beratung und Vorträge in den verschiedenen studentischen Gremien und Vereinigungen Aufklärungsarbeit leisten sollte, die zu einem Problemverständnis dahingehend führt, daß man psychische Störungen nicht als etwas Schandbares ansieht. Eine letzte Aufgabe würde ich darin sehen, daß die Studienreform nicht nur eine äußere bleibt. Es sollen also nicht nur Rechte zugebilligt werden, sondern von innen her müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, von der psychologischen Einstellung her. Ich könnte mir vorstellen, daß es zu meinen Aufgaben gehört, gelegentlich zu der Stelle zu gehen, wo der Student seine Schwierigkeiten hat, und auch einmal mit einem Professor zu reden.
Ich muß zum Schluß noch ein sehr ernstes Problem anführen. Überall, besonders an den Hochschulen, nimmt die Suizidgefahr erschreckend zu, daß also Menschen in einer verzweifelten Lebenssituation vor Ausweglosigkeit einen Selbstmordversuch machen. Hier sollte die Beratungsstelle eine Feuerwehrfunktion haben in der Art, daß die Betreffenden, die in Not sind, sich hierher wenden können und man die nötigen Maßnahmen ergreifen kann, um sie zu schützen. wl

Die Sprechzeiten der psychotherapeutischen Beratungsstelle sind montags von 11 bis 15 Uhr und mittwochs von 14 bis 15 Uhr. Anmeldung über den Gesundheitsdienst im Studentenwerk. Auch trotz dieser Anmeldung bleibt auf Wunsch die Anonymität gewahrt (es werden also nicht gleich Akten angelegt!).

Leserbrief

Sehr geehrter Herr Bauer!

In der letzten dds (Nr. 93) beschrieben Sie in einem Artikel („Warten auf Godesberg") u. a. die Zusammensetzung und die von Ihnen erwarteten Möglichkeiten des Senatsausschusses zur Reform der Hochschulsatzung („Godesberg-Ausschuß"). Ihre Betrachtung erschien mir dabei zu pessimistisch und leider auch zu kurzsichtig.

So verkennen Sie völlig die gesellschafts- und hochschulpolitisch beispielgebende Entscheidung, den Personalrat stimmenmäßig in einem Ausschuß des großen Senats zu berücksichtigen und schlagen im Gegenteil in einer Proporzrechnung (7:6:5) den Vertreter des Personalrats den Assistenten zu, nur weil zufällig in dieser Amtsperiode der Vorsitzende des Personalrats ein Assistent ist. Es hätte ebenso gut ein nicht wissenschaftlich tätiger Arbeiter, Angestellter oder Beamter sein können, der die Reform der Satzung mitberät. Der Personalrat vertritt nämlich alle Bediensteten der TH mit Ausnahme der Hochschullehrer. Er ist dem Betriebsrat in einem nichtöffentlichen Betrieb vergleichbar. Durch diese spezielle Zusammensetzung wurden in dem Reformausschuß der Hochschule nun auch die Werktätigen berücksichtigt, die ja bis jetzt in den akademischen Gremien noch nicht vertreten waren.

Besonders während der letzten Wochen wurde bei den Demonstrationen gegen den Springer-Konzern und bei den Aktionen aus Anlaß der 2. Lesung der Notstandsgesetze von den Studenten eine Solidarisierung mit der Arbeiterschaft gefordert. Vertreten Sie diese Forderung im beiderseitigen Interesse auch im TH-Bereich!

Ebenfalls unverständlich ist mir, warum Sie die Ordinarien und die Nichtordinarien als möglicherweise gemeinsam stimmende Gruppe zusammenfassen. Abgesehen davon, daß auch unter den Ordinarien sehr unterschiedliche Vorstellungen zur Reform und Demokratisierung der Hochschulen bestehen, haben die Ordinarien Lehrbefugnis sowie einen Lehrstuhl mit Personal-, Sach- und Etatmitteln zur selbständigen Verfügung, während die Nichtordinarien nur die Lehrbefugnis haben und alles übrige überhaupt nicht oder nur nach Genehmigung durch einen Ordinarius.

Warum Sie weiter der Meinung sind, die Studenten sollten sich nicht soviel Hoffnung auf die Reform der Satzung machen, kann ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht verstehen. Die von Ihnen angeführten Vergleiche, wie die Ausarbeitung des Hess. Hochschulgesetzes und der Hochschulsatzung treffen nicht zu, da die Beteiligung der Studenten und der Öffentlichkeit wesentlich geringer waren. Vielleicht schöpfen Sie etwas mehr Hoffnung, wenn ich kurz einige Geschäftsordnungsvereinbarungen des Reformausschusses mitteile:

1) Die Sitzungen des Ausschusses werden von einem Komitee vorbereitet, bestehend aus dem Rektor, einem Studenten und einem Assistenten. Z. B. kann dieses Komitee interessierte Personen zu den Ausschußsitzungen zulassen.
2) Es werden jeweils etwa 100 sehr ausführliche Protokolle zum öffentlichen Aushang und zur Verwendung in den Gruppen erstellt.
3) Nach Bedarf veranstaltet der Ausschuß öffentliche Aussprachen, Berichterstattungen und Hearings.

Jetzt noch zu Ihrem Vorschlag, die Studentenschaft möge den früher geplanten Initiativausschuß der Studentenschaft doch noch zusammenrufen und ihn parallel zum Reformausschuß des Senats arbeiten lassen: Das erscheint mir allein deshalb zum Teil unnötig und nicht praktikabel, weil etwa die Hälfte der Mitglieder des Godesberg-Ausschusses für den studentischen Initiativausschuß vorgesehen war. Ebenfalls möchte ich ganz entschieden die Unterstellung zurückweisen, allein die Mitarbeit in einem solchen Ausschuß berge die Gefahr der Kompromittierung in sich. Unter dieser Prämisse erschiene dann jegliche Mitarbeit in Kollegialorganen der Hochschule als unmöglich. Ich glaube dagegen, daß gute Argumente, unterstützt durch eine anteilnehmende Hochschulöffentlichkeit und erläutert von einer genügend großen Zahl von Gruppenvertretern in einem Organ geeignet sind, die Reform und weiter die Demokratisierung der Hochschule voranzutreiben.

Mit freundlichen Grüßen
Klaus Wagner,
Mitglied des Godesberg-Ausschusses

Einige Anmerkungen zu diesem Leserbrief:

1. Der Personalratsvorsitzende ist in diesem Jahr nicht zufällig ein Assistent; seit 4 Jahren stellen die Assistenten den Personalratsvorsitzenden. Wenigstens bis zurück ins Jahr 1957 war der Personalratsvorsitzende, von einer kurzen Ausnahme abgesehen, entweder ein Beamter oder ein Assistent. Wissenschaftler würden diese Häufung von Zufällen als Gesetzmäßigkeit bezeichnen.

Die Wahl des Personalratsvorsitzenden in den Godesberger Ausschuß kam so unvermittelt und ohne jede Begründung, daß es für den Beobachter im Großen Senat als vorher abgesprochen erscheinen mußte.

Wenn der Personalrat es bisher versäumt hat, öffentlich eine Beteiligung in den Hochschulgremien — besonders im Verwaltungsrat — zu fordern, so wird er seine Gründe für dieses Versäumnis haben. Die Studenten können nicht Forderungen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufstellen, wenn deren legitime Vertretung sich so auffällig zurückhält. Der Anstoß muß vom Personalrat kommen.

2. Für die Studenten sind Ordinarien und Nichtordinarien noch immer höhergestellte Personen mit „Amtsautorität". Daß es keine differenzierten Interessen in Teilbereichen gibt, wurde nicht behauptet.

3. Wenn interessierte Personen zu den Sitzungen des Godesberger Ausschusses zugelassen werden können, dann sollten diese Personen von dieser Möglichkeit wissen. Da der Ausschuß nicht öffentlich tagt, konnte ein Außenstehender bisher von dieser Möglichkeit kaum Kenntnis haben.

Drei Arbeitstage nach der 3. Sitzung des Godesberger Ausschusses war von keiner der drei Sitzungen ein Protokoll zu erhalten. Von der 1. Sitzung wurde erst gar keins angefertigt.

4. Der studentische Initiativ-Ausschuß sollte öffentlich tagen; jeder, der Lust und Zeit hatte, sollte mitarbeiten können. Ein starres Schema wie beim Godesberger Ausschuß war nie vorgesehen; er hätte schon aus diesem Grund auch heute noch einen Sinn.

5. Von den 7 Hochschullehrern im Godesberger Ausschuß haben 4 an der Ausarbeitung der jetzt gültigen unzulänglichen Satzung führend mitgewirkt (in einem ähnlichen Ausschuß, der damals Satzungskommission hieß). 6 der 7 Hochschullehrer, 3 der 5 Assistenten (ohne Personalratsvorsitzenden) und 2 der 5 Studenten im Godesberger Ausschuß haben der jetzt gültigen Satzung im Satzungsgebenden Senat offensichtlich ohne Bedenken zugestimmt — im Godesberger Ausschuß hat diese Gruppe zahlenmäßig die Mehrheit.

Eine der Aufgaben dieses Ausschusses ist es zu prüfen, wie die Öffentlichkeit in den Hochschulgremien hergestellt werden kann. Als erste Amtshandlung hat der Ausschuß beschlossen, daß seine Sitzungen nichtöffentlich sind. H. Bauer

Abendsportfest der THD

Auch in diesem Jahr finden die Abendsportfeste der TH Darmstadt wieder einen großen Anklang bei den Aktiven und bei den Zuschauern. Bester Beweis für die Leistungsstärke der teilnehmenden Athleten sind die deutschen Jahresbestleistungen, die bei jedem der bisher vier Abendsportfeste in mindestens einer Disziplin aufgestellt wurden.

Herausragender Teilnehmer beim ersten Abendsportfest war der zum erstenmal nach seiner Flucht aus der DDR wieder startende 1000 m-Weltrekordler Jürgen May. Bei ungünstigen Witterungsverhältnissen siegte er ganz überlegen mit 30:00,2 Minuten im 10 000 m-Lauf vor Hans Röhrig vom ASC Darmstadt. Im Diskuswerfen belegte Karlheinz Steinmetz (ASC/THD) mit 48,38 m den dritten Platz.

Auch beim zweiten Abendsportfest war Jürgen May wieder der Star des Abends. Er siegte im 2000 m-Lauf mit 5:12,6 Minuten. Eine weitere herausragende Leistung waren die 77,30 m von Hermann Salomon im Speerwurf. Acht Tage später beim dritten Abendsportfest konnte sich Hermann Salomon auf 81,26 m steigern und erfüllte damit die vom DLV gesetzte Olympianorm für Mexiko. Bei 1000 m-Lauf, bei dem Jürgen May allerdings nicht startete, siegte der Karlsruher Raimund Kastner in 2:25,1 Minuten.

Beim 5000 m-Lauf stellte Lutz Philipp mit 13:55,4 Minuten einen neuen Bezirksrekord auf, verfehlte damit jedoch die Olympianorm für Mexiko um 10,4 Sekunden.

TH-Mannschaft in Prag

Vom 13.–16. Mai waren die Fußball- und Handballmannschaft der TH Darmstadt zu Gast bei Slavia Prag.

Das Fußballspiel gegen eine Institutsauswahl gewannen die Darmstädter mit 3:0 (1:0) infolge technischer Überlegenheit.

Das Handballspiel am nächsten Tag verlor die TH-Mannschaft mit 28:12 (13:6) gegen Slavia Prag, die erst vor kurzem in Ansbach den dortigen Bundesligisten 26:13 besiegt hatte.

Bei dem viertägigen Besuch in Prag wurde die Freundschaft zwischen den Darmstädter Studenten und ihren tschechischen Kommilitonen weiter vertieft; man trennte sich bis zum Wiedersehen vom 16. bis 19. Juni in Darmstadt.

Hockey

In einem letzten Vorbereitungsspiel für die Vorrunde zur Deutschen Hochschulmeisterschaft zeigten die Studenten der TH Darmstadt gegen den Hessenmeister RK Rüsselsheim trotz einer 2:3-Niederlage eine recht ansprechende Leistung. In ihrem ersten Vorrundenspiel kamen die THD-Spieler dann allerdings über ein 1:1 (0:0)-Unentschieden gegen die TH Aachen nicht hinaus.

Handball

Die Handballer der TH Darmstadt besiegten bei ihrem ersten Vorrundenspiel zur Deutschen Hochschulmeisterschaft ihren Gegner aus Mannheim, der allerdings nur mit 10 Spielern angetreten war, überlegen mit 19:7 (8:3). Erfolgreichste Torschützen der Darmstädter Mannschaft waren Getrost und Zimmerschied, einen sehr guten Einstand gab Volker Müller mit seinen vier Toren.

Basketball

In einem Basketballfreundschaftsspiel trafen sich die Vertretungen der TH Darmstadt und der TSG 1846 Darmstadt in der TH-Halle. Die Mannschaft der THD war dem Darmstädter Oberligavertreter nach ausgeglichener erster Spielhälfte in der zweiten Halbzeit klar überlegen und kam zu einem sicheren 53:39 (23:21)-Erfolg.

Reiten

Bei einem ausgezeichnet besetzten Reitturnier in Mannheim, an dem sechzehn Equipen, darunter sechs aus dem Ausland, teilnahmen, konnten die Darmstädter Studenten nur eine untergeordnete Rolle spielen. Lediglich Mäder zeigte bei seinem vierten Platz in der L-Dressur eine gute Leistung. Auch bei seinem elften Rang in der Vielseitigkeitsprüfung lag er noch im vorderen Feld der Teilnehmer. Die Mannschaft der THD wurde in dieser Prüfung ebenfalls Elfte.

Karl-Heinz Klöpfer

. . . immer erfolgreich
immer gut bedient

mit Sportgeräten,
Sportschuhen und
Sportbekleidung von

50 JAHRE
Sport-Hübner

dem bekannten INTERSPORT Fachgeschäft
in der Stadtmitte
vom Sportlehrer beraten –
von Fachkräften bedient –
von unserer Spezialwerkstatt betreut

Einem „on dit" zufolge . . .

. . . kann ein Wort nicht mehr als 26 Buchstaben haben, weil dann das Alphabet alle ist.

*

. . . ist, wer 24 Stunden am Tag schläft, tot.

*

. . . findet die Revolution jetzt doch nicht statt.

*

. . . gibt steter Tropfen viele Flaschen.

*

. . . sollte Prof. Marguerre statt Haydn-Messen lieber Christenmessen spielen.

*

. . . ist der Sommer nicht mehr zu bremsen.

*

. . . bemerkte der AStA-Vorsitzende Cobler (20, 164 cm) auf der AStA-Sitzung vom 11. 6., wenn nicht genug Kinder für die studentische Kinderkrippe da seien, müßte man welche machen.

KULTURKALENDER

19. 6. **Filmkreis:** Ein Regisseur des jungen deutschen Films stellt sich vor
22. 6. **Schloßkeller:** Vernissage der Ausstellung „Objekte, plastische Collagen" von Axel Etmer, Bremen; danach: „Lesung mit Aktionen" von E. Etmer und Detlev Rode
24.–29. 6. **Hochschulfestwoche**
25. 6. **Otto-Berndt-Halle:** Kabarett „Floh de Cologne", 20.30 Uhr
26. 6. **Filmkreis:** Sonderveranstaltung
Schloßkeller: Lieder der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, Blues und Folksongs mit **Guy Carawan** und seiner Frau Candie Anderson
Saal 11/175: Klavierabend mit **Chen-Pi-Hsien,** 19.30 Uhr
27. 6. **Wilhelm-Köhler-Saal: Schauspielstudio:** Premiere von Roger Vitrac „Victor oder die Kinder an der Macht", 20 Uhr
28. 6. **Schloßkeller:** Politische Gesänge mit Uli und Frederik
Otto-Berndt-Halle: Konzert mit dem Chor und Orchester der TH Darmstadt, 20 Uhr
29. 6. **Hochschulball**
2. 7. **Schloßkeller:** Darmstädter Folklorechor „Die Kellerasseln"
3. 7. **Filmkreis:** „Der Mörder wohnt Nr. 21", Frankreich 1941;
Regie: Henri Georges Clouzot
5. 7. **Schloßkeller:** Lyrik und Prosa mit Christoph Derschau, Katherine v. Hutten, Winfred Astel
9. 7. **Schloßkeller: Schauspielstudio:** Wiederholung von „wirklich schade um fred", 21 Uhr
10. 7. **Filmkreis:** Festival des guten Kurzfilms (Internationale überragende Kurzfilme)
11. 7. **Schloßkeller:** „Woog City Stompers"
17. 7. **Filmkreis:** „Kuckucksjahre", Deutschland 1967;
Regie: George Moorse

THEATER

Auf dem Spielplan des Landestheaters Darmstadt stehen folg. Aufführungen:

Orangerie

Oper:
F. E. D. Auber: „Fra Diavolo"
(Premiere am 22. 6. 68)
W. A. Mozart: „Bastien u. Bastienne"/ „Zaide"
A. Honneger und J. I. Bert: „Der junge Adler"
G. Puccini: „Der Mantel" / „Gianni Schicchi"
Schauspiel:
C. Sternheim: „Die Kassette"
(Premiere am 11. 7. 68)
B. Brecht: „Die Antigone des Sophokles nach der Hölderlinschen Übertragung"
F. Hebbel: „Maria Magdalena"

Stadthalle
C. Zuckmayer: „Katharina Knie"

Theater im Schloß
B. Brecht: „Furcht und Elend des Dritten Reiches"

Justus-Liebig-Haus
E. E. Niebergall: „Der tolle Hund"
Ende der Spielzeit am 11. Juli 1968

(Anzeige)

Über die Veranstaltungen zur **Hochschulfestwoche** informiert Sie ausführlich der am 18. 6. erscheinende „Hochschulfestführer".
Die Mittwochsvorstellungen des **Filmkreises** finden im Wilhelm-Köhler-Saal um 16.00, 18.30 und 21.00 Uhr statt, wenn nicht anders bekanntgegeben.
Der Studentenkeller im Schloß **(Schloßkeller)** ist werktags von 20.00 Uhr an geöffnet; die Veranstaltungen dort beginnen gewöhnlich 20.15 Uhr.

CITY

14. 6. 1968
Make love — not war
mit Claudia Bremer
21. 6. 1968
Die Zeit mit Monika
von Ingmar Bergmann
28. 6. 1968
Wie man Erfolg hat ohne sich besonders anzustrengen
Spielzeiten: 18.45 und 21.00 Uhr
Samstag/Sonntag, 17, 19 u. 21 Uhr

BELIDA

25. 6. 1968
Junge Aphroditen
Prädikat: Besonders wertvoll
27. 6. 1968
Die schwarze Tulpe
mit Alain Delon
29. 6. 1968
Heute kündigt mein Mann
nach einer Komödie von S. Maugham
Spielzeiten: 18.00 und 20.30 Uhr
Samstag/Sonntag 16, 18.15 u. 20.30 Uhr

(Anzeige)

*Schauspiel * Oper * Konzert*

DAS LANDESTHEATER DARMSTADT

lädt zu seinen Veranstaltungen in Orangerie, Stadthalle und Theater im Schloß.

Studenten bis zu 50% Preisermäßigung!

Kartenvorbestellungen beim AStA oder bei der Theater-Tageskasse, Telefon 122323 u. 122343
Abonnements-Neuanmeldungen für die Spielzeit 1968/69 nimmt ab sofort
die Mietabteilung entgegen.

Wählen Sie die richtige Verbindung, wenn's um Geld geht

2816 1

Sparkasse Darmstadt

Geschäftsstellen in Stadt und Land

»REISEBÜRO DARMSTADT«
LUISENPLATZ 1
TEL: 70321 TEL: 77282
IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 TEL: 06251/2291

behaglich warm und sooo bequem

hat man's mit der modernen

Elektro-Speicher-Heizung

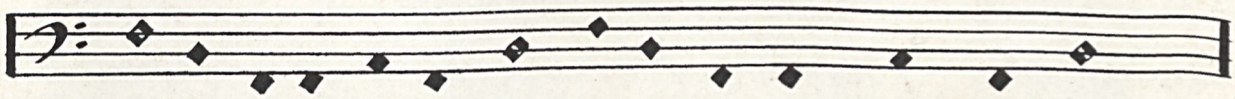
Die Aufladung der Geräte erfolgt mit verbilligtem Strom nachts und auch am Tage. Die Wärme wird im Kern gespeichert und je nach Bedarf entnommen. Das alles geschieht vollkommen automatisch.

heag

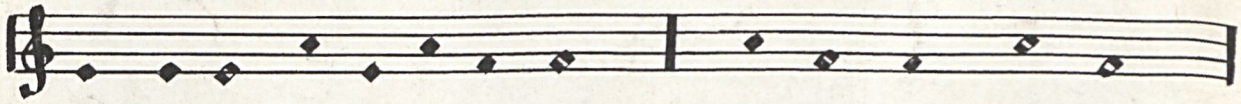
HESSISCHE ELEKTRIZITÄTS-AG

Liturgie der Rebellen,

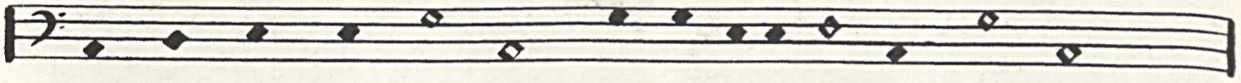
bei Demonstrationen gehört und für die Nachwelt gesammelt



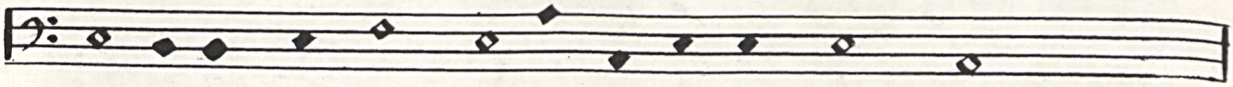
Bürger lasst das Gaffen sein, kommt herunter, reiht Euch ein!
Bürger hebt den lahmen Po, reiht Euch ein in diesen Marsch
Kiesinger und auch der Schütz, ab mit Euch ins Klingelpütz
Noch mehr Springer auf der Welt, und sie wär ein Leichenfeld



Ho, Ho, Ho, Benda in den Zoo! Benda, wir kommen
Springerpresse halt die Fresse. No, No, Notstand, No!



Nur die dümmsten Kälber, wählen ihre Metzger selber.
Wie sehn diese Metzger aus? Benda und Franz Josef Strauss.



Kiesinger der Gauner ist ein alter Brauner
Macht aus Polizisten gute Sozialisten
Macht aus Bürokraten gute Demokraten

Amen.